

79. Sitzung

Freitag, den 31. Januar 2003

Erfurt, Plenarsaal

a) Krieg im Irak verhindern **6897**
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3088 -
dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion der CDU
- Drucksache 3/3111 -

b) Nein zum Krieg - Ja zum Frieden **6897**
Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3090 -

Ohne Begründungen durch die Antragsteller und nach gemeinsamer Aussprache wird der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/3088 - mit Mehrheit abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 3/3111 - wird mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/3090 - wird mit Mehrheit abgelehnt.

**Bundratsinitiative zur Änderung
des Gesetzentwurfs der Bundesre-
gierung zum Abbau von Steuerver-
günstigungen und Ausnahmerege-
lungen (StVergAbG) - Landwirtschaft
und Gartenbau** **6920**
Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3091 -

Nach Begründung und Aussprache wird der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

**Zukunft des Nationalparks Hainich
und seiner angrenzenden Regionen
Beratung der Großen Anfrage der
Fraktion der SPD und Antwort der
Landesregierung - Drucksachen
3/2542/2718 - auf Antrag der Frak-
tion der SPD** **6927**
dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/3064 -

Nach Durchführung der Beratung wird eine von der Fraktion der SPD beantragte Fortsetzung der Beratung im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt mit Mehrheit abgelehnt.

-
- Fragestunde** **6939**
- a) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten K. Wolf (PDS)** **6939**
Auswirkungen der Umstellung von Preissystem und Fahrplan bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) für Thüringerinnen und Thüringer
- Drucksache 3/3037 -
- wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfragen.*
- b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Buse (PDS)** **6940**
Verwendungsnachweiskontrolle für Maßnahmen der touristischen Infrastruktur und der einzelbetrieblichen Tourismusförderung
- Drucksache 3/3054 -
- wird von Minister Schuster beantwortet.*
- c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Pidde (SPD)** **6941**
Radwegebau im Landkreis Gotha
- Drucksache 3/3077 -
- wird von Minister Schuster beantwortet.*
- d) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Lippmann (SPD)** **6941**
Förderung von Gewerbeflächen
- Drucksache 3/3085 -
- wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfrage.*
- e) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Gerstenberger (PDS)** **6942**
Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)-Richtlinie
- Drucksache 3/3097 -
- wird von Minister Schuster beantwortet. Zusatzfrage.*

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Arenhövel, Bergemann, Böck, Braasch, Carius, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Heym, Illing, Jaschke, Kallenbach, Köckert, Kölbel, Dr. Kraushaar, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Mohring, Panse, Dr. Pietzsch, Pöhler, Primas, Schröter, Schugens, Schuster, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Sonntag, Stauch, Tasch, Trautvetter, Dr. Vogel, Vopel, Wackernagel, Wehner, Wetzel, B. Wolf, Dr. Zeh, Zitzmann

Fraktion der PDS:

Buse, Dittes, Dr. Fischer, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Huster, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Dr. Koch, Kummer, Nitzpon, Nothnagel, Ramelow, Scheringer, Sojka, Dr. Stangner, Thierbach, Dr. Wildauer, K. Wolf, Zimmer

Fraktion der SPD:

Bechthum, Becker, Dr. Botz, Doht, Döring, Ellenberger, Gentzel, Höhn, Dr. Klaus, Künast, Lippmann, Dr. Müller, Pelke, Dr. Pidde, Pohl, Schemmel, Dr. Schuchardt, Seidel

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Gnauck, Dr. Krapp, Dr. Pietzsch, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	6897, 6900, 6907, 6909, 6912, 6913, 6915, 6917
Vizepräsidentin Ellenberger	6938, 6939, 6940, 6941, 6942, 6943
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	6917, 6918, 6919, 6920, 6921, 6922, 6925, 6927, 6930, 6932, 6935, 6937
Althaus (CDU)	6897, 6917
Dr. Botz (SPD)	6921
Buse (PDS)	6940
Gentzel (SPD)	6909
Gerstenberger (PDS)	6942, 6943
Dr. Klaus (SPD)	6932
Kretschmer (CDU)	6935
Kummer (PDS)	6920, 6930
Lippmann (SPD)	6941, 6942
Dr. Pidde (SPD)	6941
Primas (CDU)	6920
Ramelow (PDS)	6915, 6917
Schemmel (SPD)	6912
Scheringer (PDS)	6922
Tasch (CDU)	6927
K. Wolf (PDS)	6939, 6940
Zimmer (PDS)	6900, 6918
Diezel, Finanzministerin	6925
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	6939, 6940, 6941, 6942, 6943
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	6937
Trautvetter, Innenminister	6907
Dr. Vogel, Ministerpräsident	6913, 6918

Die Sitzung wird um 9.03 Uhr von der Landtagspräsidentin eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Vertreter auf der Regierungsbank, verehrte Gäste auf der Besuchertribüne, ich eröffne die 79. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am heutigen 31. Januar 2003 und heiße Sie dazu herzlich willkommen.

Als Schriftführer haben Platz genommen an meiner Seite: Frau Abgeordnete Dr. Wildauer und Herr Abgeordneter Heym. Frau Abgeordnete Dr. Wildauer wird die Rednerliste führen.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Minister Dr. Krapp bis 13.00 Uhr, Frau Abgeordnete Sedlacik und Herr Abgeordneter Wunderlich.

Darüber hinaus habe ich die angenehme Freude, Frau Abgeordneter Künast, unserer Kollegin, heute ganz herzlich zum Geburtstag zu gratulieren, ihr alles Gute zu wünschen von Seiten des hohen Hauses.

(Beifall im Hause)

Dann habe ich noch einen Hinweis zur Tagesordnung zu geben: Zu TOP 13 a - Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 3/3088 "Krieg im Irak verhindern" - wird ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 3/3111 verteilt - oder er ist schon verteilt -, jedenfalls geht er Ihnen noch zu, sofern Sie ihn nicht haben.

Dann kommen wir unmittelbar zum Aufruf der **Tagesordnungspunkte 13 a und b**, die wir gemeinsam beraten

a) Krieg im Irak verhindern

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/3088 -
dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion der CDU
- Drucksache 3/3111 -

b) Nein zum Krieg - Ja zum Frieden

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3090 -

Begründung durch die Einreicher wird nicht gewünscht. Wir kommen also unmittelbar zur gemeinsamen Aussprache. Als Erster hat das Wort Herr Abgeordneter Althaus, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion teilt die tiefe Sorge der Thüringerinnen und Thüringer vor einem Krieg im Irak

und wir sind uns einig, es muss alles getan werden, um einen Krieg zu vermeiden.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schlüssel für eine friedliche Lösung liegt beim Irak. Sie liegt bei Saddam Hussein, er muss mit allen Möglichkeiten der internationalen Staatengemeinschaft, die kooperieren muss, zur Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen bereit sein. Dafür ist der politische Druck, sind Wirtschaftssanktionen nicht ausreichend. Sie haben ihn bislang nicht dazu bewegen können, und dass die Bevölkerung darunter litt, hat daran überhaupt nichts geändert. Das Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie von der SPD-Fraktion in Ihrem Antrag präzise zusammengefasst. "Im Irak herrscht ein totalitäres Regime; Saddam Hussein ist ein Diktator. Die Geschichte lehrt uns: In solchen Systemen werden die Menschenrechte missachtet; von ihnen geht immer eine Gefahr für den Frieden aus." So weit das Zitat. Der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch, hat Saddam Hussein in der TLZ letzten Samstag als "einen der grausamsten Diktatoren der Welt" bezeichnet. Über 1 Mio. Opfer gehen seit 1968 auf das Konto seiner Baath-Partei. In immer neuen Wellen wurden Kurden exekutiert, bombardiert, vertrieben, zu Tode gefoltert oder entführt. In der bekannten Anfaloffensive ist er 1987/88 mit Giftgas gegen kurdische Siedlungen vorgegangen. Heute leben Kurden im Norden des Iraks in einer international gesicherten Schutzzone, über die Saddam Hussein keine Macht hat. Massenvertreibungen von Juden in den 60er- und 70er-Jahren, Tötung und Verschwindenlassen Hunderttausender von Schiiten im Süd-Irak, Einsatz von Giftgas im Krieg gegen den Iran, Besetzung des Kuwait und damit Beginn des Golfkriegs, Raketenangriffe auf Israel während des Golfkriegs und auch die Androhung chemischer Waffen - damals hat Deutschland die ersten Patriot-Abwehrsysteme nach Israel geliefert, die wirksam waren. Aber bei jedem Alarm wussten die Menschen im Irak nicht, würde es Giftgas sein oder nicht. Daran wird deutlich, das irakische Regime und seine Massenvernichtungswaffen sind eine ganz klare Bedrohung für die Weltsicherheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb unterstützen wir auch mit Nachdruck die Forderung der Vereinten Nationen nach vollständiger Abrüstung der Massenvernichtungswaffen des Irak. Der Irak ist aber gefordert, alle relevanten UNO-Resolutionen, insbesondere die UNO-Resolution 1441 vom 8. November 2002, zu erfüllen. Noch einmal ganz deutlich: Es liegt am Irak, ob die Krise friedlich gelöst werden kann oder nicht. Wir sind besorgt über den Bericht der UNO-Waffeninspektoren vom 27. Januar des Jahres, wonach der Irak seinen Verpflichtungen aus den UNO-Resolutionen bislang nicht nachkommt. Der Irak kooperiert nicht ausreichend mit den UNO-Waffeninspektoren und viele Fragen, u.a. nach dem Verbleib größerer Mengen gefährlicher Kampfstoffe wie das Ner-

vengas VX, des Milzbranderregeres Anthrax sowie der Verbleib von mehreren Tausend Chemiewaffensprengköpfen, sind bis zur Stunde offen geblieben. Unklar ist auch noch, ob der Irak tatsächlich sein früheres Nuklearprogramm aufgegeben hat. Deshalb begrüßen wir es auch, dass die EU-Außenminister sich für eine Verlängerung der UNO-Waffeninspektion ausgesprochen haben und die UN-Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission sowie die internationale Atomenergieorganisation ihre Inspektion im Irak fortsetzen und intensivieren wollen. Wir sind zuversichtlich, dass der UNO-Sicherheitsrat eine Verlängerung beschließen wird.

Die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten, dass die USA bei der nächsten Sitzung des Sicherheitsrats Informationen und Geheimdienstkenntnisse u.a. über illegale Waffenprogramme des Irak vorlegen werden, ist sehr zu begrüßen. Ich frage mich allerdings schon, warum die Waffeninspektoren nicht schon längst über diese Informationen verfügen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Alle Staaten, Deutschland eingeschlossen, die über entsprechende Geheimdienstinformationen verfügen, sollten diese dem Sicherheitsrat bzw. den UN-Waffeninspektoren umgehend zur Verfügung stellen. Das gilt auch für die Bundesregierung; auch sie muss ihre Informationen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Wir sind aber davon überzeugt, dass parallel zur Fortsetzung der Waffeninspektionen der militärische Druck aufrechterhalten werden muss. Ich erinnere daran, die UNO-Waffeninspektoren sind 1998 vom Irak ausgewiesen worden und ohne den aktuellen militärischen Druck hätten sie keinen erneuten Zugang zum Irak erhalten. Das darf man nicht vergessen und da darf man sich auch nichts vormachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir bedauern als CDU-Fraktion, dass Deutschland bislang keinen konstruktiven Beitrag dazu geleistet hat, diese notwendige militärische Drohkulisse glaubwürdig aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU)

Vor der Bundestagswahl hat Bundeskanzler Schröder angekündigt, was auch immer die UNO beschließt, Deutschland wird sich an einem militärischen Vorgehen gegen den Irak nicht beteiligen. Eine Woche vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen verkündet er in Goslar, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden UNO-Resolution nicht zustimmen wird. Schröder hat damit - wir meinen aus parteipolitischen Kalkül - die Position der internationalen Staatengemeinschaft entscheidend geschwächt. Er ist aus der internationalen Solidarität ausgeschert und das hat Deutschland isoliert. Eine solche

unkonditionierte "Ohne-uns-Position" hat ansonsten kein Staat angenommen. Andererseits fordert Schröder aber, der politische Druck müsse aufrechterhalten werden. Aber worin besteht denn der politische Druck, wenn nicht maßgeblich im militärischen Druck? Ansonsten müsste Schröder plausibel machen, wie der Irak effizient und vollständig abgerüstet werden kann, ohne militärische Drohkulisse und ohne dieses letzte Mittel kann er es nicht. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Position der Bundesregierung ist zutiefst unglaubwürdig und wird auch in den eigenen Reihen kritisiert. Hans-Ulrich Klose - letzte Legislaturperiode Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, aktuell stellvertretender Vorsitzender - hat erst kürzlich wieder die Festlegung der Bundesregierung kritisiert, indem er sagte, man dürfe Saddam Hussein gegenüber keine Option ausschließen, auch nicht die militärische.

(Beifall bei der CDU)

Sein Kollege von der SPD Pflug hat der "BZ" gesagt, ich zitiere: "Außenpolitisch wäre ein Verzicht auf die Festlegung des Stimmverhaltens im Sicherheitsrat sinnvoller." Diese Meinung haben auch weitere SPD-Mitglieder im Auswärtigen Ausschuss vertreten. Auch ist es nicht sehr glaubwürdig, wenn die Bundesregierung gegenüber den USA die Solidarität mit den Vereinten Nationen anmahnt, obwohl sie selbst aus dieser Solidarität ausschert. Im Gegensatz zur Bundesregierung suchen die USA die Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat und alle Mutmaßungen und Verdächtigungen über mögliche Alleingänge der USA haben sich bislang nicht bestätigt. Die USA stehen, wie wir aktuell wissen, nicht allein. Acht europäische Staats- und Regierungschefs, darunter Tony Blair, José Maria Aznar, Silvio Berlusconi sowie der tschechische Präsident Vaclav Havel, aber auch Portugal, Dänemark, Ungarn und Polen haben gestern zur Unterstützung der USA aufgerufen unter der Überschrift "Europa und Amerika müssen zusammenstehen" - so heißt ihr Appell. Und sie haben Recht, denn sollte der Irak uns spalten, hätte er ein strategisches Ziel erreicht, und das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU)

Der Adressat dieses Appells "Europa und Amerika müssen zusammenstehen" ist ganz offensichtlich Deutschland und das müsste doch zu denken geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Frankreich und sein Selbstverständnis kennt, wundert sich nicht, dass es in dieser Liste fehlt. Das heißt aber nicht, dass es ein Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich gibt, auch wenn der Bundeskanzler in jedem zweiten Satz Frankreich erwähnt, um den Eindruck zu erwecken, dass er nicht allein dasteht. Das stimmt nicht. Natürlich ist man sich einig, dass alles getan werden muss, um einen Krieg zu verhindern, dem stimmen wir zu. Die Arroganz, mit der die Bundesregierung diese Forderung für sich reklamiert, ist unerträglich; keiner will Krieg.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist man sich auch einig, dass die Waffeninspektoren mehr Zeit brauchen, aber - und hier ist der entscheidende Unterschied - in der alles entscheidenden Frage stimmt Frankreich mit Deutschland eben nicht überein. Frankreich hat keinen Vorratsbeschluss und keine Vorratsfestlegung zu einem möglichen Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat gefasst; das ist der kleine, aber wesentliche Unterschied. Mehrere Aussagen der letzten Tage und Wochen machen dies unmissverständlich deutlich. Erst gestern hat die französische Verteidigungsministerin - in der "FAZ" wurde es geschrieben - verkündet, ich zitiere: "Wir halten uns alle Optionen offen" und "Wir schließen ein militärisches Eingreifen nicht aus." Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sollte es zu einer solchen Abstimmung kommen, stünde Deutschland allein. Und "Die Welt" schreibt: "Seit gestern kann Deutschland erahnen, wie einsam es dann sein wird."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der außenpolitische Schaden eines solchen einseitigen Kurses des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland ist abenteu-erlich. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

die Verantwortung des UNO-Sicherheitsrats für die Bewahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit muss unserer Meinung nach von allen Ländern, auch von Deutschland, respektiert werden. Daraus folgt, der Einsatz militärischer Gewalt muss, wie es die UNO-Charta auch vorsieht, Ultima Ratio bleiben und darf nur im äußersten Fall erfolgen. Der Entschluss dazu darf nicht von einzelnen Staaten gefasst werden, sondern sollte der Völkergemeinschaft auf der Grundlage von UNO-Charta und Völkerrecht vorbehalten bleiben.

Deshalb auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort zu der Position der Kirchen. Der Kollege Rame-low hat das vor einigen Tagen auch im Blick auf mich angesprochen. Das ist übrigens auch die Position des Papstes, die Ultima Ratio zu benennen. Der Papst kennt Diktaturen, er hat in seiner Rede am 13. Januar deshalb eben keine pazifistische Position eingenommen, wie sie die PDS seit einiger Zeit vertritt. Ich zitiere: "Wie uns die Charta der Vereinten Nationen und das internationale Recht erinnern, kann man nur dann auf einen Krieg zurückgreifen, wenn es sich um das allerletzte Mittel handelt." So weit das Zitat. Das macht ganz deutlich, er schließt das allerletzte Mittel nicht aus. Die Deutsche Bischofskonferenz spricht sich dementsprechend gegen einen Präventivkrieg aus und das hat das Europäische Parlament im Übrigen vorgestern auch getan. Sie bejaht aber ausdrücklich das Bemühen der Vereinten Nationen, Druck auf den Irak auszuüben, um eine Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen zu verhindern und die irakische Angriffsfähigkeit so weit wie möglich zu schwächen. Ich zitiere weiter: "Insoweit eine politische

Strategie letztlich auf die Vermeidung eines Krieges zielen muss, kann dabei unter Umständen das Mittel der Drohung sittlich erlaubt sein, keinesfalls jedoch darf der Eskalationslogik gefolgt werden." Also das Mittel der Drohung ist sittlich erlaubt, wenn in so einer Situation ohne diese Drohung kein erfolgreicher Kampf gegen Saddam Hussein und die Massenvernichtungswaffen möglich ist. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Automatismus in der Eskalation darf es nicht geben, aber die klare Drohung und auch die klare Einigkeit in der Drohung, die müssen, so wie die UNO-Resolutionen das auch ausgedrückt haben, erreicht werden, um erfolgreich zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Und die EKD hat ihre Ablehnung eines militärischen Vorgehens gegen den Irak zeitlich konditioniert. Es sei "derzeit" nicht zu rechtfertigen, es werde beim "gegenwärtigen Sachstand abgelehnt", das heißt, hier ist Raum für spätere Modifizierungen. Die aktuell veröffentlichte Informationslage über die Verstöße des Irak gegen die Resolution 1441 lassen gegenwärtig wohl keine Militäraktion rechtfertigen und diese Ansicht hat auch das Europäische Parlament vorgestern bekräftigt. Und mit dem 5. Februar werden wir vielleicht mehr erfahren. Aber Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, hat uns am 27. Januar einen wichtigen Satz mit auf den Weg gegeben: "Man kann nicht a priori gegen einen Krieg sein. Die Konzentrationslager sind nicht von Demonstranten befreit worden, sondern von russischen und amerikanischen Soldaten." So weit das Zitat.

(Beifall bei der CDU)

Noch einmal ganz deutlich: Keiner will den Krieg

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

und keiner kann die Konsequenzen eines Krieges absehen. Denn natürlich wäre er mit Leid und Tod verbunden, so zielgenau können Militärschläge gar nicht sein. Inwieweit die Stabilität der Region beeinträchtigt würde, wissen wir nicht, und ob der islamistische Fundamentalismus dadurch gestärkt würde, ist auch offen. Aber keiner will den Krieg und genau deshalb muss die internationale Staatengemeinschaft geschlossen den Druck auf Saddam Hussein aufrechterhalten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, erwarten wir, dass die Bundesregierung darauf verzichtet, den Beratungen im UNO-Sicherheitsrat, in der Europäischen Union und der NATO durch isolierte, einseitige Positionsfestlegung vorzugreifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der SPD-Generalsekretär dann ein "unpatriotisches Verhalten" erkennen will im Verhalten zum Beispiel der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion, dann hat er aus der Geschichte aber auch gar nichts gelernt. Die Geschichte lehrt ganz unmissverständlich, der deutsche Weg muss ein europäischer Weg sein, es darf keinen deutschen Sonderweg mehr geben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sagen wir gerade auch aus patriotischen Gründen: Deutschland muss die Gemeinsamkeit der Europäer, die Gemeinsamkeit der Verbündeten in der NATO suchen und damit die UNO stärken. Das liegt auch im deutschen und in unser aller Interesse.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zu den Anträgen von SPD und PDS, die vorliegen. Der Antrag der PDS wird rundherum abgelehnt, weil er ganz grundsätzlich nicht mit unseren politischen Intentionen übereinstimmt.

(Beifall bei der CDU)

Zum Antrag der SPD: Mit ihrem Antrag geht die SPD-Fraktion offenbar auf Anti-Schröder-Kurs. Sie lehnt zwar einen US-Präventivschlag gegen den Irak ab, aber ansonsten machen sie sich in ihrem Antrag die Position von Schröder nicht zu Eigen, sie nehmen keine Vorfestlegung vor. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Außenpolitik relevant sind Schröders Aussagen; vielleicht können Sie ihn ja umstimmen. Sie sagen richtigerweise, dass man nicht jede Kritik an den USA als Antiamerikanismus abtun dürfe. Das ist richtig. Aber ich glaube, dass gerade in der Irak-Diskussion der Antiamerikanismus eine ganz entscheidende Rolle spielt. Zu einer generellen Kritik an den USA gibt es zurzeit überhaupt keinen Anlass. Vielmehr üben wir Kritik an der Haltung der Bundesregierung, die die internationale Solidarität verlässt. Ich kann erahnen, warum Sie diesen Punkt nicht aufgenommen haben, aber die Kritik an der unsolidarischen Politik der Bundesregierung ist ein zentraler Punkt in der aktuellen Irak-Debatte und darf deshalb auch nicht ausgeblendet sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man es gut meint mit der Bundesregierung - und das tun Sie ja wahrscheinlich -, so schreibt gestern die "Süddeutsche Zeitung", könne man in Schröders Irak-Politik parzivalische Züge erkennen - ich zitierte: "Der junge Held der deutschen Sage war gut gesinnt, aber naiv und ein wenig tölpelhaft; indes, er schaffte die Läuterung." So weit das Zitat. Wir meinen es nicht so gut mit dem Bundeskanzler, wie Sie sich denken können, hoffen aber auch mit Ihnen und uns allen auf seine Läuterung. Ihren Antrag werden wir trotzdem wegen der deutlichen Auslassung ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als CDU-Fraktion haben wir unsere Position in einer Entschließung niedergeschrieben - und das will ich hier auch sehr deutlich sagen -, nicht, weil wir glauben, dass wir hier vom Landtag das Geschehen direkt beeinflussen können. Laut Grundgesetz ist die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten, bis auf wenige Ausnahmen, ausschließlich Sache der Bundesregierung. Dementsprechend kommt den Ländern bezüglich der Erfüllung von Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats durch den Irak keinerlei Kompetenz zu. Dennoch haben die Oppositionsfraktionen Anträge zum Thema Irak eingebracht, um ihre Position in konkreten Forderungen zu formulieren, und damit erwecken sie den Eindruck, wir im Thüringer Landtag könnten diesbezüglich relevante Beschlüsse fassen. Dies ist aber nicht der Fall. Deshalb haben wir uns in unserem Entschließungsantrag auch auf eine deskriptive Darstellung der Position beschränkt, damit die Thüringerinnen und Thüringer nachlesen können, welche Position wir als CDU-Landtagsfraktion auch in den dafür zuständigen Gremien wie dem Bundestag, dem Europäischen Parlament vertreten.

Noch einmal ganz unmissverständlich: Wir alle wollen keinen Krieg. Wir alle wollen aber, dass dem Diktator Saddam Hussein das Handwerk gelegt wird, damit die dauernde Kriegsgefahr, die von ihm und seiner Diktatur ausgeht, endlich beseitigt wird. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Zimmer, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Zimmer, PDS:

Meine Damen und Herren, Herr Fraktionsvorsitzender Althaus, ich möchte mich zunächst erst einmal dafür bedanken, dass Sie uns die Gelegenheit gaben, den Antrag, der ja jetzt eben auf den Plätzen ausgelegen hat, durch Ihre Rede noch einmal richtig zur Kenntnis zu nehmen, und dass Sie auch noch einmal deutlich gemacht haben, welchen Zweck der Antrag, der eben erst eingereicht worden ist, tatsächlich erfüllt. Indem Sie vor allem an den Punkten des Antrags zusätzliche Einfügungen gemacht und Erläuterungen gegeben haben, haben Sie klargemacht, dass genau an diesen Punkten auch die eigentliche Wahlkampfrede unmittelbar vor den Landtagswahlen in Hessen und auch in Niedersachsen zu erkennen war

(Beifall bei der PDS)

und dass es Ihnen nicht darum geht, hier in diesem Thüringer Landtag eine gemeinsame Position der drei Frak-

tionen zu erreichen.

(Beifall bei der PDS)

Ich bin eigentlich sehr entsetzt darüber, dass ein solches Thema, bei dem über 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland, über 80 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung überzeugt davon sind, dass es sich hier um ein existenzielles Thema handelt, ein Thema, bei dem sie größte Sorge haben, auch vor Entscheidungen, die die deutsche Politik trägt, dass Sie dieses Thema hier missbrauchen, um deutlich zu machen, Sie wollen unmittelbar vor den entsprechenden Landtagswahlen noch einmal andere Akzente setzen und Sie wollen diese Gemeinsamkeit nicht. Das halte ich für sehr bedenklich.

(Beifall bei der PDS)

Damit tragen Sie dazu bei, dass sich dieser Landtag und die Abgeordneten in diesem Landtag vor sich selbst entantworten, nämlich vor ihrer Verantwortung, dass sie als Politikerinnen und Politiker Stellung zu nehmen haben zu solchen Problemen und Fragen, die die Leute bewegen.

Ich komme aber an einigen Punkten auf Ihren Antrag noch einmal zurück. Ich erkläre von vornherein, dass, so wie ich die Position meiner Fraktion kenne, Ihr Antrag für uns ganz einfach nicht zustimmungsfähig ist.

(Beifall bei der PDS)

Ich werde Ihnen an einigen Stellen auch noch erklären, warum.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Wenn Sie zustimmen würden, wäre es ein gemeinsamer Antrag geworden.)

Ich sage Ihnen auch, warum wir dem nicht zustimmen können und wo eigentlich die Teufelei liegt, die Sie hier mit eingebracht haben.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin gerade erst vom 3. Weltsozialforum in Porto Alegre zurückgekommen und ich möchte angesichts auch eines drohenden Krieges den brasilianischen Präsidenten Lula zitieren, der sowohl in Porto Alegre beim Weltsozialforum als auch wenige Tage später beim Weltwirtschaftsforum in Davos die Frage gestellt hat: "Warum können die Kinder in den reichen Ländern fünf Mal am Tage essen, bei uns aber nur einmal in fünf Tagen?" Für mich war, gerade auch angesichts dieser Begegnungen, noch nie so sehr der enge Zusammenhang von Frieden, Entwicklungs-, Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft und auch Sozialpolitik und vor allem einer notwendigen Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und Machtstrukturen in allen Ländern so deutlich, wie in diesen Tagen angesichts des militärischen,

politischen und auch medialen Aufrüstens der USA und auch Großbritanniens.

Ich kann nur zustimmen, ja, ein weltweiter Pakt für den Frieden und gegen den Hunger ist dringend notwendig.

(Beifall bei der PDS)

Ich kann Ihnen nur sagen, heute ist es gefragt, konkrete Ideen und auch Taten zur Umsetzung eines solchen Pakts einzubringen, hier in der Bundesrepublik Deutschland, in der Europäischen Union und natürlich auch in den Vereinigten Staaten wie überall auf der Erde. Wir leben nun einmal in einer globalisierten Welt, deren gegenseitige Abhängigkeit immer größer wird. Es ist nun einmal so, und das werden auch Sie nicht bestreiten können, dass die neoliberale und auf militärische Macht und ökonomische Vorherrschaft setzende Politik eines Bush, eines Cheney bzw. auch einer Condoleezza Rice, eines Blair oder auch eines Aznar, wie wir gestern ja mit der Erklärung von acht europäischen Staatspräsidenten zur Kenntnis nehmen durften, auf diese Herausforderung eben keine zukunftsweisende Antwort geben kann.

(Beifall bei der PDS)

Es sind nun einmal seit dem zweiten Golfkrieg, der 1991 begonnen hat, nach dem ersten Golfkrieg, seitdem läuft nämlich der zweite Golfkrieg bereits, Hunderttausende Tote im Irak zu beklagen und darunter vielfach Kinder, infolge der direkten und indirekten Langzeitfolgen des von George Bush, dem Älteren, geführten Golfkriegs, infolge der fortwährenden Terrorherrschaft des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, der die überaus engen Spielräume, die im Übrigen auch die UNO-Sanktionen gegen die eigene Bevölkerungspolitik ausgenutzt hat, zum eigenen Machterhalt und auch zur Verfolgung jeglicher demokratischer Opposition brutal genutzt hat, mit dessen Regime die Millionen und Abermillionen Kriegsgegner in aller Welt nichts, aber auch gar nichts verbindet. Das möchte ich hier auch noch mal deutlich erklären, bevor Sie wieder meinen irgendwelche Unterstellungen vornehmen zu können. Und Sie wissen, davon bin ich überzeugt, dass Sie das auch genau wissen. Sie haben das selbst in den letzten Wochen und Monaten nachvollziehen können, dass ein Krieg, die Bombardierung von Städten und Dörfern vor allem aber die Bevölkerung und eben vor allem die Kinder, die Armen, die Frauen und die Alten treffen wird und gerade eben jene treffen wird, die unter dem Regime Saddams am meisten zu leiden haben.

(Beifall bei der PDS)

Da verweise ich mal nur auf das Kinderkrankenhaus in Basra. Europäische Abgeordnete, Mitglieder von Friedensinitiativen haben sich das in den letzten Tagen und Wochen wiederholt angeschaut und haben dort feststellen müssen, dass infolge der Langzeitschäden durch den ersten Golfkrieg täglich fünf Kinder mit Krebskrankheiten eingeliefert

werden und aufgrund der nicht vorhandenen medizinischen Versorgung, vor allem auch durch das Embargo,

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das hat Sie doch noch nie interessiert!)

die Kinder nicht versorgt werden können, nicht behandelt werden können und dort selbst Kinder sterben, die, wenn die medizinische Behandlung gesichert werden würde, eine Überlebenschance hätten. Ich denke, das ist eine Frage, der wir uns auch zu stellen haben und wo wir nicht einfach nur so tun können, als würde das Regime von Saddam Hussein jegliche menschliche Verfolgung und auch jeden Präventivkrieg rechtfertigen.

(Beifall bei der PDS)

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Althaus, muss ich sagen, ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, wie Sie auf die Idee kommen können mit Ihrem Satz: "Worin besteht politischer Druck", ich zitiere Sie, "wenn nicht maßgeblich in militärischem Druck.", wie Sie überhaupt auf die Idee kommen können, dass man einen Saddam Hussein von der Regierungsspitze, von der Macht wegstreift, indem man ein Volk bombardiert.

(Beifall bei der PDS)

Das ist 1991 schon nicht gelungen. Zehn Jahre danach hält er sich immer noch oder zwölf Jahre danach immer noch. Und da setzen Sie immer noch darauf, dass es um einen Präventivkrieg gehen könne? Sie sagen und halten es Schröder vor, dass er vor kurzem in Goslar erklärt habe: Rechnet nicht damit, dass Deutschland einer den Krieg legitimierenden Resolution zustimmt. Ja natürlich, was denn sonst? Wieso kommen Sie dabei auf die Idee, dass sich Schröder damit isolieren könnte?

(Beifall bei der SPD)

Wenn Schröder es schafft, die Stimmung bzw. auch den Willen derjenigen aufzunehmen, die diesen Krieg nicht wollen, dann ist er nicht isoliert, dann ist er mit über 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung in Übereinstimmung,

(Beifall bei der PDS, SPD)

wenn er sich mit den Regierten verbindet und nicht mit denen, denen es nur um die Durchsetzung von Machtinteressen geht. Zumindest dabei sollte Schröder bleiben bei einer deutschen Bevölkerung, die mehrheitlich einen solchen Krieg ablehnt und seinen Beginn doch zugleich auch fürchtet. Ich denke, diese Ambivalenz muss man genauso zur Kenntnis nehmen und Schröder wird schon deshalb als Friedenspolitiker angesehen. Weltweit wird Deutschland jetzt als zumindest mäßigendes Element angesehen und geachtet. Beides stimmt wohl, wenn auch nicht ganz. Denn was machen die deutschen Soldaten und Matrosen in Kuwait und am Horn von Afrika oder in den Awacs-Ma-

schinen? Wohin starten die Transporter und die Bomber der US-Airforce von deutschem Boden aus? Warum können die Amerikaner ihre Basen hier nicht selbst bewachen? Wir zumindest wollen Schröder beim Wort nehmen, denn sein klares Nein zur deutschen Beteiligung an einem Irakkrieg steht wohl noch auf dem politischen Prüfstand.

Am Montag legten, meine Damen und Herren, die UN-Rüstungsinspektoren einen vorläufigen Bericht zu ihren Kontrollen im Irak vor. Aus dem ergab sich eben nicht, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitzt.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Doch nicht, weil er sie nicht hat, sondern weil die Inspektoren unzufrieden waren.)

Wissen Sie, Herr Althaus, Sie haben vorhin einen Satz gesagt, da würde ich Ihnen zustimmen. Sie hätten erwartet, dass man die Informationen, über die die USA verfügen, rechtzeitig den Waffeninspektoren zur Verfügung stellt, dann hätten diese die Kontrollen auch wesentlich zielgerichteter durchführen können.

(Beifall bei der PDS)

Ich frage mich ja bloß, wer außer den USA weiß denn wirklich, über welche Waffen und Waffensysteme Saddam Hussein verfügt? Sie haben ihn doch aufgerüstet. Die USA haben ihn doch jahrelang aufgerüstet,

(Beifall bei der PDS)

genauso wie sie El Kaida aufgerüstet haben, um dann mit diesem Wissen nicht umzugehen. Und sie wissen auch ganz genau, was sie in den letzten Jahren bombardiert haben. Da geht es doch nicht nur um den ersten Golfkrieg 1991, da geht es auch um die Zeit danach. Manche dieser so genannten Produktionsstätten sind inzwischen zum 13. Mal kontrolliert worden. Dort ist nichts vorzufinden. Selbst wenn irgendwo noch Anzeichen dafür sein sollten, sagen alle technischen Waffenexperten, daraus kann niemals der Irak eine Angriffsfähigkeit entwickeln. Ich denke, damit müssten Sie sich zumindest einmal auseinander setzen.

(Beifall bei der PDS)

Sie können sich nicht einfach hinstellen und behaupten, weil er nicht das Gegenteil nachweisen kann, ist der Irak von vornherein schuldig, ist er von vornherein eine Angriffsgefahr. Ich sage Ihnen auch, vor über einem Jahr hatten wir bereits Treffen mit den Vertretern der UNO-Kommission für die Durchsetzung des Embargos im Irak. Schon damals wurde sehr klar gesagt, dass die USA und dass Saddam Hussein ein gemeinsames Spiel treiben. Immer dann, wenn es kurz davor steht, dass das Embargo erleichtert werden kann, dass das Embargo im Interesse der Zivilbevölkerung aufgemacht werden kann, immer dann spielt man sich gegenseitig die Vorurteile bzw. auch die Vorfälle zu, damit diese Embargoaufhebung nicht statt-

findet, damit nicht im Interesse der Bevölkerung entschieden werden kann. Ich sage Ihnen deshalb, hier geht es um etwas anderes als um die Beseitigung eines Regimes. Hier geht es darum, eigene Interessen durchzusetzen. Lesen Sie die Zeitung, wie beispielsweise - wir sind da ja durchaus auch für solche Positionen offen - die Jesuitenzeitschrift "Civiltà Cattolica"

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Ist doch nicht wahr.)

deutlich macht: Ein Präventivkrieg gegen den Irak sei durch nichts gerechtfertigt. Es gehe nicht darum, dass die immensen Erdölschätze des Irak und seine geopolitische Lage, die zu einer Stabilisierung des Mittleren Ostens geradezu herausfordere, als Grund für einen Präventivkrieg genommen werden, und es sei auch nicht gerechtfertigt, einen Präventivkrieg deshalb zu führen. Die Interessen der Supermacht mögen politisch einsichtig und ihrer Regierung am Herzen liegen, für einen legitimen Krieg, so dort die Position des Vatikans, seien die Gründe nicht hinnehmbar.

Ich finde, darüber sollten Sie nachdenken, bevor Sie nur Teile wieder selbst zitieren und es als Begründung dann anführen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Sie haben nur Teile zitiert!)

Meine Damen und Herren, ich habe bereits gesagt, dass der Bericht, der am vergangenen Montag vorgelegt worden ist, eben nicht nachgewiesen hat, dass der Irak über Massenvernichtungsmittel verfügt.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Herr Blix hat's gesagt.)

Die Position, die die USA unmittelbar nach dem 11. September 2001 eingenommen haben, waren die sofortigen Verweise darauf, dass man nun die so genannten bösen Staaten an den Kanthaken bekommen müsse, dass man nun gegen den Irak vorgehen müsse, dass man Staaten-Regimes wie Saddam Hussein von vornherein verweigern müsse, dass sie überhaupt den Zugang zu Massenvernichtungsmitteln haben müssten. Da war überhaupt noch kein Waffeninspektor wieder im Land gewesen und hat untersucht gehabt, was denn tatsächlich noch vorhanden ist und wie weit der Irak angriffsfähig ist. Nun sollen die Inspektionen noch bis Anfang März fortgesetzt werden. Dies als "Sieger Tauben" zu werten, wäre voreilig, denn die USA-Militärmaschinerie benötigt noch Zeit, der Aufmarsch am Persischen Golf ist einfach noch nicht abgeschlossen. In dem Zusammenhang sage ich Ihnen noch einmal sehr deutlich, Herr Althaus, Ihr Satz "Niemand will den Krieg.", stimmt einfach nicht. Es gibt Leute, es gibt Kräfte, die wollen den Krieg, sie wollen ihn und das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Sie wollen ihn herbeireden.)

Nein, ich will ihn überhaupt nicht herbeireden. Ich engagiere mich mit vielen aus meiner eigenen Partei und mit vielen Friedensbewegten darin, nämlich alles zu tun, damit dieser Krieg überhaupt nicht erst stattfindet,

(Beifall bei der PDS)

diesen Krieg zu stoppen, bevor er ausbricht, um eben nicht jenen wieder Wasser auf die Mühlen zu geben, die nur sagen, weil wir im Imperialismus sind, muss von vornherein ein solcher Krieg stattfinden. Genau das ist eben nicht unser Ansatz.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Sie leben immer noch im Klassenkampf!)

Ach, erzählen Sie doch nicht. Der US-Präsident hat deutlich gemacht, dass man auch ohne die Unterstützung der UNO vorgehen wird. Ich verweise nur auf die frenetische Aufnahme seiner Rede zur Lage der Nation, die er gehalten hat. Dennoch sage ich, noch ist jeder Widerstand nicht zwecklos. Wir werden weitermachen mit unseren Friedensdemonstrationen, auch durch Beteiligung an Aktionen von friedensbewegten Friedensinitiativen. Wir werden jeden unterstützen, der diesen Krieg noch verhindern will. Da kann sich eben auch Landespolitik nicht heraushalten. Sie kann sich auch nicht, was sie ebenfalls tun sollte, einfach nur darauf beschränken, einem Bundeskanzler verbal den Rücken zu stärken.

Unabhängig davon, meine Damen und Herren, dass es eine allgemeine menschliche Pflicht ist, sich für den Frieden einzusetzen, verbietet das Grundgesetz jeglichen Angriffskrieg und die Landesverfassung in Thüringen fordert in ihrer Präambel das Friedensengagement regelrecht heraus. Also kann es doch nicht nur einfach Ihr Reagieren auf zwei vorhandene Anträge in diesem Landtag sein, dass Sie Ihre Position erklären, sondern das müsste eigentlich eigenes Interesse sein, das von vornherein zu tun. Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle auch auf eins verweisen, das haben Sie nämlich in Ihrem Antrag überhaupt nicht getan. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages und auch die Erklärung selbst aus dem engsten Beraterkreis des Bundeskanzlers machen auch deutlich, dass der Bundeskanzler noch jede Menge politischen Handlungsspielraum hat. Es ist eben nicht zwangsläufig so, dass er Überflugrechte gewähren muss. Es ist eben nicht zwangsläufig so, dass der Transport gesichert werden muss. Es ist eben nicht zwangsläufig so, dass die Bewachungen von Militärstützpunkten gesichert werden müssen. Es ist eben auch nicht so, dass man sich von vornherein nur auf die vorhandene UNO-Resolution 1441 stützen kann, um zu sagen, diese reicht aus, um eine entsprechende Entscheidung über Krieg und Frieden zu treffen. Diese reicht

eben nicht aus. Deshalb gehören wir auch zu denjenigen, die klar sagen,

(Beifall bei der PDS)

wenn ein abschließender Bericht der Waffeninspektoren vorgelegt wird, muss die UNO eine neue UNO-Sicherheitsresolution erarbeiten. Auf der jetzigen Grundlage ist keine Entscheidung möglich und wir werden auch die Entscheidung einer Bundesregierung nicht akzeptieren, wenn sie auf dieser Grundlage erklären sollte, sie würde einem Krieg zustimmen oder sie würde sich dazu nur enthalten.

(Beifall bei der PDS)

Wir stehen mit unseren Positionen und unseren Forderungen ja auch nicht allein. Es gab in den letzten Wochen zahlreiche Initiativen, Aktionen von bewegten friedensüberzeugten Menschen. Vergangenes Wochenende beteiligten sich über 400 Menschen an einer gewaltfreien Sitzungsblockade vor der NATO-Airbase in Geilenkirchen, blockierten für eine Stunde die Einfahrt auch des Stationierungsortes der Airbasesoldaten. Es finden Kundgebungen vor dem Verteidigungsministerium statt. Sie fordern den Abzug der deutschen Soldaten aus der Krisenregion und eine Verweigerung von Überflugsrechten für die US-Truppen. Auch hier im Haus könnte eingewendet werden - und Sie haben das ja zum Teil schon angedeutet -, Außenpolitik ist Bundespolitik. Das ist formal richtig und soll auch formal so bleiben. Das entbindet uns aber eben nicht von der Verantwortung, die wir auf Landesebene vor Ort und für eine friedliche und gerechte Welt haben. In Porto Alegre habe ich an einem Forum von Parlamentarierinnen von der kommunalen Ebene bis hin zu kontinentalen Parlamenten, also beispielsweise dem Europaparlament, teilgenommen. Dort war für mich die überzeugende Position, die dort eingenommen worden ist, wir tragen unabhängig davon, auf welcher Ebene wir in die Politik gegangen sind, Verantwortung dafür, dass die Menschen in unserem Verantwortungsbereich friedlich leben können und dass sie auch von den Folgen eines Krieges und auch von einem Flächenbrand eines Krieges verschont bleiben. Dafür tragen wir eine gemeinsame Verantwortung. Es wurde dann beispielsweise auch darüber nachgedacht - und da fordere ich Sie auf, sich beispielsweise damit auseinander zu setzen -, regelmäßig Parlamentarierdelegationen in den Irak zu senden, um dort praktisch auch der medialen Zuspitzung eine eigene, eine objektive Berichterstattung entgegenzusetzen und selbst etwas zu tun, um diesen Krieg zu verhindern.

(Beifall bei der PDS)

Wir können also praktisch nicht nur hier in diesem Saal uns für etwas und gegen etwas aussprechen, wir können auch selbst etwas tun, um diesen Krieg zu verhindern, indem wir uns vor Ort begeben und uns ein eigenes Bild machen und über die tatsächliche Situation auch aufklären.

Natürlich gilt es auch, unsere Argumente für eine friedliche Konfliktlösung zu schärfen und die Logik des Krieges zu durchbrechen. Es reicht nicht, lediglich den Krieg zu ächten, wir brauchen alternative gesellschaftlich wirksame Konzepte. Kann Thüringen dazu einen Beitrag leisten? Ich meine, ja, wir könnten. Die Forderung in unserem Antrag nach Umbau der Rüstungsindustrie ist nicht neu. Rüstungskonversion haben die Gewerkschaften bereits in den 80er-Jahren mit Nachdruck auf die politische Agenda gesetzt. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise und der Massenarbeitslosigkeit braucht es eben auch Mut, diese Forderung wieder aufzunehmen. Man kann es aus den Medien erfahren, jeder von Ihnen kann das, dass es ein Wunschzenario in den Planspielen der Militärs gibt. Ein kurzer Krieg, vielleicht nur sechs Wochen, Kosten, die sich in Grenzen halten, 48.000 Tote, Zivilisten und Soldaten, Opfer von Waffengewalt für Verfügung über das nahöstliche Öl als Drohgebärde der einzig verbliebenen Supermacht. Ich finde, dabei ist es eben nicht unerheblich, ob dort Waffen zur Anwendung kommen, die auch in Thüringen produziert worden sind. In Thüringen, das wissen Sie genauso gut, gibt es Rüstungsproduktion. Wir sollten eben auch vor Ort unsere Verantwortung wahrnehmen, Krieg ist ohne Produktion und den Verbrauch von Waffen nicht möglich.

(Beifall bei der PDS)

Unternehmen und Einrichtungen der Rüstungsproduktion und -forschung hier in Thüringen sollten keine staatliche Förderung erhalten, es sei denn, sie dienen eben der genannten Konversion. Landesmittel sollten aber auch in die Unterstützung von Friedensprojekten und -aktivitäten fließen, die sich inzwischen überall entwickeln. Im Übrigen wird auch in der Präambel des EU-Vertrags und in seinen Ausführungen zur Sicherheits- und Außenpolitik die Wahrung des Friedens in Europa und in der Welt als Aufgabe genannt.

(Beifall bei der PDS)

Ein Europa der Regionen ist immer wieder auch als Wunsch genannt worden. Nun denn, die Regionalversammlung in der Toskana hat sich in einer ausführlichen Erklärung klar gegen einen Krieg ausgesprochen und gefordert, die Nutzung von Militärbasen auf ihrem Territorium zu verweigern. Ich kenne inzwischen zahlreiche kommunale Vertretungen, ich kenne inzwischen auch Landtage hier in Deutschland, die sich in Resolutionen, und zwar ohne eine Hintertür aufzulassen, gegen den Krieg und gegen jegliche deutsche Beteiligung ausgesprochen haben. Das wäre auch hier möglich.

(Beifall bei der PDS)

Das wäre das Mindeste, was man in diesem Landtag erwarten könnte. Wir sind uns mit vielen anderen einig, die konsequente Ablehnung des Krieges bedeutet auch, die schleichenden militärischen und zivilen Kriegsvorberei-

tungen in Deutschland zu thematisieren. Militärisch und logistisch ist Deutschland schon jetzt in die Kriegsvorbereitungen am Persischen Golf involviert. Ich verweise hier nur auf die Fuchs-Spürpanzer in Kuwait. Im Übrigen, wenn man sich nur etwas näher beschäftigt mit der Entwicklung, mit der Korrektur, die Bundeskanzler Schröder vorgenommen hat, noch unmittelbar nach dem 11. September hat er aus Solidarität mit den USA den Einsatz der Spürpanzer in Kuwait erklärt. Wenn denn nicht vor folgendem Hintergrund: Dass man genau wusste, wenn man in Kuwait Spürpanzer stationiert, dass man dann im Falle eines Kriegs im Irak eben dabei ist. Vor keinem anderen Hintergrund, das hatte nichts mit Afghanistan und mit der Terrorbekämpfung infolge des 11. September selber zu tun. Deren eigentliche Bestimmung ist doch nur im Rahmen einer kriegerischen Handlung unter Einsatz von chemischen oder biologischen Kampfstoffen zu verstehen. Ob die Panzer nach der Übung noch abgezogen werden können, ist fraglich. Es ist auch vollkommen unklar, unter welches Kommando diese Einheiten im Falle eines Irak-Krieges dann geraten werden. Da sind unsere Marineeinheiten am Horn von Afrika, die Fregatte "Rheinland-Pfalz" mit ihren 200 Soldaten wurde nach Deutschland zurückverlegt, aber doch nicht etwa im Zusammenhang mit einem Umdenken der Bundesregierung, sondern das hängt damit zusammen, dass Deutschland dort das Kommando im Herbst abgeben wird. Auch wenn der unmittelbare Zusammenhang zum Irak-Krieg nicht gleich ins Auge fällt, der Grund für die Stationierung einer internationalen Marine mit immerhin 80 Schiffen aus 16 Staaten ist jedem bekannt. Die Planungen des US-Militärs reichen weit über den Irak hinaus und schon lange gilt Somalia als das nächste mögliche Kriegsziel. Der Einsatz am Horn von Afrika dient doch schon jetzt zur Sicherung der Öltransportwege zu Wasser und der Kontrolle eines der wichtigsten Seehandelswege in der Welt. Fachleute und Menschen mit auch nur ein bisschen Vernunft warnen, der Krieg im Irak birgt die Gefahr, ein Flächenbrand zu werden.

(Beifall bei der PDS)

Sie wissen genau, die Situation in der arabischen Welt hat sich massiv verändert. Sie wissen, dass es unter Experten Diskussionen darüber gibt, inwieweit der Krieg im Irak auch genutzt wird, um beispielweise die Auseinandersetzung zwischen Palästinensern und dem Land Israel weiter zu verschärfen. Sie wissen, dass es Pläne gibt, unter dem Namen "Transfer" die palästinensische Bevölkerung aus den besetzten Gebieten zu vertreiben. Ich sage Ihnen deshalb deutlich -

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Das israelische Volk!)

ich habe nicht vom israelischen Volk geredet -, die Erfahrung von Unterdrückung, Hunger und Hoffnungslosigkeit in der Dritten Welt wird gegenwärtig instrumentalisiert, um sie in den Kampf gegen den Terrorismus mit

einzubauen. Das will man im Prinzip durch den Krieg bannen? Dieser Entwicklung kann man doch nur begegnen, indem man die Mitverantwortung für die weltweite Ungerechtigkeit der westlichen Industrieländer akzeptiert, also auch der Bundesrepublik Deutschland, und bereit ist, gemeinsam mit den Menschen in der Welt - jedoch nicht gegen sie - für eine bessere Welt zu streiten.

(Beifall bei der PDS)

Wirklich glaubhaft, und das sage ich jetzt auch an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion gerichtet, und auch friedenswirksam kann ein deutsches Nein zu einem Krieg nur dann werden, wenn die Bundesregierung eben nicht nur einen Präventivschlag der USA ablehnt, sondern die Vorbereitung für Angriffskriege im eigenen Land beendet. Das heißt also, der Auftrag der Bundeswehr muss auf die Landesverteidigung beschränkt bleiben.

(Beifall bei der PDS)

Interventionstruppen und Spezialkommandos, die deutsche Interessen von Asien bis Afrika durchsetzen, lehnen wir ab, andere denken auf gefährliche Weise darüber nach. Diese neuen Militärdoktrinen bewirken die schleichende Militarisierung in der Gesellschaft. Nichts gegen die Bundeswehr,

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das ist ja schlimm.)

wir schätzen ihren Einsatz zur Bekämpfung des Hochwassers, aber wir sprechen uns gegen die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch die Bundeswehr aus.

(Beifall bei der PDS)

Es kann doch nicht wahr sein, Herr Trautvetter, dass ein tolldreister, leicht verwirrter Pilot über der Innenstadt von Frankfurt der deutschen Politik wirklich Anlass ist, um über den Einsatz von Abfangjägern oder den präventiven Abschuss zu philosophieren. Oder fingern geltungssüchtige Politiker neuerlich an der innenpolitischen Büchse der Pandora herum. Wenn wir jetzt über Polizeiaufgaben für die Bundeswehr reden, heißt es nicht faktisch, Polizeibefugnisse für die Armee wie in Staaten, die wir nicht oder nur sehr eingeschränkt als Demokratien ansehen. Ist nicht der Einsatz der Bundeswehr zum Schutz amerikanischer Einrichtungen und zur Absicherung von Militärtransporten in der Bundesrepublik in der Aufmarschphase ein erster Schritt in diese Richtung? Beginnen wir uns nicht schon jetzt an diese Bilder zu gewöhnen? Die Politik - und das möchte ich hier auch noch mal ausdrücklich betonen - die Politik hat immer noch nicht gelernt, auf militärische Machtdemonstration und Gewaltanwendung zu verzichten. Insofern lehne ich auch jede Formulierung, die darauf hindeutet, dass man eine militärische Drohkulisse aufbauen müsse, ab, weil sie genau nur dieses Denken immer wiederholt,

(Beifall bei der PDS)

nur immer wieder in militärischen Kategorien zu denken, militärische Logik zu praktizieren und überhaupt nicht zuzulassen, dass zivile Konfliktlösungsmechanismen überhaupt gängig werden bzw. sich durchsetzen können.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: ..., weil deutsche Soldaten ihr Leben riskieren. Sie sitzen im Warmen.)

Bundeskanzler Schröder hat vor kurzem erklärt, dass er sich Sorge darüber mache, dass man sich inzwischen in der Gesellschaft daran gewöhne, dass Krieg zur Normalität von Politik wird, und er hat noch einmal gesagt, er wünsche sich, dass das wirklich die Ultima Ratio sei. Nun gebe ich gern zu, dass ich hier auch zum Unterschied und im Gegensatz zum Bundeskanzler stehe, weil ich auch Krieg als Ultima Ratio nicht für gerechtfertigt halte.

(Beifall bei der PDS)

Aber dass er zumindest erkennt, dass eine solche Veränderung in der Gesellschaft stattfindet, ich glaube, das zeichnet ihn zumindest in seiner Wirklichkeitswahrnehmung von anderen führenden Politikern anderer Regierungsparteien bzw. Parteien, die im Bundestag in Opposition stehen, aus.

(Beifall Abg. Thierbach, PDS)

Wie wäre es denn - und da frage ich natürlich ein Stückchen weiter, weil ich mich mit dieser Haltung von Gerhard Schröder zwar zum Teil identifizieren kann und ihn hier zum Teil auch unterstützen möchte, aber gleichzeitig auch sage, das kann noch längst nicht reichen -, wenn Gerhard Schröder sich innerhalb der EU einsetzen würde für die EU eben nicht als ein militärisches Gegengewicht zu den USA, weil die Gefährlichkeit einer solchen Logik überhaupt viel zu groß ist, sondern eben für eine offensive Entmilitarisierungspolitik Europas und eine tatsächliche umfassende Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die müsste nämlich einschließen, dass es um die Lösung von globalen Problemen geht, um den Kampf gegen Hunger, den Lula eingefordert hat, gegen Armut und damit auch dem Terrorismus den Boden zu entziehen. Also, warum nicht angesichts der vorherrschenden militärischen Logik, die mit dem ersten Golfkrieg vor 12 Jahren die Oberhand gewann, über Parteigrenzen hinweg alles dafür tun, dass zivile Konfliktlösungen zum ausschließlichen politischen Handeln werden?

(Beifall bei der PDS)

Ich sage Ihnen noch einmal deutlich, der Abgeordnete Schwäblein hatte ja am gestrigen Tag darauf verwiesen, dass wir uns gestern zum 70. Mal des Tages erinnern, an dem der Hitlerfaschismus die Macht ergriffen hat; ich denke, 70 Jahre danach ist es an der Zeit, dass Konzepte der

Zivilmacht, die durch Friedensforscher entwickelt worden sind, vorangetrieben werden. Wir brauchen endlich neues Denken statt alter untauglicher Handlungsmuster.

(Beifall bei der PDS)

Dafür bekäme Kanzler Schröder vielfache Unterstützung, natürlich auch die der PDS. Aber, wie gesagt, das würde voraussetzen, dass er sich auf die Macht der Regierten stützt und nicht in den - jetzt zitiere ich den CDU-Bundestagsabgeordneten Brock - "Wettlauf der Vasallen" einfällt, so wie es gestern die acht europäischen Ministerpräsidenten getan haben. Wir hielten es für sinnvoll, wenn die Landesregierung auch in dieser Hinsicht die Initiative ergreifen würde und ein internationales Symposium zu Friedensfragen ausgerichtet. Wir brauchen eine politische Unterstützung und Umorientierung, den Austausch und die Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft. Wer einem der ältesten Grundübel der Welt auf den Grund gehen will, sollte die Bedeutung von Friedensforschung für die Politik ernst nehmen. Eine der ersten Fragen muss die nach den Ursachen für regionale Konflikte sein. Frieden und Gerechtigkeit erwachsen aus dem Interessenausgleich und natürlich auch daraus, dass die Ursachen für Terrorismus entzogen werden. Aber auch Fragen der Abrüstung, der Konfliktbeilegung und der Gewaltprävention sind mögliche Themen. Gemeinsame Institutionen und verbindliche, für alle gültige Festlegungen und ein normatives Völkerrecht gehören zu den Voraussetzungen ziviler Konfliktlösungen. Appelle reichen da nicht, Umdenken wird ohne einen Abschied von der militärischen Logik nicht möglich sein und unser aller Engagement gegen den Irak-Krieg kann und sollte einen Anfang dafür darstellen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal kurz auf den Antrag der CDU-Fraktion zurück. Ich sage Ihnen deutlich, mit den Punkten 7, 8 und 9 haben Sie deutlich gemacht, worum es Ihnen wirklich mit dem Antrag geht. Es geht Ihnen nicht darum, dass wir hier eine klare Position gegen einen Krieg, gegen den Krieg überhaupt formulieren, sondern Sie versuchen, diesen Antrag zu benutzen für Wahlkampfauseinandersetzungen.

(Unruhe bei der CDU)

Wir könnten bei verschiedenen Positionen der vorherigen Punkte einigermaßen mitgehen, z.B. wenn Sie denn im Punkt 3 die Formulierung aufgenommen hätten, dass es "auch am Irak" liegt, ob die Krise friedlich gelöst wird. Das alleinige Schieben auf den Irak, ich glaube, das ist eine Ausblendung von Realitäten und hat mit den tatsächlichen Konflikten überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der PDS)

Wenn es Ihnen denn wirklich darum gegangen wäre, dass dieser Landtag zu einer gemeinsamen Position kommt, dann hätten Sie die Gelegenheit ergriffen und hätten Ihren Antrag oder Antragsvorschlag zur gemeinsamen Beratung

mit den anderen beiden Fraktionsvorsitzenden vorgelegt. Wir haben das angeboten. Wir haben von vornherein angeboten,

(Beifall bei der PDS)

zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Ich verweise hier nur auf den Brief des Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow an die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD anlässlich unserer Aktion, wo wir hier auch den Thüringer Landtag praktisch symbolisch mit dafür genutzt haben, um eine Position gegen den Krieg deutlich zu machen. Wir waren der Überzeugung, dass wir das auch in Ihrem Interesse tun können müssten

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das muss in Berlin gewesen sein.)

Das war nicht in Berlin, Sie haben das vergessen. Ich glaube nicht, dass ich irgendeine Veranlassung hätte, Ihnen aus Berlin zu schreiben. Ich glaube, das wäre ein bisschen die verkehrte Ebene.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben von Bodo Ramelow einen Brief bekommen, vom Fraktionsvorsitzenden der PDS-Fraktion, er ist an Sie beide gegangen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Ich habe ihn auch nicht bekommen.)

Ich habe zufällig gesehen, wie er sie unterschrieben hat, also können Sie mir nicht das Gegenteil erklären

(Unruhe und Heiterkeit im Hause)

und das ist auch im Beisein der Presse unterschrieben worden. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt der Innenminister, Herr Trautvetter.

(Zuruf Abg. Gentzel, SPD: Ich habe auch noch einen Redebeitrag.)

Trautvetter, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Zimmer, versuchen Sie nicht der Öffentlichkeit zu suggerieren, Sie wollten hier gemeinsame Anträge einbringen, denn dann hätte man vorher Anträge abstimmen müssen.

(Zwischenruf Abg. Zitzmann, CDU: Bravo!)

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS und Abg. Ramelow, PDS: Im Ältestenrat.)

(Unruhe bei der PDS)

Machen wir uns doch nichts vor, beide Anträge sind Schaufensteranträge -

Präsidentin Lieberknecht:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordnete Dr. Klaubert?

Trautvetter, Innenminister:

nein -, vielleicht bewusst gestellt, wenige Tage vor der Hessenwahl und der Niedersachsenwahl. Sie gehen ins Leere.

(Unruhe bei der PDS)

Wir kommen noch drauf, was zu sagen ist.

Sie gehen ins Leere, man könnte sie mit einem Satz beantworten. Den Ländern und damit auch dem Thüringer Landtag steht nach dem Grundgesetz kein Mitspracherecht in Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik zu. Auch der Bundesrat als Verfassungsorgan des Bundes hat in originären auswärtigen Angelegenheiten keine Mitwirkungsbefugnis. Ein Punkt fällt allerdings in die Zuständigkeit des Bundesrates und ist hier im Thüringer Landtag am richtigen Ort, nämlich die Frage, ob die Bundeswehr nicht auch Aufgaben im Inneren übernehmen soll. Wenn auch für alle anderen Punkte der Deutsche Bundestag das zuständige Forum ist, ich will Ihnen dennoch gerne die Position der Landesregierung verdeutlichen:

1. Wir wollen den Krieg verhindern.

(Beifall bei der CDU)

2. Wir stellen die Frage nach dem Schuldigen und das ist eindeutig Saddam Hussein, nicht die UNO, nicht die USA.

(Beifall bei der CDU)

Wir verwechseln nicht Ursache mit Wirkung.

3. Wir setzen auf die Völkergemeinschaft, auf den Friedensgarant UNO, nicht auf einen Alleingang der USA, wobei wir uns gleichzeitig zum Atlantischen Bündnis und zu unserer Verpflichtung als NATO-Mitglied bekennen.

Um es noch einmal klarzustellen, wir machen keine Außenpolitik, aber wir beziehen klar Position.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Frieden, auch Frieden am Golf, aber wir wollen zugleich auch Sicherheit für unsere Bürger.

(Beifall bei der CDU)

Frieden und Sicherheit bestehen nur dann, wenn wir nicht angegriffen oder bedroht werden, und selbst der Papst mit seinem aufrüttelnden Friedensappell hat den Krieg als Ultima Ratio nicht generell ausgeschlossen. Wir sind mit vielen unserer Freunde einer Meinung, nämlich in Abstimmung mit den Verbündeten und den Vereinten Nationen, alle nicht militärischen Instrumente anzuwenden, um auf friedlichem Wege die UNO-Resolution durchzusetzen. Wir nehmen auch die berechtigten Sorgen der Thüringer Bevölkerung ernst.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Laut Thüringentrend sagen zwei Drittel der befragten Thüringer, die Bundesregierung soll auf dem Weltsicherheitsrat im Sinne einer nicht militärischen Lösung einwirken. In aller Deutlichkeit: Auch die Thüringer Landesregierung setzt auf friedliche Beilegung des Konflikts,

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

gleichgültig, ob das eine Verlängerung der Waffeninspektion oder eine zweite UNO-Resolution oder beides ist. Kein vernünftiger Mensch kann Krieg wollen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade weil wir dies nicht wollen, brauchen wir den notwendigen politischen und militärischen Druck, um den nichtmilitärischen Instrumenten Durchsetzungskraft und Wirksamkeit zu geben.

(Beifall Abg. Arenhövel, CDU)

Meine Damen und Herren, diese klare und unmissverständliche Drohung hat doch bereits gefruchtet. Saddam Hussein hat nachgegeben. Er hat die UNO-Waffeninspektoren wieder in den Irak gelassen. Ohne den Druck, vor allem der Amerikaner, wäre dies nicht gelungen.

(Beifall bei der CDU)

Der amerikanische Präsident hat in seiner jüngsten Rede zu Recht darauf hingewiesen, Saddam Hussein verachtet die Vereinten Nationen und die Meinung der zivilisierten Welt. Es geht darum, zu verhindern, dass eine noch größere Bedrohung im Irak entsteht. Der Präsident hat wörtlich gesagt: "Es ist Iraks Sache, genau zu zeigen, wo es seine verbotenen Waffen versteckt. Nichts davon ist geschehen. Der Diktator des Irak rüstet nicht ab - im Gegenteil, er betrügt." So weit Bush. Der Irak trägt allenfalls nur passiv und nicht aktiv zur Aufklärung bei.

Meine Damen und Herren, der Druck der Staatengemeinschaft wird nur wirksam bleiben, wenn die Geschlossenheit gewahrt wird und wenn die unmissverständliche Bereitschaft besteht, notfalls einer Zuwiderhandlung gegen die UN-Resolution 1441 tatsächlich ernste Konsequenzen folgen zu lassen. Je entschlossener und je geschlossener wir sind, um so eher ist ein Krieg vermeidbar.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, gut gemeinte Appelle sind bei Diktatoren wie Saddam Hussein wenig hilfreich. Noch mal Bush wörtlich: "Wir wollen Frieden. Manchmal muss der Friede verteidigt werden."

Der erste Bericht der UNO-Inspektoren von Dienstag dieser Woche zeigt doch eines deutlich: Der Irak spielt nicht mit offenen Karten. Wo sind denn die Tausende Sprengköpfe zum Einsatz chemischer Waffen geblieben? Wo sind denn die Beweise, dass die umfangreichen Bestände an B- und C-Waffen und anderen chemischen und biologischen Waffen tatsächlich vernichtet worden sind, über die der Irak vor 1998 verfügt hat? Wo sind denn die Beweise dafür, dass das irakische Atomwaffenprogramm wirklich eingestellt wurde? Nicht die USA sind es also, die eine Gefahr darstellen, sondern Saddam Hussein mit seinen Massenvernichtungswaffen. Ich sage es hier noch einmal, verwechseln wir also bitte nicht Ursache und Wirkung.

(Beifall bei der CDU)

Niemand will einen Alleingang der USA gegenüber dem Irak. Mit seinem Vorwurf einer kriegsrischen Abenteuerpolitik an die Adresse der USA hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die über Jahrzehnte gewachsene transatlantische Partnerschaft schwer beschädigt. Die Bundesregierung hat sich auch gegenüber den wichtigsten Partnern in der Europäischen Union in unverantwortlicher Weise isoliert und sie hat sich die Möglichkeit verbaut, aktiv die internationale Irakpolitik mitzugestalten. Es kann bei der Antwort auf die irakische Bedrohung keinen deutschen Sonderweg, sondern nur einen gemeinsamen Weg im atlantischen Bündnis geben.

Meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hat im Bundestagswahlkampf Kriegsangst geschürt und anti-amerikanische Stimmung erzeugt. Er hat sein "ohne uns" im Wahlkampf mitten in der Drohphase gegen Saddam Hussein formuliert und er hat damit die mühsam aufgebaute Drohkulisse bewusst geschwächt. Selbst die eher sozialliberal eingestellte "Süddeutsche Zeitung" hat damals geschrieben: "Zeitpunkt und Wortwahl waren falsch. Schröder hat mit seinem Verhalten mehr zu einem Krieg beigetragen, als er die Gefahr reduziert hätte."

Durch die dilettantische Provokation ist die Gefahr eines Irak-Kriegs nicht geringer geworden, sondern der Bundeskanzler hat Deutschland in die Isolation getrieben und in das transatlantische Bündnis einen Spaltpilz eingepflanzt.

Der amerikanische Außenminister Powel hat völlig Recht, wenn er sagt: Multilateralismus kann nicht als Entschuldigung für Untätigkeit dienen. Im Übrigen, es ist naiv, die amerikanische Außenpolitik auf zwei Buchstaben zu reduzieren, nämlich ÖL. Denn seit dem 11. September ist doch eines klar geworden, innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht mehr voneinander trennen. Die Geschichte wird diejenigen verurteilen, die die Gefahr kommen sahen, aber nichts dagegen unternommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind es den Bürgern unseres Landes schuldig, konsequent gegen die Geißel des Terrorismus und der diktatorischen Gewalt vorzugehen. Die Frankfurter Flugzeugkaperung hat eines deutlich gemacht: Wir müssen auch die Diskussion um einen Einsatz der Bundeswehr im Inland führen. Ich kenne kein einziges überzeugendes Argument, warum die Bundeswehr im Rahmen von Verfassung und Gesetz bei einem terroristischen Angriff die Länder, insbesondere bei biologischen und chemischen Stoffen, in der Kommunikationstechnik oder bei der Bewachung gefährdeter Objekte nicht unterstützen sollte.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Sicherheitslücken im Inneren unseres Landes schließen und wir müssen bei der Verteidigung von Freiheit und Demokratie im Äußeren konsequent unsere Bündnisverpflichtungen erfüllen. Innere und äußere Sicherheit sind - ich betone es noch einmal - nicht zu trennen. Unsere Sicherheit kann zu jedem Zeitpunkt an jedem Punkt der Erde herausgefordert sein und Deutschland darf sich auf keinen Fall isolieren, denn Sicherheit ist unteilbar geworden.

Ich kann verstehen, dass der PDS die Freundschaft zur USA schwer fällt, ist doch die Großmacht Sowjetunion längst Geschichte. Ich halte es aber für unverantwortlich und politisch töricht, wenn die SPD das transatlantische Bündnis, einen der Grundpfeiler unserer Sicherheit und Freiheit, leichtfertig aufs Spiel setzt und Deutschland ins Abseits stellt. Ich sage das bewusst, das geht an die Adresse Berlin, nicht an die Thüringer SPD, denn der Antrag der Thüringer SPD ist ja weit moderater formuliert. Wir stimmen sogar in einigen Punkten mit Ihnen überein.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Wir müssten eigentlich in allen Punkten übereinstimmen.)

Was mit uns allerdings nicht zu machen ist, das ist purer Antiamerikanismus.

(Beifall bei der CDU)

Für Thüringen besteht in außenpolitischen Fragen kein Handlungsbedarf, auch nicht im Bundesrat. Stellen Sie also bitte Ihre Anträge dort, wo sie hingehören, im Deutschen Bundestag, im Europäischen Parlament und machen Sie bitte den Thüringer Landtag nicht zum Objekt von

Schaufensteranträgen und machen Sie vor allem bitte nicht mit den berechtigten Kriegsängsten der Menschen Politik.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Gentzel, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Saddam Hussein ist ein Diktator, ist ein Verbrecher.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Im Irak werden Menschenrechte systematisch gebrochen, vom Irak geht eine permanente Gefahr für den Frieden aus. Deshalb muss es das Ziel der Staatengemeinschaft sein, Saddam zu entwaffnen, ihn abzulösen und im Irak den Aufbau eines demokratischen Systems zu fördern. Der UN-Sicherheitsrat hat auf die vom Irak ausgehende Gefährdung angemessen und souverän reagiert. In seiner Resolution 1441 missbilligt er ausdrücklich das Verhalten des Iraks und äußert sich fest entschlossen, dieses nicht zu akzeptieren. Der UN-Sicherheitsrat beschloss ferner konkrete Kontrollmaßnahmen der UN im Irak und lässt nicht daran zweifeln, dass er eine vollständige Umsetzung seiner Beschlüsse erwartet und durchsetzen wird. Abschließend erklärt der UN-Sicherheitsrat in seiner o.g. Resolution, dass er sich weiter mit diesem Thema befassen wird. Am 27.01. haben die UN-Waffeninspektoren ihren Bericht vorgelegt. Der Chefinspektor Blix sprach davon, dass Bagdad die auferlegte Entwaffnung "nicht wirklich akzeptiert". Und, damit wir mal deutlich machen, von was hier eigentlich gesprochen wird, auch in Ihre Richtung, Frau Zimmer, Sie sagen, es ist nicht bewiesen, dass der Irak über Massenvernichtungsmittel verfügt. Ich bin schon dafür, dass wir in der Thematik, wenn wir uns auch mitunter auf der Straße oder bei anderen Dingen wieder treffen, die ganze Wahrheit sagen. Und die ist zum Beispiel, dass es da ein Protokoll von 1997 gibt, wo der Irak unterschrieben hat, welche chemischen Massenvernichtungsmittel er besitzt. Da gibt es zum Beispiel 8.500 Liter Anthrax - Milzbranderreger. Keiner von den Inspektoren weiß, wo das ist. Nur zur Erklärung, das reicht aus, um in einem Bundesland wie dem Freistaat Thüringen jedes menschliche Leben auszulöschen. Es werden auch noch 19.000 Liter Botulinium Toxin gesucht. Das reicht aus, um eine Stadt wie Paris auszulöschen. Es fehlen auch noch etliche Liter Rizin. Keiner der Inspektoren hat es gefunden. Auch diese 10 Liter von diesen Massenvernichtungsmitteln, die der Irak selbst unterschrieben hat, dass er sie besitzt, sind nicht auffindbar. Also, ich glaube, wir können das nicht einfach so runterspielen, wie Sie das sagen, und wir müssen auch ganz klar machen, die Beweisspflicht liegt beim Irak und nicht bei anderen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb unsere Forderung, welche auch die Forderung der UN-Inspektoren, die Forderung von Kofi Annan ist, und wir haben es heute auch im Antrag der Thüringer CDU gelesen, das Mandat der UN-Inspektoren zu verlängern.

Meine Damen und Herren, so weit zum Verhalten, zum Handeln der Vereinten Nationen. Ich sage es gerne noch einmal, nach unserer Auffassung haben die Vereinten Nationen besonnen und entschlossen reagiert. Problematisch wird es für uns mit der Haltung der Vereinigten Staaten zu dieser Sache. Sie verschärft die Situation im Nahen Osten, sie gefährdet das Bündnis gegen den weltweiten Terrorismus und schwächt die Rolle der Vereinten Nationen. Auch das muss man deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Letztlich birgt der von den Amerikanern eingeschlagene Weg eines Präventivkriegs unendliche und nicht zu kalkulierende Gefahren für den Weltfrieden. Ich will hier nicht falsch verstanden werden. Wir Sozialdemokraten sind nicht die Träger und Verbreiter von billigem Antiamerikanismus. Unvergessen bleibt für uns zum Beispiel die wichtige Rolle der Amerikaner im Zweiten Weltkrieg bei der Befreiung Deutschlands vom nationalsozialistischen Regime. Sie haben auch wesentlich zum Aufbau der demokratischen Bundesrepublik beigetragen und deshalb wird unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten immer ein partnerschaftliches sein, auch wenn man mitunter in der Sache streitet, ja, streiten muss.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich, es gibt keinen Grund hinter irakischen Fahnen herzulaufen und gibt erst recht keinen Grund amerikanische Fahnen zu verbrennen.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch Amerika muss akzeptieren und vielmehr aber auch verstehen, dass die Bundesrepublik Deutschland dem Weg eines Präventivkriegs gegen den Irak nicht folgen kann und darf, vielleicht gerade, weil wir zum "alten" Europa gehören und historische Erfahrungen besitzen, die die USA noch nicht kennen. Diese Erfahrungen prägen auch unser Handeln. Nachdem wir Deutsche zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen haben, sind wir geradezu verpflichtet, an einer Weltordnung zu arbeiten, die einfach nicht akzeptieren kann, dass ein einzelner Staat über Krieg und Frieden entscheiden kann und darf.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch deutlich, kein Bündnis kann uns diese historische Verantwortung abnehmen, selbst eine wirt-

schaftliche Großmacht und eine militärische Weltmacht wie die USA muss dieses akzeptieren und verstehen. Nur die Vereinten Nationen, die Staatengemeinschaft, kann und darf solche weit reichenden Entscheidungen treffen. Das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland im Weltsicherheitsrat und in der Öffentlichkeit war bisher klar und souverän, auch wenn man mitunter versucht, uns anderes zu unterstellen. Wir Deutschen werden uns nicht an einem Präventivkrieg gegen den Irak beteiligen, wir bezweifeln den Sinn und die Ziele eines solchen Kriegs.

Ich finde es schon bemerkenswert, Herr Althaus und Herr Trautvetter, dass Sie nicht einmal einen Verweis auf das Grundgesetz gemacht haben. Dort gibt es nämlich den Artikel 87 a und der verbietet der Bundeswehr einen Angriffskrieg zu führen. Auch deshalb, weil es grundgesetzlich verboten ist, auch deshalb war und ist die frühe und klare Festlegung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder richtig.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt: Wir wollen den weltweiten Terrorismus weiterhin wirksam bekämpfen. Dazu brauchen wir das internationale Staatenbündnis gegen den Terrorismus genauso wie die zurzeit stattfindenden internationalen Einsätze der Bundeswehr weltweit, sei es nun am Horn von Afrika oder sei es in Kuwait.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weltweit, auch in den USA, werden die Proteste gegen den geplanten Krieg immer größer. Auch in Thüringen wird der Ruf nach Frieden immer lauter. Wir Sozialdemokraten begrüßen dies nicht nur, wir selbst sind Teil dieses Bündnisses gegen die Unvernunft. Gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften, mit Vereinen und Verbänden, mit einigen Thüringer Parteien sagen wir: Schließt euch uns an, der Krieg ist noch zu verhindern!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage aber auch: Für Antiamerikanismus und plötzliche Glorifizierung des Verbrechers Saddam Hussein sind wir nicht zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Arbeiten, hoffen, beten wir dafür, dass die Vernunft siegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben den aktuellen Fragen nach Krieg oder Frieden im Nahen Osten dürfen zwei wesentliche Fragen nicht in den Hintergrund gedrängt werden, weil sie prinzipieller Natur sind.

Erstens, die Frage zur Rolle der Vereinten Nationen: Die demokratische Welt muss ein grundlegendes Interesse nach einer Friedensweltordnung haben. Es muss Angelegenheit eines unabhängigen demokratischen Staatenbundes sein, insbesondere in Konfliktfällen, aber auch immer deutlicher in Fragen der Nachhaltigkeit, Entscheidungen zu treffen,

die uns alle berühren. Ich sage, nur die Vereinten Nationen können dieses Instrument sein, 1945 gegründet, die Gründerväter - das wissen wohl alle hier im Raum - sind die Alliierten. 50 Staaten entwarfen die Charta und die Präambel, die hier jeder kennt, muss nicht noch einmal zitiert werden. In drei Jahren feiern wir den 60. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen und nicht nur dieser Jahrestag muss uns Deutschen, uns Europäern weiter Ansporn sein, die Rolle der Vereinten Nationen noch klarer und deutlicher darzustellen. Aber dieses bedarf auch einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Freund Amerika. Schon immer war das Verhältnis zwischen den Vereinten Nationen und Amerika nicht ohne Spannung, obwohl doch die Amerikaner einer der Gründerväter waren. Bill Clinton hat das einst so umschrieben: "Wir handeln zusammen, wenn wir können. Wir handeln allein, wenn wir müssen." Meine Damen und Herren, diese Grundeinstellung Amerikas zu den Vereinten Nationen ist problematisch und auch darüber muss gesprochen werden. Es kann und darf neben den Vereinten Nationen kein zweites Gremium, kein Land mit gleichen Rechten und Befugnissen geben, nicht Russland und nicht China und auch nicht die Vereinigten Staaten von Amerika.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wird dieser schwelende Konflikt nicht bereinigt, drohen den Vereinten Nationen schwere Zeiten. Zur Erinnerung, weil das eine oder andere ja immer vergessen wird in diesem Zusammenhang, ich spreche hier nicht nur über die Frage von Krieg und Frieden, die Konvention zur Ächtung von chemischen Waffen haben die USA erst 1997 unterschrieben. Dem Vertrag über die Ächtung von Antipersonenminen ist Washington bis heute nicht beigetreten. Und unter einer Konvention über die weltweiten Kinderrechte fehlen nur zwei Unterschriften, die von Somalia und die von Amerika. Das Kioto-Protokoll zum Klimaschutz soll nicht unerwähnt bleiben, genauso wie der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen die Gründung eines Weltgerichtshofs.

Meine Damen und Herren, die USA stellen den Staatenbund vor eine weitere Zerreißprobe und das ist das zweite Thema, was ich ansprechen will, von dem ich enttäuscht bin, dass es noch nicht angesprochen worden ist, nämlich die Frage der so genannten präventiven Verteidigung. Das ist ein grundsätzliches Thema, welches auf die politische Tagesordnung gehört, und hier geht es nicht nur um einen möglichen Irak-Krieg. Im September des vergangenen Jahres haben die USA ihre neue Militärdoktrinen vorgelegt. Mit der Begründung des 11. Septembers erklärten die Amerikaner, nie wieder das Entstehen einer potenziellen Gefahr für die USA zuzulassen. Notfalls wolle man dies auch durch präventive Militärschläge verhindern oder wie es George Bush sagt: "Wir müssen den Krieg zum Feinde bringen." Um es ganz vorsichtig zu formulieren, eine solche Doktrin ist völkerrechtlich hoch brisant. Denn das Völkerrecht verbietet einen Angriffskrieg, genauso wie das Grundgesetz einen solchen Krieg der

Bundeswehr verbietet. Aber es stehen dann und jetzt noch weitere wichtige Fragen auf der Tagesordnung, zum Beispiel: Wann gefährdet wer, weshalb Amerika? Was ist mit dem Sudan? Was ist mit Somalia? Was mit Nordkorea? Was ist mit Pakistan? Was ist mit Indien? Nein, ich wiederhole es gern, wenn überhaupt, nur den Vereinten Nationen kann eine solche Entscheidung zugestanden werden. Deshalb müssen wir Deutschen, wir Europäer, den Amerikanern auch weiterhin unangenehme Fragen stellen, im Sinne der Charta der Vereinten Nationen, mit dem Ziel, die Vereinten Nationen weiter zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ein Stück enttäuscht, dass es trotz der Aussage aller drei Fraktionen, man wolle keinen Krieg, nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist, ich bedaure dies. Ich will hier noch einmal klarstellen, die CDU-Fraktion hat dies im Ältestenrat abgelehnt, erstens, und zweitens, es gibt in dieser Sache keinen Brief des Fraktionsvorsitzenden Ramelow an die SPD-Landtagsfraktion, es gibt einen Brief, der sich mit einer anderen Thematik der Zusammenarbeit beschäftigt, in der Sache nicht. Ich bedaure, dass die Fraktion der CDU in ihrem Entschließungsantrag der Versuchung unterlegen ist, Bundespolitik mit hineinzuschieben und hier eine bundespolitisch vorgegebene Linie zu fahren. Sehr geehrter Herr Althaus, ich habe Ihren außenpolitischen Diskurs zur Kenntnis genommen, aber das wird Sie nicht verwundern, wenn ich die Wahl habe, Ihnen zu glauben oder Jacques Chirac, dann glaube ich Jacques Chirac.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Beifall bei der PDS)

Wenn ich die Wahl habe, was den Druck, den die weltweite Staatengemeinschaft erzeugt hat, Ihnen zu glauben oder dem UN-Inspektor Blix, dann glaube ich dem UN-Inspektor. Wenn es für Sie ja immer der durchschlagende Beweis ist, dass es Sozialdemokraten gibt, die auch mal anders denken als der Kanzler, vielleicht unterhalten Sie sich bei Ihrem nächsten Zusammentreffen mit diesem Thema einmal mit Herrn Gauweiler oder Herrn Todenhöfer und dann werden Sie merken, dass das, was Sie von der Bundesregierung verlangen, nämlich eine einheitliche Meinung in Europa zu schaffen, nicht mal in der eigenen Partei hinkriegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich hat Herr Althaus nicht von der gemeinsamen Erklärung der 15 Außenminister vom Montag gesprochen, das hat er vergessen. Natürlich hat Herr Althaus nicht über die 10.000 deutschen Soldaten, die in internationalen Einsätzen überall in der Welt für Frieden sorgen und gegen den Terrorismus kämpfen, gesprochen.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das habe ich gleich am Anfang gesagt.)

Nein, Herr Althaus, das haben Sie nicht erwähnt, weil Sie ja eins nicht zugeben wollen, Deutschland ist nicht isoliert, weder in Europa noch in der Staatengemeinschaft.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, wir spielen sowohl in Europa als auch weltweit eine wichtige, eine wesentliche Rolle. Es ist schade, dass wir, wie bereits gesagt, der Versuchung unterlegen sind, dieses zu tun. Es gebe so viele Dinge, die Ihren Antrag zustimmungsfähig gemacht haben, aber insbesondere wegen der Punkte 7 und 9 können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Die Konsequenzen haben Sie zu tragen, denn Sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn Ihr Nein zum Krieg durch dieses Verhalten von Ihrer Seite immer wieder verwässert wird. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Gibt es noch Wortmeldungen von Seiten der Fraktionen? Liegen mir im Moment nicht vor. Herr Schemmel auch nicht im Moment? Doch.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube es jedem in diesem Haus, wenn er sich persönlich zum Frieden bekennt. Und wir sollten nicht versuchen, uns in diesem Bekenntnis gegenseitig zu übertreffen und einen Wettbewerb zu veranstalten. Ich glaube, das steht uns nicht gut zu Gesicht; viel besser hätte uns zu Gesicht gestanden, wenn wir eine gemeinsame Erklärung auf der Basis des Willens der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen zustande gebracht hätten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Aber zwischen abstraktem Pazifismus und der Forderung nach einer Beteiligung an einer militärischen Drohkulisse sehe ich doch erhebliche Unterschiede. Abstrakter Pazifismus ist fragwürdig. Das lehrt die Geschichte, das lehrt uns Bertolt Brecht - "Die Gewehre der Frau Carrar", wer sich noch erinnern kann - und das lehrt uns auch das schon erwähnte Spiegel-Zitat, dass die Konzentrationslager nicht durch Beten oder durch Demonstrationen befreit worden sind, sondern durch Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition. Deshalb stehen wir nicht auf dem Boden des Pazifismus. Auch das Völkerrecht gibt z.B. zum Zweck der Selbstverteidigung die Möglichkeit, einen Krieg zu führen. Die Beteiligung aber an einer militärischen Drohkulisse der Amerikaner wird uns durch die Resolution 1441 natürlich gleichermaßen nicht abverlangt. Ich hoffe, dass viele von Ihnen die Resolution 1441 gelesen haben, ich glaube es aber eher nicht, ich hoffe es nur. Dort ist eigentlich das beschrieben, was man - ich spreche das Wort nicht gern aus - als Drohkulisse bezeichnen möchte, ich darf zitieren:

"Der Sicherheitsrat beschließt, dem Irak mit dieser Resolution eine letzte Chance einzuräumen, seinen Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, beschließt demgemäß, ein verstärktes Inspektionsregime einzurichten mit dem Ziel," - und jetzt hören Sie zu - "den vollständigen und verifizierten Abschluss des eingerichteten Abrüstungsprozesses herbeizuführen." Meine Damen und Herren, das ist, wenn Sie hin und wieder mal ein diplomatisches Dokument lesen, an Klarheit und Präzision nicht zu übertreffen. Daneben ist eine militärische Drohkulisse eines einzelnen Staates, denke ich, unnötig, denn das ist praktisch der Druck, der auf den Irak gewirkt hat, dass er Inspektionen zugelassen hat, diese Inspektionen, die vernünftigerweise verlängert werden und die, hoffe ich, zu genau diesem Ziel führen: zum vollständigen und verifizierten Abschluss des Abrüstungsprozesses. Das heißt also, wir glauben jedem, dass er sich zum Frieden bekennt,

(Beifall bei der SPD)

aber wir sind weder Pazifisten, noch wollen wir uns an einer militärischen Drohkulisse beteiligen.

Der PDS-Antrag ist nicht unsere Position, denn hier wird gefordert, aus der UN-legitimierten Anti-Terrorismus-Allianz auszuscheren. Hier sind Maßnahmen enthalten, die durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert sind und die wir Deutschen im Auftrag der UNO durchführen. Dies zurückzudrehen, aus der Anti-Terror-Allianz auszubrechen, ist nicht unsere Position.

(Beifall bei der SPD)

Der CDU-Antrag hingegen übertrifft die Resolution 1441, aus der ich eben zitiert habe, und will uns in die militärische Drohkulisse der USA einordnen. Dies ist angesichts dieses Zitats nicht notwendig. Dann wäre doch unser Antrag eigentlich, glaube ich, die Basis gewesen für einen gemeinsamen Antrag in unserem Hause. Nenne mir einer aus diesem Haus einen Satz, ein Wort, ein Zitat, eine Wendung, die er nicht persönlich hätte unterschreiben können.

(Zwischenruf aus dem Hause: Aus Ihrem Antrag?)

Aus unserem Antrag. Dem einen fehlt dies, dem anderen fehlt das. Bitte schön. Herr Althaus, dann nennen Sie bitte das, was Sie aus unserem Antrag nicht unterschreiben können.

(Zuruf Abg. Althaus, CDU: Es fehlt eindeutig die internationale Verpflichtung, an dieser Drohkulisse teilzunehmen bis zum Ende.)

Ich kenne keine internationale Verpflichtung außer dieser Resolution 1441. Haben Sie denn eine Vorstellung, ob Deutschland dieser Resolution zugestimmt hat oder nicht?

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Nein, die war gar nicht über ...)

Sie haben gut aufgepasst, aber sie wird demnächst mit Sicherheit darüber mit abstimmen.

(Heiterkeit im Hause)

Diese Feststellung ist also zu treffen, dass unser Antrag 100-prozentig auf der Basis dieser Resolution 1441 beruht. Unseren Antrag könnte jeder in diesem Haus unterzeichnen. Was Ihnen fehlt, ist natürlich auch eine Kritik am Bundeskanzler, eine Kritik, die sich in dieser Wahlkampfzeit doch etwas fragwürdig anhört.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich war mein Auftrag hier nur darzustellen, dass wir Ihrem und Ihrem Antrag aus ...

(Heiterkeit bei der CDU, PDS)

Was gibt es denn da zu lachen? Der Auftrag meiner Fraktion war, dass wir Ihrem und Ihrem Antrag nicht folgen können aus den bekannten Gründen und dass wir um Zustimmung für unseren Antrag werben, weil er der vernünftigste von allen dreien ist. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Von Seiten der Abgeordneten sehe ich keine weiteren Wortmeldungen, dann darf ich Sie, Herr Ministerpräsident, bitten.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich melde mich zu Wort, weil ich glaube, wenn dieses Parlament über dieses Thema diskutiert, dann dürfte der Ministerpräsident dazu nicht schweigen. Ich lege allerdings Wert darauf, dass nach meiner Ansicht für diese Debatte keine Zuständigkeit im Thüringer Landtag gegeben ist. Ich glaube auch nicht, dass es zielführend ist, ständig von Entmischung der Zuständigkeiten zu sprechen und dann andererseits jede Verantwortlichkeit durcheinander zu mischen.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch, niemand soll über die Position des Kabinetts und über meine Position im Unklaren sein. Was Herr Trautvetter vorhin vorgetragen hat, hat er im Namen des Kabinetts vorgetragen und das, was ich jetzt sage, ergänzt dieses.

Ich möchte einige Bemerkungen machen: 1. Niemand will Krieg; jeder Krieg bringt Leid und Tod.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, durch Deutschland ist im letzten Jahrhundert viel Krieg und unsagbares Leid ausgegangen und die Deutschen haben durch Krieg im 20. Jahrhundert unsagbares Leid erlitten. Niemand will Krieg, in Thüringen nicht, in Deutschland nicht und, ich denke, weit darüber hinaus nicht. Darum schmerzt es mich, wenn einige für sich in Anspruch nehmen, nur sie wollten keinen Krieg - als ob die anderen ihn wollten. Meine Damen und Herren, das darf nicht sein. Eine solche Unterscheidung ist unangebracht und meiner Ansicht nach auch unzulässig. Wir sollten einander mehr achten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen füge ich hinzu: Wenn man eine gemeinsame Erklärung will, darf man nicht zunächst Entwürfe einreichen und dann fragen, könnten wir nicht zusammenkommen.

Meine Damen und Herren, die Anträge sind für die heutige Sitzung gestellt worden und dann können Sie, Frau Kollegin Zimmer, Herrn Althaus nicht vorwerfen, dass er zwei Tage vor der Landtagswahl in zwei Ländern sich dazu äußert. Sie haben nicht darauf geachtet, an welchem Termin das stattfindet. Wenn Sie aber die Sache für so wichtig hielten, das heute zu debattieren, dann haben Sie nicht das Recht, anderen vorzuwerfen, dass sie sich heute zu diesem Thema auch äußern.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Schemmel, es ist wiederholt zum Ausdruck gekommen, dass im Antrag Ihrer Fraktion manches enthalten ist, was fraktionsübergreifend Zustimmung findet, aber ein Antrag besteht nicht nur aus dem, was er enthält, sondern auch aus dem, was er weglässt. Sie müssen uns bitte das Recht einräumen zu kritisieren - ich komme noch darauf -, dass entscheidende Punkte in Ihrem Antrag fehlen und deswegen können wir nicht zustimmen, auch als Regierung nicht empfehlen zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen schätze ich das Bemühen um Gemeinsamkeit, aber ich kritisiere, wenn man der Gemeinsamkeit die Profilierung opfert. Lieber, die Bevölkerung weiß, was wir denken, als ein Text zustande kommt, der niemandem etwas aussagt. Es ist besser, sich der Öffentlichkeit gegenüber klar auszudrücken, als um einen zu hohen Preis eine Gemeinsamkeit zu erzwingen.

Zweite Bemerkung, meine Damen und Herren: Saddam Hussein ist der Schuldige.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Das hat Herr Althaus gesagt, das hat Herr Gentzel, ich glaube, fast als ersten Satz gesagt, das möchte ich ausdrücklich noch einmal wiederholen. Er ist ein Diktator, er ist ein Verbrecher, er ist ein Massenmörder.

(Beifall bei der CDU)

Saddam Hussein hat den Tod von 1 Million Menschen auf dem Gewissen. Saddam Hussein hat auf dem Gewissen, sein eigenes Volk gequält, gefoltert, systematisch und grausam gefoltert, verfolgt, vertrieben, getötet zu haben. Er hat Chemiewaffen eingesetzt und er hat auf Israel Raketen abgeschossen, meine Damen und Herren, das ist Faktum.

(Beifall Abg. Seela, CDU)

Ihm muss das Handwerk gelegt werden, das ist das Hauptthema der gesamten Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Dritte Bemerkung, die ich machen möchte: Die Welt bietet ein diffuses Bild. Jeder redet, wie es ihm gerade passt. Das ist nicht der Weg, um einem Diktator das Handwerk zu legen, meine Damen und Herren, sondern genau das Falsche.

(Beifall bei der CDU)

Was der amerikanische Außenminister vor einigen Tagen geäußert hat, war wenig hilfreich. Was der deutsche Bundeskanzler geäußert hat, war wenig hilfreich, weil er nach dem September 2001 zu viel versprochen hat und im September 2002 das Falsche gesagt hat.

(Beifall bei der CDU)

Das wäre Konrad Adenauer, Willi Brand, Helmut Schmidt und Helmut Kohl nicht passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten von der Bundesregierung nicht nur ein Nein, sondern weiter gehende Anstrengungen, mehr Einsatz, mehr Initiative. Deutschland droht doch nun offenkundig und für jeden nachvollziehbar die Isolation. Wenn Herr Schröder bei seiner Aussage bleibt, dann werden in der nächsten oder übernächsten Woche im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Deutschland und Syrien sich als Einzige nicht an der Lösung der Probleme beteiligen.

Meine Damen und Herren, allein dieser Satz zeigt doch, auf welchem gefährlichen Weg wir sind. Die EU, die Europäische Union, ist in dieser Frage gespalten. Acht Regierungschefs haben mit ihrem Aufruf von gestern eindeutig sich an die Seite der USA gestellt und Sie können sicher sein, Paris taktiert. Deutschland ist isoliert und, meine Damen und Herren, das ist die unglücklichste Position der deutschen Außenpolitik in den letzten 50 Jahren. Das muss

man aussprechen dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Vierte Bemerkung: Die Welt muss gegenüber einem Diktator, gegenüber einem Massenmörder mit einer Stimme sprechen. Ich wollte, die Welt hätte 1938 gegen den Diktator Adolf Hitler mit einer Stimme gesprochen, 1938, meine Damen und Herren. Ich bin dankbar dafür, dass die befreundeten Nationen Frankreich, England und Amerika beispielsweise in der Stunde der höchsten Bedrohung der Freiheit Westberlins mit einer Stimme gesprochen und den Frieden gesichert haben, weil sie auch vor der Drohung eines Krieges nicht zurückgeschreckt sind. Meine Damen und Herren, das sollten wir Deutsche bitte nicht so schnell vergessen, denn wir haben am meisten Gewinn davon.

(Beifall bei der CDU)

Um mit einer Stimme zu sprechen, dafür verfügen wir über das notwendige Instrumentarium und das sind die Vereinten Nationen.

(Beifall Abg. Schemmel, SPD)

Da ich allerdings, Herr Gentzel, ein bisschen vorsichtiger mit der Gleichsetzung aller etwa 190 Mitglieder wäre; es war eine kluge Entscheidung der Vorkonferenz der Gründung der Vereinten Nationen von Dumbarton Oaks, den Weltsicherheitsrat zu schaffen, denn, Entschuldigung, die Stimme der Vereinigten Staaten hat ein anderes Gewicht für mich in der Vollversammlung der Vereinten Nationen als die Stimme Ugandas oder anderer nicht demokratischer Staaten der Welt. Es ist nicht richtig, hier jeden gleich zu zählen. Der Weltsicherheitsrat und das Vetorecht einiger Staaten, ob das noch die sind, die es heute mit Recht beanspruchen, lasse ich dahingestellt, aber die Einrichtung des Weltsicherheitsrats als einem besonderen Verantwortungsträger der Vereinten Nationen ist richtig und bewährt sich bis zum heutigen Tag.

(Beifall bei der CDU)

Die Vereinten Nationen, der Weltsicherheitsrat - es darf nach meiner Überzeugung keinen Alleingang eines einzelnen Landes geben, auch nicht eines sehr mächtigen, aber es darf auch niemanden geben, der sich ausklinkt und abseits stellt, meine Damen und Herren. Vor allem darf er Alleingänge nicht kritisieren, der den Alleingang begonnen hat, indem er sich in die Ecke gestellt hat, und gesagt hat, ich mache nicht mehr mit.

(Beifall bei der CDU)

Letztens: Ich hoffe, der Sicherheitsrat wird zu einer Übereinstimmung kommen, ich hoffe, er wird zur Übereinstimmung kommen, den Inspektoren mehr Zeit einzuräumen, und ich hoffe, die vom amerikanischen Präsidenten angekündigten Beweise werden tatsächlich in den nächsten

Tagen vorgelegt werden. Wir wollen keinen Krieg, ich glaube, er ist zu verhindern; aber ich bin überzeugt, er ist nur zu verhindern, wenn die Welt sich einig ist und wenn die Verantwortlichen der Welt mit einer Stimme sprechen. Geschieht das nicht, dann ist die Sorge groß. Wir wollen keinen Krieg, er ist zu verhindern, wenn Hussein erfährt, dass die ganze Welt gegen ihn steht. Denn, meine Damen und Herren, die Frage ist in Wahrheit nicht Krieg, die Frage ist, wie geht man mit einem Diktator um. Die Frage ist letztlich: Sind wir im Beginn des 21. Jahrhundert, anders als im 20. Jahrhundert, in der Welt in der Lage, einen Diktator in die Schranken zu weisen, solange es noch möglich ist. Ich glaube, es tut für alle Zukunft gut, wenn die Welt erfährt, dass das möglich ist. Deswegen ist nicht die Flucht in die Unverantwortlichkeit, sondern die Wahrnehmung der Verantwortung jetzt die Aufgabe der zuständigen Staatsmänner der Welt. Wir wollen keinen Krieg und weil wir ihn nicht wollen, muss Herrn Hussein das Handwerk gelegt werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ramelow, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Meine Damen und Herren, nach der Rede des Ministerpräsidenten habe ich doch einige Fragen, die ich formulieren möchte. Die Fragen beziehen sich darauf, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, wenn die vereinigte Welt mit einer einheitlichen Stimme gegen Adolf Hitler gesprochen hätte, dann kann ich erst einmal dem Satz zustimmen, frage aber, ob nicht das Münchner Abkommen der Alliierten nicht auch eine einheitliche Stimme war eben für Adolf Hitler und ob es nicht davor liegend die Frage ist, ob es nicht besser wäre, die Deutschen hätten mit einer einheitlichen Stimme gegen Adolf Hitler gesprochen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Aber nicht die Mehrheit des deutschen Volkes!)

Wenn es um Diktatoren und Diktaturen geht, dann ist die Frage, ob man einen Diktator mit einer Bombe erledigen kann und ob das auf der Welt irgendwo funktioniert hat mit Geheimdienst, Bomben oder militärischen Mitteln, oder ob die Frage nicht gestellt werden muss, Herr Ministerpräsident, wenn Sie zu Recht darauf hinweisen, dass Saddam Hussein z.B. Giftgas gegen die Kurden eingesetzt und Massenmord begangen hat, aber ob nicht die Frage auf uns zurückfällt: Wie ist das Giftgas dorthin gekommen? Das hat er nicht selber gebaut. Daran waren deutsche Firmen beteiligt. Jetzt zitiere ich den vielleicht bei Ihnen nicht sehr geliebten Herrn Todenhöfer, wenn es ein PDSler gesagt hätte, wäre Ihr Geschrei groß, jetzt sagt es

ein, wie ich finde, jedenfalls aus meiner Zeit von früher, bedeutender CDUler. Ich zitiere, Frau Präsidentin. Todenhöfer sagte in einem Interview, nicht im Neuen Deutschland, sondern in Spiegel-online, auf die Frage, was sind die Alternativen in der Terrorbekämpfung? Hier antwortet der Vertreter, der langjährig für die CDU Außenpolitik bestimmt hat ...

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: In der Außenpolitik hat er keine Rolle gespielt!)

Nicht? Hat er nicht? Also ein unbedeutender Hinterbänkler. Er hat nie eine Rolle gespielt? Ah ja. Nein, er war weder langjährig noch sonst was. Ist es Ihnen peinlich, dass jemand aus den eigenen Reihen jetzt so deutlich formuliert? Todenhöfer sagt: "Terroristen gehören gejagt mit aller Härte. Aber mit Polizeimethoden und mit allen erprobten und bekannten Mitteln der Terrorbekämpfung. Dazu gehört Zielfahndung,

(Zwischenruf Abg. Stauch, CDU)

die Unterstützung, das Umfeld, die Finanziere austrocknen," - Herr Stauch, die Finanziere austrocknen, die, die dahinter stehen und an Terrorismus auch mitverdienen -

(Zwischenruf Abg. Stauch, CDU: Was erzählen Sie mir das?)

"die selbst erklärte moralische Grundlage entziehen, Ihnen die religiöse Maske vom Gesicht reißen, denn sie handeln keineswegs im Namen Allahs, die Ursachen erkennen und auch viel, viel Geld, Härte und Gerechtigkeit, nicht mit Bomben auf Unschuldige. Dazu gehört auch ein stärkeres Engagement im Nahen Osten, eine Lösung, die die Interessen Israels genauso berücksichtigt wie die der Palästinenser." Ihm wird vorgehalten, das sind die Methoden, von denen Donald Rumsfeld sagt, da spricht das alte Europa, und Todenhöfer antwortet: "Ach ja, Donald Rumsfeld, der 1983 zu Saddam Hussein gereist ist, um ihm die Unterstützung der USA im Krieg gegen den Iran anzudienen. Jener Rumsfeld, der Hussein die Waffen in die Hand gab, mit der er das eigene Volk ermordete. Mag sein, dass ich, Todenhöfer, ein alter Europäer bin; dann ist Donald Rumsfeld ein alter Mann mit ganz altem Denken." So weit Jürgen Todenhöfer in dem Interview. Die Frage ist, ob dieser Donald Rumsfeld 1983 bei Hussein war und ihm die Waffen angeboten hat, wie das Herr Todenhöfer jetzt öffentlich sagt. Das hat nicht Frau Zimmer gesagt. Frau Zimmer hat die Fragen aufgeworfen: Wer hat diesen Diktator aufgerüstet? Wer hat mit wem welche Verträge gemacht und um was geht es bei dieser Auseinandersetzung?

Meine Damen und Herren, Herr Althaus hat in einer sehr ehrlichen Weise darauf hingewiesen, wie der Antrag heute Morgen hier vorgelegt worden ist. Herr Althaus hat gesagt, dies sei die Positionierung der CDU, die deutlich werden soll. Und Sie, Herr Ministerpräsident, haben ge-

sagt: "Wir haben das Recht als Landesregierung auch deutlich zu machen, wo wir uns unterscheiden zu der Bundesregierung." Da sage ich, ja, deutlich machen wäre gut. Die Frage ist nur, ob man deswegen es vermeidet, eine gemeinsame Positionierung des gesamten Landtags anzustreben. Das ist der Grund, warum ich mich noch mal zu Wort gemeldet habe. Im Ältestenrat, Herr Stauch, haben wir es angesprochen. In einem Gespräch mit der Landtagspräsidentin nach der Transparentaktion habe ich sehr wohl beide Fraktionsvorsitzenden angesprochen, angeschrieben mit der Bitte, ob wir uns nicht einer Proklamation im Sinne von "Wir sagen Nein zum Krieg!" dieser Formulierung anschließen könnten und sie hier gemeinsam im Landtag als Zeichen des Friedens aus dem Thüringer Landtag in das Land senden. Sie, Herr Althaus, haben es abgelehnt. Die CDU hat es kategorisch abgelehnt im Ältestenrat, darüber überhaupt auch nur reden zu wollen. Ich habe noch einmal die Landtagspräsidentin gebeten, doch ein Stück weit federführend in der Angelegenheit zu sein, denn immer wenn wir als PDS unsere Anträge einbringen, dann ist es ja bei Ihnen schon wie im Pawlow'schen Reflex: es wird abgelehnt, weil es von uns kommt.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das liegt aber auch an den Anträgen!)

Ich gestehe, dass unser Antrag Positionen enthält, von denen wir nicht ausgehen, dass sie mehrheitsfähig bei Ihnen gewesen wären.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Provokation! Provokation!)

Aber dazu kann man ja diesen Antrag dann im Einzelnen abstimmen und das, wozu man nicht zustimmen will, kann man ablehnen, so wie wir auch mit Ihnen jetzt umgehen müssen. Unabhängig davon ist die Frage aber, ob die vier Punkte, die die SPD in ihrem Antrag drinstehen hat, nur diese vier Punkte, schlicht als vier Punkte abstimmungsfähig sind. Ich halte sie für abstimmungsfähig. Ich halte sie für zustimmungsfähig und es ist ein durchschaubares Manöver, wenn Sie sagen, aber weil das und das und das fehlt, stimmen wir die vier Punkte nicht ab, wir stimmen ihnen nicht zu. Wir als PDS sagen, gut, wir wissen, dass wir auch Punkte haben, die über das hinausgehen, was die SPD akzeptieren würde. Trotzdem würden wir an der Stelle die Differenzen verbal vortragen, aber nicht einer gemeinsamen Resolution des Landtags im Wege stehen.

Meine Damen und Herren, das, was ich heute hier gehört habe, ist aus der Mitte des Hauses ganz altes Denken, rückwärts gewandtes Denken.

(Beifall bei der PDS)

1989, als scheinbar die Mauer fiel und der Kalte Krieg zu Ende ging, hatte ich die Hoffnung -

(Unruhe bei der CDU)

scheinbar, die Mauer in Ihren Köpfen ist immer noch vorhanden -, die frei werdenden Kräfte des Hochrüstens von West und Ost umzumünzen, die Gelder einzusetzen für eine gerechte Weltordnung. Das wäre die Chance von 1989 gewesen. Meine Damen und Herren, ich war stolz, als ich 1982 im Bonner Hofgarten zum ersten Mal Probst Heino Falcke kennen gelernt habe mit seinem Transparent.

(Unruhe bei der CDU)

Ja, schimpfen Sie nur! Er war mutig und hat das Transparent hochgehalten: "Schwerter zu Pflugscharen". Die Partei, deren Rechtsnachfolge ich beigetreten bin, war diejenige, die Herrn Falcke hier immer gejagt hat, mit MfS-Methoden drangsaliert hat. Deswegen war ich stolz, dass Heino Falcke dort stand, "Schwerter zu Pflugscharen" hochgehalten hat und die Frage aufgeworfen hat: "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" und nicht, wie es hier jetzt scheinbar aus dem Hause kommt: Frieden schaffen mit militärischer Prävention, mit Präventionsangriffskriegen - welch ein pervernes Wort. Entweder sind wir gegen präventive Angriffskriege, dann lassen Sie es uns doch gemeinsam formulieren. Dann ist die Frage, ob wir nicht in Thüringen hier Signale setzen können mit unseren europäischen Partnerregionen, wie man ziviles Denken in die Mitte des europäischen Handelns hineinholzt, welche Impulse von uns ausgehen, auch in Richtung Litauen zu unserem Patenparlament, dass man sagt, lasst uns ein Netz von friedlichem Denken in diesem Land und in diesem Europa installieren, damit wir uns einer geistigen Aufrüstung entziehen.

Meine Damen und Herren, vor 30 Jahren bin ich im Gegensatz zu Ihnen das erste Mal beim Ostermarsch mitmarschiert. Da haben wir ein Lied gesungen und auf das lege ich heute noch Wert. Aber wahrscheinlich hat mir das deswegen die Verfassungsschutzakte eingebracht,

(Unruhe bei der CDU)

damit man das da reinheften kann, wenn ich beim

(Glocke der Präsidentin)

Ostermarsch gesungen habe, und auf diese Formulierung lege ich wert. Hören Sie doch einmal eine Sekunde zu! Wir haben im Ostermarsch gesungen. Sie sind wirklich alte Ideologen, das ist unglaublich.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der PDS)

Wir haben gesungen, wir haben gesungen ...

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Lieberknecht:

Ich bitte auch in der Mitte des Hauses doch um so viel Ruhe, dass man den Redner verstehen kann.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Angesichts der Ängste der Menschen in diesem Land sollten Sie sich die Zeit nehmen, das Ostermarschlied, wenigstens die zwei Zeilen, zu hören. Denn für die sind wir in Westdeutschland schon immer verdächtigt worden und Heino Falcke von der DDR-Führung im Osten verdächtigt worden. Das Lied hieß: Marschieren wir gegen den Westen, nein; marschieren wir gegen den Osten, nein; wir marschieren für 'ne Welt, die von Waffen nichts mehr hält, denn das wär' für uns am besten. Meine Damen und Herren, Sie, wie Sie sich hier verhalten, sind die Fortsetzung der SED mit anderen Mitteln.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Ramelow, Ihr Schluss, das wissen Sie auch, entsprach nicht dem hier im Haus Üblichen. Dafür gibt es einen Ordnungsruf.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS:
Aber der Wahrheit.)

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Zitzmann, CDU: Sie sollten sich entschuldigen.)

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Doch, Herr Althaus noch mal.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, alles, was Recht ist, Herr Ramelow, ich verwahre mich gegen die Gleichsetzung einer demokratischen Partei mit einer Partei, die viel Elend über dieses Land gebracht hat.

(Beifall bei der CDU)

Die SED ist eine verbrecherische Organisation gewesen. Tausende Menschen haben unter ihr gelitten,

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Und Sie waren die eingegieberten Steigbügelhalter!)

Tausende Tote sind in der DDR zu beklagen gewesen. Dass Sie Ihr politisches Süppchen mit so einem billigen

Vergleich kochen, dagegen verwahre ich mich im Namen meiner Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Ein Zweites will ich mit allem Nachdruck sagen: Sie leben davon, Mauern in den Köpfen und Mauern in der Welt herbeizureden, weil das Ihr politisches Süppchen nur noch besser kochen lässt. Wir wollen die Mauer nicht, aber Sie wollen die Mauer, damit Sie Ihre Ideologie weiterstreuen können.

(Beifall bei der CDU)

Ein Drittes will ich noch einmal ganz deutlich sagen und ich bitte unseren Entschließungsantrag auch zu lesen. Wir sind gegen einen Krieg, aber wir sind keine Phantasten, sondern wir sind Realisten. Wir wissen, wer im Moment in der Lage ist, diesen Krieg zu verhindern. Das ist die Geschlossenheit der Weltgemeinschaft gegen einen Diktator Saddam Hussein. Das muss von allen deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in einem Flugblatt sagen "Thüringen gegen den Krieg - Widerstand ist möglich", dann ist dieser Widerstand ein Widerstand, der aus der Weltgemeinschaft über die UNO und den UNO-Sicherheitsrat formuliert werden muss. Wenn dieser Widerstand erfolgreich sein soll, dann muss die Weltgemeinschaft geschlossen stehen und Deutschland darf keine Sonderrolle spielen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Herr Ministerpräsident hat sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass es gerade die Wendungen des deutschen Bundeskanzlers sind, die das Problem ausmachen. War es im Herbst bzw. September 2001 die uneingeschränkte Solidarität,

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Das war ein Verteidigungsfall.)

die überhaupt keine Diskussion für eine Auseinandersetzung mehr zugelassen hat, war es im letzten Jahr die klare Absage, egal wie der Diskussions- und Auseinandersetzungprozess noch abläuft, Deutschland wird sich nicht beteiligen. Das ist eine Sonderrolle und wir wollen, dass Deutschland nie wieder eine Sonderrolle spielt, sondern der europäische Weg muss unser Weg sein. Das sagt auch unser Antrag ganz klar aus.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion Frau Abgeordnete Zimmer.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: ... mit Herrn Gysi ins Fernsehen.)

Abgeordnete Zimmer, PDS:

Ach, lassen Sie doch Ihre Bemerkungen. Ich glaube, das Thema, über das wir vorhin hier gesprochen haben und das in den drei Anträgen zum Ausdruck kommt, ist viel zu wichtig, als sich jetzt hier hinzustellen und althergebrachte gegenteilige Beschuldigungen vorzubringen.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Das hätten Sie mal Ihrem Fraktionsvorsitzenden sagen sollen.)

Ich sage hier noch einmal sehr deutlich, ich verwahre mich - und das lasse ich hier nicht stehen, Herr Althaus - dagegen, dass Sie die SED als eine verbrecherische Partei bezeichnen.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Es ist so.)

(Unruhe bei der CDU)

Ich verwahre mich dagegen.

(Beifall bei der PDS)

(Unruhe bei der CDU)

Dann hätten Sie die Gelegenheit gehabt, die SED verbieten zu lassen, und hätten Sie die Gelegenheit gehabt, beim Verfassungsgericht gegen die Partei zu klagen, dann hätten Sie genügend Gelegenheit gehabt, sich damit auseinander zu setzen. Ihre Partei hat mit der SED zusammengearbeitet und nicht nur zur Wohlfahrt der SED, sondern auch zum Wohlgefallen und zum Sichtiggefallen der CDU.

(Beifall bei der PDS)

Das möchte ich hier noch einmal sagen. Halten Sie sich bei solchen Bewertungen zurück, das steht Ihnen nicht zu.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das ist eine bodenlose Frechheit.)

(Unruhe bei der CDU)

Noch einmal klipp und klar, um das hier für die PDS auch noch mal deutlich zu sagen ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Zimmer, wir warten jetzt erst mal, bis der Saal wieder zur Ruhe kommt, damit wir der Debatte überhaupt zuhören können.

Abgeordnete Zimmer, PDS:

Ich möchte nur noch einmal, um wenigstens abschließend hier an dieser Stelle auch gerade den jungen Zuhörern, die hier oben auf der Tribüne sitzen, das Gefühl zu vermitteln, es geht um ein anderes Thema, es geht um das Thema: "Wie stellen sich die Abgeordneten des Thüringer Landtags der Frage eines bevorstehenden Krieges?" Es gibt Unterschiede zwischen den Fraktionen, die sind heute sehr deutlich geworden.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Sie sind doch diejenigen, die den Wehrkundeunterricht an den Schulen eingeführt haben.)

Ich sage noch einmal klar und deutlich, uns geht es darum, dass mit den althergebrachten Mitteln mit einem Denken, dass man mit militärischer Gewalt Menschenrechte lösen könnte, Demokratie einführen könnte, dass das nicht möglich ist, dass wir ein neues Denken brauchen,

(Beifall bei der PDS)

dass Begriffe wie "militärischer Humanismus" nicht tauglich sind, um globale Probleme auf der Welt wie Armut, Hunger und Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Das ist hier der Punkt. Das ist die Position, die die PDS-Fraktion hier wahrgenommen und vertreten hat. Nur diese steht zur Debatte, mit der können Sie sich auseinander setzen. Bitte schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Herr Ministerpräsident hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Frau Zimmer hat zu Recht gesagt, das Thema ist wichtig, darum möchte ich es auch so behandelt sehen, dass wir nicht in gegenseitigen Vorwürfen und Diffamierungen untergehen.

(Beifall bei der PDS)

Aber auch, Frau Zimmer, wir haben uns nicht mit der Frage eines bevorstehenden Krieges zu befassen. Wir haben uns mit der Beseitigung eines Verbrechers zu befassen und damit, wie wir einen Krieg verhindern können, nicht mit der Vorbereitung eines Krieges.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, wenn Demokratie nicht gelegentlich auch mit Gewalt eingeführt werden müsste, hätten wir in Deutschland keine Demokratie, sondern würde heute der Nationalsozialismus über ganz Europa herrschen.

Sagen Sie doch nicht einen solchen Unsinn. Entschuldigung.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Zimmer, PDS: Welches Land steht denn dann als Nächstes auf der Tagesordnung?)

Als Nächstes steht ein Diktator und ein Verbrecher, der Unglück über die Welt bringen will, auf der Tagesordnung. Die Weltordnung muss so geregelt werden und so gefügt sein, dass dies einem Diktator ein zu gefährliches Unterfangen ist. Das ist unsere Zielsetzung.

(Beifall bei der CDU)

Dann lassen Sie mich in aller Ruhe hinzufügen: Ich wiederhole, die SED war eine verbrecherische Partei.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der PDS)

Gerade weil das so war, Herr Ramelow, widerspreche ich Ihrem Satz von der Fortsetzung mit anderen Mitteln. Das ist keine demokratische Bekämpfung einer demokratischen Partei, das ist Diffamierung und Verleumdung.

(Beifall bei der CDU)

Münchener Abkommen, Herr Ramelow. Das war es ja, dass das kein Abkommen, sondern eine Kapitulation vor Hitler war, wie Sie genau wissen und worin sich nahezu alle Historiker der Welt einig sind. Natürlich wäre es besser gewesen, die Deutschen hätten mit einer einheitlichen Stimme gesprochen, aber Sie wissen doch, dass zum Charakteristikum einer Diktatur gehört, dass das Volk keine Stimme mehr hat. Das Volk konnte 1938 nicht mehr mit einheitlicher Stimme sprechen.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Das ist ein Vorwand.)

Wir können uns gern über 1933 unterhalten, Frau Abgeordnete, aber wir können uns nicht über 1938 unterhalten. Hier ist einem Diktator eine Kapitulationsurkunde überreicht worden im 20. Jahrhundert und das darf sich jetzt im 21. Jahrhundert nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, Herr Ramelow, ein gewisses Gewicht sollte ernsthafte Argumentation doch noch haben. Ich kenne Herrn Todenhöfer nun wirklich sehr gut, ich habe mitgeholfen, dass er im Wahlkreis Kaiserslautern nominiert worden ist, dass er auf die Landesliste kam. Er hat vor - ich schätze etwa - 20 Jahren für eine Weile dem Deutschen Bundestag angehört und es ist sein gutes Recht jetzt ein

Buch zu schreiben, selbstverständlich, und er kann seine Thesen selbstverständlich vertreten. Aber wohin sind wir gekommen, wenn die Politik der CDU Deutschlands durch das Buch eines der Partei angehörenden Mitbürgers bestimmt wird. Das ist doch Unsinn. Sie wissen, was von den außenpolitischen Ansichten des Herrn Todenhöfer Herr Wehner gehalten hat. Das ist in jedem Buch über die damalige Zeit nachzulesen. Überlegen Sie sich doch bitte etwas durchschlagendere Argumente, wenn Sie mit Ihrer Argumentation ernst genommen werden wollen.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich wollen Sie eine einmütige Aussage, dass wir keinen Krieg wollen. Man kann ja über den Entschließungsantrag abschnittsweise abstimmen. Der Punkt 1 des Entschließungsantrags der Union lautet: "Der Thüringer Landtag teilt die tiefe Sorge der Thüringerinnen und Thüringer vor einem Krieg im Irak. Wir wollen keinen Krieg. Es muss alles getan werden, um einen Krieg zu vermeiden." Wenn Sie das auch wollen, dann können Sie diesem Satz ohne jede Schwierigkeit zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Ja.)

Nur beschränken wir uns nicht auf diesen Satz, sondern wir sagen auch, wie wir glauben, dass Krieg vermieden werden kann, weil mit schönen Sprüchen die Verantwortlichkeit nicht wahrgenommen werden kann, um die es uns hier in diesem Haus geht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Redeanmeldungen. Damit schließe ich die gemeinsame Aussprache zu den beiden Tagesordnungspunkten 13 a und b. Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. So kommen wir zuerst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksachennummer 3/3088. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt eine Stimmenthaltung. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zum Abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksachennummer 3/3111, weil er sich auf den SPD-Antrag bezogen hat. Auch hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Demzufolge kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag in seiner Gänze. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Das ist eine Mehrheit. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Die Stimmenthaltungen. Es gibt keine Stimmenthaltungen. Mit einer größeren Anzahl von Gegenstimmen ist dieser Antrag trotzdem mehrheitlich angenommen worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3090. Auch hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer dem Antrag der PDS-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Eine große Anzahl von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der PDS-Fraktion abgelehnt.

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 13 a und b und komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12 b**

Bundratsinitiative zur Änderung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (StVergAbG) - Landwirtschaft und Gartenbau

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3091 -

Die Begründung nimmt der Abgeordnete Kummer vor.

Ich möchte daran erinnern, dass die Plenarsitzung ohne Pause fortgeführt wird und der Herr Abgeordnete Kummer hier schon zur Begründung des Antrags steht. Diejenigen, die sich im Saal befinden, die möchten sich darauf einstellen, dass Plenarsitzung ist.

(Beifall Abg. K. Wolf, PDS)

Die Akustik scheint offensichtlich nicht so ganz gut zu sein.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich finde es bedauerlich, dass den drängenden Problemen der Betriebe in unserem Land gerade aus dem Bereich Landwirtschaft und Gartenbau so wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

(Beifall bei der PDS)

Wir haben gestern zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde in diesem Haus gehabt, wo das Thema in seiner gesamten Breite besprochen wurde, aber es war eben gerade wegen dem Mittel der Aktuellen Stunde nicht möglich, konkrete Beschlüsse zu fassen. Wir sind der Ansicht, dass zwei Problembereiche ganz besonders gravierend sind. Das sind die Bereiche Landwirtschaft und Gartenbau und um hier die Brisanz deutlich zu machen, haben wir uns zu einem Antrag zu diesem Thema entschlossen. Ich möchte nur daran erinnern, dass die Halbzeitbewertung der Europäischen Union erst vor kurzem erfolgt ist und diese Halbzeitbewertung gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaftsbetriebe in der nächsten Zeit erwarten lässt. Es werden massive Einnahmeverluste bei unseren Bauern erwartet. Die Milchpreise werden sinken. Wir haben die Modulation zu erwarten. Diese Probleme treffen einen Be-

reich, der an sich schon unterbezahlt ist, deshalb sind zusätzliche Belastungen dieses Bereiches nicht zu vertreten.

Meine Damen und Herren, hier kann Thüringen sein Wort im Bundesrat erheben. Dazu fordere ich uns auf. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich eröffne die Aussprache und es hat sich für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Primas zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, diesem Antrag kann man voll inhaltlich zustimmen. Wir haben gestern in der Aktuellen Stunde darüber gesprochen, dass das Sammelsurium, was auf die Landwirte zukommt, eigentlich unerträglich ist. Dazu kommt noch, was sich Fischler jetzt einfallen lässt. Der Minister hat gestern einmal zufällig gesagt, man hat das Gefühl, dass der Bauer in der Mitte steht und von Bürokraten umzingelt ist, und er kann sich überhaupt nicht mehr bewegen. Das wird so werden.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Das ist echt furchtbar. Nun hört man ja, dass inzwischen darüber nachgedacht wird, vielleicht die Mehrwertsteuer wieder ein Jahr zu verschieben oder dieses und jenes.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das muss nicht sein.)

Das ist eine furchtbare Situation und untragbar. Es ist vernünftig, dass sich unsere Landesregierung ganz eindeutig dagegen positioniert. Das ist gestern in der Aktuellen Stunde schon gekommen. Die Frau Ministerin wird das, denke ich, auch noch einmal wiederholen, aber dazu brauchen wir diesen Antrag nicht.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Es ist zwar richtig, aber weil es von uns kommt ...)

Sie macht es, die Landesregierung, Herr Ramelow.

(Beifall bei der CDU)

Ob er nun von Ihnen kommt oder ob er nicht von Ihnen kommt, das ist dabei völlig unerheblich aus formalen Gründen. Da steht wieder drin: "Die Landesregierung wird aufgefordert, ..." Herr Ramelow, Sie müssen die Landesregierung nicht auffordern, die macht ihre Arbeit. Aus diesem Grunde lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Botz zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Botz, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Sprung von der großen Weltpolitik zu unseren Alltagsproblemen könnte kaum größer sein; wir versuchen es trotzdem. In einem Punkt knüpfe ich an alle beiden Vorredner an. Das Thema an sich, das ein steuerpolitisches ist, wurde gestern - das halten wir auch durchaus für richtig - in einer Aktuellen Stunde behandelt. Was die steuerlichen politischen Gesichtspunkte angeht, wurde dazu auch gemessen an der Zeit, die uns zu solchen Tagesordnungspunkten zur Verfügung steht, alles gesagt, was zu sagen ist. Mein Kollege, Herr Höhn, hat das getan. Natürlich haben wir als Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und auch andere Damen und Herren des Hauses ein größeres Interesse an Problemen in ländlichen Räumen und vor allen Dingen an den Leistungsträgern, den Unternehmen, die dort auch Arbeitsplätze und Beschäftigung bieten, ein verstärktes Interesse, auch im Detail hinzuschauen. Insofern kann man durchaus begrüßen, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung ist. Das ändert aber nichts an den Tatsachen. Zum Sachverhalt möchte ich hier ganz einfach nur noch einmal, auch weil wir im Augenblick in der Situation sind, dass auch sehr viele Gäste auf der Tribüne sind, zum allgemeinen Verständnis zwei, drei Sätze sagen. In schwierigen finanzpolitischen Zeiten ist es leider so, dass man unabhängig davon - Bundes- oder Landes-, aber hier geht es um das Bundesfinanzministerium -, wer in diesem Ministerium sitzt, gewisse Schubladen und Listen öffnen muss, auf denen es festgehaltene Steuervergünstigungen gibt, oft sehr alte, über Jahrzehnte existierende Steuervergünstigungen. Hier handelt es sich um Steuervergünstigungen im Mehrwertsteuerbereich. Die Produkte, die uns heute hier interessieren, das sind die Bereiche von Zierpflanzen und Blumen, um es einmal global zu sagen, die finden auch großes öffentliches Interesse.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Ja, bald ist wieder Frauentag.)

Fiskalisch liegt aber vom Umfang her ein größerer möglicher finanzpolitischer Aspekt in dem anderen Bereich der landwirtschaftlichen Zwischenprodukte, ich nenne nur ganz kurz hier einmal, also Zwischen- und Vorprodukte, es geht um lebende Tiere, es geht um Samen und Früchte, Sporen, Stroh, Getreide, Futterpflanzen, tierische und pflanzliche Düngemittel. Es umfasst nicht alles,

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Auch die Kombi-Produkte.)

ich will nur das noch mal ins Gedächtnis rufen. Es handelt sich darum, dass im Unterschied zur existierenden Geset-

zeslage bisher ein ermäßigter Steuersatz der Mehrwertsteuer auf derartigen Produkten liegt und es jetzt Vorschläge gibt aufgrund der Situation, dass wir ein weiteres Anwachsen der Neuverschuldung und der Staatsverschuldung unbedingt vermeiden müssen, diese ermäßigten Steuersätze in fast allen Bereichen zu streichen. Das ist eine bittere Entscheidung. Das letzte Mal, als diese Listen gezückt wurden, damals auch mit einem sehr großen, verständlichen Aufschrei vor allen Dingen in der Branche, um das mal einfach zu sagen, mit großer Aufmerksamkeit. Einer der letzten Bundesfinanzminister, Herr Waigel, war gezwungen, im Vorfeld der Erarbeitung der damaligen Petersberger Steuerbeschlüsse diese Schublade zu öffnen und nach oben zu halten und zu sagen: "Meine Damen und Herren, es geht nicht mehr anders, leider müssen wir auch hier ran." Das ist Herrn Waigel damals sicher sehr schwer gefallen, denn auch er kam und kommt aus einem Bundesland, das agrarisch sehr stark geprägt ist. Deswegen wird - ich will das hier nur am Rande erwähnen - diese Liste auch unter Fachleuten ab und zu als "Giftliste" bezeichnet.

Der Sachverhalt ist nun so, dass Ihr Antrag, verehrte Kollegen von der PDS, rein von der Zeit her auch etwas spät kommt, insofern kann ich an meinem Vorredner anknüpfen. Im Augenblick befindet sich der Sachverhalt schon im Vermittlungsausschuss. Nach unserer internen Kenntnis wird die Mehrheit des Bundesrates wahrscheinlich dafür sorgen, dass nicht allzu viel von dem, was an Steuermehreinnahmen durch die Bundesregierung angestrebt wurde, am Schluss übrig bleiben wird. Darüber kann man sich freuen, meine Damen und Herren, aber ich halte es am Freitag Mittag genauso, wie ich es am Montag Mittag in Südthüringen gemeinsam mit meinem Kollegen Uwe Höhn in Anwesenheit von Kollegen aller Fraktionen - der verehrte Kollege Wolf aus Ihrer Fraktion war dort in Südthüringen auch anwesend - gehalten habe, und ich werde hier und heute nichts anderes sagen, auf eine sehr kritisch an uns gestellte Frage als Interessenvertreter ländlicher Räume und Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die lautete: Landwirtschaftspolitik in Zeiten schwacher Kassen, eine dezimierte Politik. Oder wird Landwirtschaftspolitik in Zukunft nur noch im Zeichen dieser verminderten Kassenlage, dieser schlechten Kassenlage gemacht? Daraufhin habe ich - und dort gab es zumindest zwischen den anwesenden Abgeordneten keinen Unterschied, übrigens auch als Mitglied der Opposition dieses Hauses mit Blick auf die grundsätzlich schwierige Situation des Landeshaushalts, aber natürlich auch mit Blick auf den Bundeshaushalt - ganz klar gemeinsam mit Herrn Höhn mich geäußert: Ja, leider geht es nicht mehr anders. Dieses Land, aber auch dieser Bund - und ich brauche das hier nur in Erinnerung zu rufen, Mehrwertsteuereinnahmen fließen, wenn ich nicht ganz falsch als Nichtfachmann informiert bin, zu 48,9 Prozent jeweils an den Bund und die Länder, wenn sie wieder fließen, zurück, wäre es nicht verkehrt, denjenigen, die in den letzten Jahrzehnten die eine oder andere Steuervergünstigung hatten, an die sie sich natürlich auch gewöhnt hatten, in schwie-

rigsten Zeiten wieder stärker zur Kasse zu bitten, damit absolut die in Not geratenen Haushalte eben doch wieder etwas stärker aufgefüllt werden. In dem Sinne haben wir uns geäußert, in dem Sinne werden wir uns auch heute äußern. Wir wissen, was sicher hier heute auch noch stärker ausgeführt wird, in welche schwierige Situation Gartenbaubetriebe und auch - ich betone es noch mal - vor allen Dingen landwirtschaftliche Betriebe kommen. Aber ich sage auch eines ganz klar, nicht jeder Landwirtschaftsbetrieb, auch im Freistaat Thüringen, befindet sich im Augenblick, und ich möchte das noch nicht vermischt haben mit den wirklich erheblichen Bedrohungen dessen, was die Kommissionsvorschläge in den nächsten Jahren für uns alle bedeuten würden, wenn sie so kämen, wie sie im Augenblick diskutiert werden, wenn wir vom derzeitigen Zeitpunkt ausgehen, auch das sage ich hier ganz selbstkritisch auch in die eigene Branche hinein, auch wir in Thüringen verfügen über den einen oder anderen Marktfruchtbaubetrieb, eher weniger Betriebe, die dominant Veredlung machen, der es aushalten könnte, zumindest zeitlich befristet, hier wieder etwas mehr zu zahlen, letzten Endes auch im Interesse - ich habe die Prozentzahlen genannt - der wachsenden Mehrwertsteuereinnahmen auch für dieses Bundesland. Und heute Morgen hatten wir eine Sondersitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in dem wir uns gegenseitig noch einmal versichern mussten, dass es leider zum ersten Mal der Fall ist, dass wegen der Defizite, die auch das Land durch diese defizitären Steuereinnahmen hat, das Land zum ersten Mal leider gezwungen ist, GA, GA-Mittel nicht mehr 100 Prozent gegenfinanzieren zu können. Deswegen schäme ich mich nicht als Mitglied der SPD und damit einer Partei, die zurzeit im Bund die Regierungsverantwortung hat, hier ganz klar zu sagen, so einfach, wie der Antrag der PDS es hier zum Ausdruck bringt und auch die Kürze des Beitrags meines Vorredners, können wir es uns nicht machen. Wir lehnen diesen Antrag in dieser Form so ab.

(Zwischenruf Abg. Scheringer, PDS)

Kollege Scheringer, Sie werden ja noch sprechen. Aus diesen Gründen, wer A sagt, der muss auch B sagen und wer vor Wahlen sagt, Subventionen - so bitter wie es ist - müssen leider gestrichen werden, der muss es aushalten, wenn es danach konkret benannt wird, Subventionen streichen, ja, alle nicken und wenn es konkret wird und in einzelnen Stabstrichen wird genannt, was das jetzt konkret heißt, dann machen wir nach dem Sankt-Florians-Prinzip Folgendes: An dieser Stelle nicht, an dieser Stelle nicht, an dieser Stelle unerträglich, an dieser Stelle unerträglich und am Schluss stehen wir dort, wo wir wahrscheinlich in wenigen Tagen und Wochen wieder stehen werden, dass es nämlich so gut wie keine Gegensteuermöglichkeit gegen wachsende Staatsverschuldung und damit auch gegen die Interessen dieser heute hier oben zahlreich anwesenden jungen Bürger auch dieses Freistaats Thüringen letzten Endes geht. Wir alle wissen das und wir stellen uns dieser Verantwortung und müssen deshalb, so bitter es ist, mir fällt das sehr schwer, diesen Antrag, so

wie er gestellt ist, ablehnen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Scheringer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Scheringer, PDS:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, ich muss erst mal Herrn Dr. Botz erwidern: Die Landwirtschaft erhält keine Subventionen - er lacht schon wieder -, die Landwirtschaft erhält Ausgleichszahlungen. Das ist was ganz anderes, machen Sie nicht die Leute dumm.

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD: ..., aber Geld ...)

Geld ist es, aber Ausgleichszahlung ist keine Subvention. Das wird schon von Anfang an falsch verstanden. Ich will Ihnen das nur zum Anfang gleich sagen, damit Sie mit den Subventionen aufhören. Unser Antrag berührt auf den ersten Blick natürlich meistens finanztechnische Themen. Es geht um die Absicht des Bundes, seinen maroden Haushalt aufzubessern, und zwar auf dem Rücken derer, die schon am wenigsten in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen verdienen jeden Tag.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Conny, nimm die kleine Trommel.)

Wie bitte?

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nimm die kleine Trommel.)

Das ist ja eine ganz kleine Trommel. Wenn ich erst mal richtig was sage, dann wirst du sehen, was eine große Trommel ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

48 Vorhaben der Bundesregierung berühren in zehn Punkten auch die Landwirtschaft und die Gärtner. Diesen möchten wir uns mit unserem Antrag speziell stellen und widmen. Herr Huster hatte ja schon in der Aktuellen Stunde allgemein sich dazu geäußert. Uns geht es aber nicht wie Ihnen, verehrte Anwesende der Regierungsfraktion, schön, dass wir wieder darüber geredet haben, Ziel unseres Antrags ist es, die Landesregierung möge sich im Bundesrat stark machen, das Gesetz in der jetzigen Form eben nicht mitzutragen. Eigentlich dürfte es Ihnen in der Mitte des Hauses ein Leichtes sein, unserem Antrag zuzustimmen. Warum? Am 20. Dezember hatte der Bundesrat die Vorlage auf dem Tisch. Was heute früh war, da habe ich Bauchweh gekriegt, aber in dem Fall muss ich sagen, warum, weil wir nicht gemeinsam einen Antrag durchgebracht haben gegen den Krieg. Warum? Das hat mir Bauchschmerzen bereitet, aber was er in der Regierung am 20.

gesagt hat, das geht genau in die Richtung unseres Antrags. Ich zitiere - unser Ministerpräsident hat Folgendes formuliert: "Mir ist unverständlich, warum die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung ein Aktionsprogramm zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft angekündigt hat, aber jetzt bei der Umsatzsteuer Regelungen vorsieht, die speziell die Landwirtschaft und den Gartenbau belasten. Für traditionelle, nach der Wende zum Teil sehr erfolgreiche Gartenbaustandorte, wie wir sie in Mittelthüringen haben, ist die Anhebung der Umsatzsteuer auf den Regelsatz von 16 Prozent eine schwere Belastung. Sie macht Erfolge, die bisher gewesen sind, zunichte. Die Steuerlast steigt allein für die Betriebe im Freistaat Thüringen" - hören Sie gut zu - "um 18 Mio. €. Mit dieser Erhöhung werden Unternehmensinsolvenzen und Arbeitsplatzverluste geradezu programmiert." Eigentlich könnte ich mich jetzt hinsetzen, verehrte Abgeordnete, denn diesem ist nichts mehr hinzuzufügen. Da bleibt der CDU eigentlich nichts anderes übrig, als unserem Antrag zuzustimmen. Aber so einfach machen wir es eben wieder nicht.

Was passiert denn, wenn die eigentlichen Pläne hier wahr werden? Sicherlich kann das öffentliche Sparschwein dadurch noch etwas dicker werden, aber die richtig fetten Brocken bleiben doch außen vor. Zum Beispiel verglichen mit der Abgeltungssteuer für Steuerfluchtkapital sind die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer für die kleinen bäuerlichen Betriebe, muss ich hier sagen, meistens nur Peanuts.

Nun zu einem Thema im Gartenbau und der landwirtschaftlichen Vorprodukte: Unser Bundesfinanzminister Herr Eichel formulierte Folgendes: Er kann sich nicht erklären, warum Schnittblumen dem reduzierten Steuersatz unterliegen, Babywindeln aber dem Normalsatz. Schnittblumen sind durch Samenzüchtungen und durch Gewächshäuser im Winter sehr arbeits- und energieaufwendig. Babywindeln werden im Sommer und im Winter gleichermaßen durch Knopfdruck produziert. Das ist ein großer, großer Unterschied. Das sind lebende Pflanzen - die Windeln sind genauso wichtig, das ist ja klar -, aber hier so große Unterschiede zu machen, das finde ich in dem Fall gar nicht gut.

(Beifall bei der PDS)

Die Gegenfrage dazu: Was reitet den Bund eigentlich, bei Lieferung von Futtermitteln aus Rückständen der Lebensmittelindustrie den ermäßigten Steuersatz, so wie Herr Dr. Botz das gesagt hat, aufzuheben, bei Hunde- und Katzenfutter aber eine Ausnahme zu machen?

(Beifall bei der PDS)

Ein Witz, das versteht überhaupt keiner. Wenn man das einem normalen Bürger sagt, sagt er, also das Hunde- und Katzenfutter muss genauso besteuert werden wie andere Futtermittel, aber das ist nicht der Fall. Deswegen muss ich das eben heute hier noch mal darstellen. Welche zu-

sätzlichen Einnahmen verspricht sich der Bund durch dieses Gesetz? Es gibt dazu verschiedene Berechnungen. Eine Internetveröffentlichung des Finanzministeriums sagt: Ziel der Steuereinnahmen insgesamt 2003 3,6 Mrd. €, 2004 10,7 Mrd. € und 2005 15,1 Mrd. € Steuern. Verzeihen Sie, liebe Anwesende, dass ich so viele Zahlen nenne, aber es sind nur drei und ich muss das schon mal sagen. 2006 wird versucht, mit 16,8 Mrd. € mehr Steuereinnahmen zurechtzukommen. Aus der Landwirtschaft und dem Gartenbau kommen aber höchstens 650 Mio. € - überhaupt nicht viel, wenn ich das so betrachte. Eine Quelle, um das auszugleichen, kann doch die Vermögenssteuer sein. Die Wiedereinführung dieser Steuer ist doch keine PDS-Forderung oder -Drohung oder -Erfindung. 12 Millionäre in Deutschland haben sich in einem offenen Brief an den Bundeskanzler dazu bekannt, etwas von ihrem Reichtum an die Gesellschaft abzugeben. Das wurde veröffentlicht und ist nachzulesen in der Zeitschrift "IG Metall" 12/2002. Diesem Beitrag entsprechend schätzte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, dass mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer bis zu 16 Mrd. € in die Kassen der Bundesländer fließen könnten. Würde nur ein Steuersatz von 1 Prozent zugrunde gelegt, würden rund 500.000 € Steuer freigestellt. Also, auch Thüringen könnte die Landeskasse aufbessern. Abgeschafft worden ist die Vermögenssteuer nicht durch unseren Bundeskanzler Schröder, sondern bereits noch unter Kohl. Jetzt könnte die CDU da auch was ändern. Leider hat sich der Bund von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer wieder verabschiedet. Sogar Siegmund Gabriel - irgendwann wird er abgewählt, übermorgen -

(Heiterkeit bei der CDU)

hatte sich erst für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausgesprochen. Dann haben sie etwas anderes erfunden und nun ist er auch dagegen. Hier greift man lieber denjenigen in die Tasche, die ohnehin - wie ich vorhin ausführte, wie die Landwirte und die Gärtner, die die meiste Arbeit haben, um die Bevölkerung zu ernähren - die Schwächsten sind und die Geringverdiener in Kleinbetrieben mit geringem Umsatz.

Ein kurzer Ausflug in die Geschichte der ermäßigten Mehrwertsteuer. Die Komponente war damals die soziale Komponente. Deswegen wurde die ermäßigte Mehrwertsteuer eingeführt, weil jeder sie zu entrichten hat, auch derjenige, der so wenig verdient, dass er nicht mal Einkommenssteuer entrichten muss. Jetzt soll diese soziale Komponente aber wegfallen.

Ein Beispiel, um die Tragweite etwas deutlicher zu machen: Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel aus dem verfügbaren Einkommen einer durchschnittlichen Familie ist in Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern am niedrigsten. Wir haben dazu das Statistische Jahrbuch bemüht. Bei einem Nettoeinkommen je Haushalt und Monat von unter 920 € lag der Anteil der Aufwendungen für Lebensmittel bei 15 Prozent. Dieser Anteil sinkt, je höher

das Familienbudget ist, z.B. bei einem Einkommen von unter 3.580 € ist der Anteil für die Aufwendungen an Lebensmitteln nur noch 10,3 Prozent. Das heißt doch nichts anderes, als dass die vom Bund gewollten steuerlichen Veränderungen am meisten diejenigen mit den geringsten verfügbaren Einkommen belasten. Von steuerlicher Gerechtigkeit haben wir in der PDS eine andere Vorstellung als die Bundesregierung. Es geht darum, dort anzusetzen, wo wirklich das große Geld ist, und nicht dort, wo jeder Euro dreimal umgedreht werden muss. Wir wissen laut Armutsbericht, dass es immer mehr Arme gibt und die Gesellschaft immer mehr gespalten wird. Was passiert mit solchen Sachen, geht das weiter? Das sollte vermieden werden.

Eine weitere Komponente, die in unserem Antrag enthalten ist, ist das Risiko für manche bäuerlichen und Gartenbaubetriebe. Sicherlich ist es so, dass die größeren - Herr Botz, da haben Sie Recht - Marktfruchtbetriebe den erhöhten Mehrwertsteuersatz aufgrund der Verrechnung nicht so zu spüren bekommen, das will ich doch gar nicht abstreiten, aber Sie wissen auch, das habe ich immer gesagt, hier hätte damals bei der Agenda schon anders gehandelt werden müssen, Tiere und Pflanzen in die Ausgleichszahlung mit einzubeziehen. Das ist hier fast nicht geschehen. Ich will sagen, die bekommen das nicht so zu spüren. Aber besonders hart wird es die Kleineren und die mit geringerem Umsatz treffen, die oft nur den Pauschalsteuersatz anwenden. Diese sollen nach den Eichel'schen Vorstellungen nun von 9 Prozent auf 7 Prozent gesenkt werden. Es entfällt aber damit die Subventionswirkung für diese Regelungen und die Erlöse sinken somit für diese Betriebe noch mehr. Dabei ist altbekannt, dass die Landwirtschaft diejenige Branche ist, die sich jeden Tag mit dem Wetter, der Kälte, mit der Wärme und allem auseinander setzen muss. Da gibt es bei den Bauern und den Gärtnern immer die Hoffnung, dass alles gut geht. Wenn ich Ihnen sage, im EU-Durchschnitt war das Einkommen voriges Jahr bei den Bauern und Gärtnern um 3 Prozent geringer, bei den deutschen Bauern - alles Statistik, nicht von mir erfunden - um 18 Prozent. Wo gibt es so etwas schon mal? Nur in unserer Branche, dass das so schwankt - einmal so und einmal so. Das gibt es eben nur bei diesen Betrieben und bei diesen Menschen, die in freier Natur arbeiten und Witterungsunbilden und allem anderen ausgesetzt sind.

Nun komme ich noch mal zu einem weiteren Aspekt für den Gartenbau. Eichel'sche Pläne werden so durchschlagen, dass schlicht und ergreifend die Endprodukte, sprich Blumen und Gemüse, weit, weit teurer werden. Beim Kauf von Lebensmitteln hat der einzelne Bürger und die Familie eigentlich gar nicht viel Spielraum. Die müssen mindestens jeden Tag dreimal essen - mindestens. Aber bei Blumen wird jeder dafür länger und öfter nachdenken, ob er einen Strauß Blumen kauft, wenn die noch teurer werden. Dann muss man eben nur eine kaufen, wenn man heimkommt zu seiner Frau, und nicht zehn, um eine Aufmerksamkeit zu haben. Solche Sachen sind ja fast unmöglich. Das kann man sich gar nicht richtig vorstellen. Aber was passiert für alle? Die Blumen werden weniger nachgefragt und auch

dementsprechend werden die Umsätze sinken. Das Nachsehen haben also wieder die Gärtner. Gartenbau hat ein Spezifikum, er ist sehr arbeits- und energieintensiv. Die Produkte sind schnell verderblich und müssen deshalb schnell an die Konsumenten gebracht werden. Besonders Unterglasanbau im Gartenbau ist die Branche mit den höchsten - wie ich vorhin schon mal sagte - Aufwendungen an Heizenergie. Außerdem haben die einheimischen Gärtner ganz massiv mit der Konkurrenz aus anderen Ländern und auch aus Übersee zu kämpfen. Wir haben nun mal die Flugzeuge und die Frachtflugzeuge. Das kann man gar nicht ändern. Mit allen diesen Dingen haben sich besonders auch die Thüringer Gartenbauer tagtäglich auseinander zu setzen. Sie sind angewiesen auf Direktvermarktung.

Frau Wildauer, nimm bitte Platz. Ich denke, was macht die da vorn bei der Frau Groß.

(Heiterkeit im Hause)

Sie sind angewiesen auf Direktvermarktung und haben den ständigen Kampf anzutreten, mit den großen Handelsketten konkurrieren zu können. Dann sollen noch weitere Belastungen, Herr Dr. Botz, auf sie zukommen. Dies ist nicht zu begründen. Wir haben in Erfurt eine große Tradition im Gartenbau. Wir haben die Firma Chrestensen, ihr Chef ist jetzt erst wieder zum IHK-Präsidenten gewählt worden. Ich will ihm auch noch gratulieren. Dann haben wir die Firma Heinemann gehabt - große Tradition. Wenn Sie sich mal auf den Ringelberg stellen und schauen nach Erfurt hinein, denn sehen Sie, warum das mit der großen Tradition für Blumenkohl und anderes ist. Dann haben wir noch den Nestor des Gartenbaus, den Dr. Christian Reichardt gehabt. Das war eine große Tradition. 1990 hatten wir noch 750 Hektar, wo Blumen gezüchtet wurden, und heute sind es noch 40 Hektar Samenzucht. Da hatte ich einen Traum, weil ich hier dazu reden soll, ich saß mit Herrn Nils Lund Chrestensen am Tisch und habe mit ihm Verträge über Samenzucht gemacht, über Schwarzwurzelsamen, über Stiefmütterchensamen, über Tulpensamen und ganz besonders über Blumensamen. Wenn ich Ihnen sage, Blumenkohl wurde bei uns auch vermehrt, in Größenordnungen, alles ist verabschiedet worden. Es wird in Ländern produziert, wo die Arbeitskraft um die Hälfte billiger ist als bei uns, wo es noch bessere klimatische Bedingungen gibt, also Trockengebiete, die sich für die Samenzucht besonders eignen. Damit wurden aber unheimlich viele Arbeitsplätze vernichtet. Hier muss ich sagen, dieser Traum ist nicht aus der Welt gewesen. Wir hatten früher diese 750 Hektar Samenzuchtvermehrung. Wissen Sie, was da war in unserem Gebiet? Das können Sie sich gar nicht vorstellen, wo das überall hin exportiert worden ist. Wir hatten 30 Hektar Zwiebelsamenvermehrung, allein 30 Hektar, das ganze Feld roch im Herbst wunderbar nach Zwiebelsamen. Dazu hatten wir Bienenvölker in Größenordnungen. Heute ist alles weg.

Nun komme ich zu dem Punkt - und da sind wir schon fast am Ende - da muss ich noch sagen, ich bin nicht so

ein Freund von dem Bundesminister Trittin, aber er hat zu Recht gesagt - und da widerspricht er eigentlich dem Bundeskanzler oder was weiß ich, wem: Die meisten Blumen kommen nicht mehr aus den kleinen Gärtnereien, weil sie aus Übersee kommen und dort unter den schändlichsten Bedingungen produziert werden, durch Kinderarbeit. Die sitzen zehn Stunden am Tag in der Gärtnerei mit 40 Grad und müssen die Blumen machen. Können Sie sich das überhaupt vorstellen? Unter den schändlichsten Bedingungen, hat er gesagt, und auch unter den schändlichsten Umweltbedingungen. Was die da verfeuern, das könnt ihr euch gar nicht vorstellen. Das ist nicht nur normale Wärme. Bei uns gehen sie dann los mit den Blumen und fahren die Blumen mit steuerfreiem Kerosin bis hierher und dann verkaufen sie sie hier und da können wir gar nichts machen. Das sind Sachen, da muss man sich wirklich stark machen für die einheimische Produktion, überall, und dagegen ist diese Geschichte kontraproduktiv. Herr Dr. Botz, da können Sie sagen, was Sie wollen, ich hätte auch lieber mehr Geld, aber das große Geld, da habe ich Ihnen ja gesagt, wo das ist. Was mir auch nicht gefällt, das kann ich hier ruhig mal sagen - jetzt ist die Dame nicht da, ich lasse es lieber. Er war in seinem ganzen Leben immer einer, unser Ministerpräsident, der hat das Geld immer an die Reichen besser umverteilt als an die Armen.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das hat doch nicht der Ministerpräsident gemacht.)

In seinem ganzen Leben war immer seine Politik so. So sehe ich das. So muss ich das auch sehen, wenn ich sehe, in Deutschland ist genug Geld da. Da muss man aber nicht die Mehrwertsteuer auf solche Produkte so erhöhen, sondern da hinlangeln, wo das Geld steckt, Frau Dr. Groß. Sie wollen absahnen und wollen das Geld irgendwo hinschaufeln. Hören Sie auf damit und fangen Sie mir nicht mit so was an. Sie wissen das schon, die in der ersten Reihe sind sowieso so schnell gefährdet.

(Unruhe bei der CDU)

Setzen Sie sich lieber hinter zu mir, dann sage ich Ihnen, was los ist. Also, Sie können ganz ruhig sein.

(Unruhe bei der CDU)

Da bitte ich noch mal: Sicher haben wir jetzt schon das erste Mal im Bundesrat, dass etwas im Vermittlungsausschuss ist. Es bleibt aber zu hoffen, dass sich in dem Fall - und ich hatte Ihnen alles Mögliche gesagt - die CDU unserem Antrag anschließt oder den verwirklicht. Ich meine ja nicht - Sie können ja machen, was Sie wollen. Gerade das Zitat vom Ministerpräsidenten, der sagt nichts ohne Hintergrund. Aber das ist schon immer unsere Position, auch im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind wir uns in vielen, vielen Punkten mit Herrn Dr. Botz einig und ich weiß ja auch, dass es für Sie zurzeit Erklärungsschwierigkeiten gibt, wenn Sie mit dem Bauamt zusammen sind und mit uns zusammen sind und wir reden

über alles Mögliche. Ich verstehe Sie da in manchen Punkten, aber wo Wahrheit ist, muss Wahrheit bleiben für alle, sonst brauchen wir gar nicht anzufangen. Vielen Dank für die Ausführungen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen vor, aber die Ministerin Diezel möchte für die Landesregierung sprechen.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, der uns vorliegende Antrag der PDS-Fraktion ist nicht notwendig gewesen, denn es bedarf keiner Aufforderung mehr, die Landesregierung hat - und selbst Herr Abgeordneter Scheringer hat es hier zitiert - am 20. Dezember 2002 in der 784. Sitzung des Bundesrats ihre Verantwortung für die Thüringer Landwirtschafts- und Gartenbauunternehmen entsprechend wahrgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Es war der Thüringer Ministerpräsident Bernhard Vogel, der die Sitzung zum Anlass nahm, um auf die schweren Belastungen gerade der erfolgreichen Gartenbaustandorte hier in Mittelthüringen hinzuweisen. Er machte deutlich, dass die Folgen der Steueränderung Unternehmensinsolvenzen und Arbeitsplatzverluste sind. Herr Scheringer hat ja den Teil aus seiner Rede zitiert, der sich ganz besonders mit der Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft beschäftigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aber trotzdem noch mal etwas näher auf die vorliegenden Maßnahmen eingehen. Im Steuervergünstigungsabbau-gesetz sind im Bereich der Umsatzsteuer spezielle, nur für die Landwirtschaft und den Gartenbau geltende Regelungen vorgesehen:

1. Der Absatz gartenbaulicher Erzeugnisse, Blumen, Zierpflanzen, soll mit 16 Prozent statt bisher 7 Prozent der Umsatzsteuer unterworfen werden.
2. Die gleiche Regelung, also die Anwendung des 16-prozentigen Steuersatzes, soll für die Umsatzbesteuerung landwirtschaftlicher Vorprodukte, lebende Tiere, Saatgut, Futtermittel, Stroh, organische Dünger, Brennholz und Ähnliches, verwendet werden,
3. für Leistungen wie der Aufzucht, dem Halten von Vieh, der Anzucht von Pflanzen, der Vatterhaltung, der Förderung der Tierhaltung,
4. für Leistungen und Qualitätsprüfungen in der Tierzucht,

5. außerdem die Senkung des pauschalen Vorsteuerabzugs für Umsatz der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betriebe im Rahmen der Durchschnittssatzbesteuerung um zwei Prozentpunkte.

Herr Scheringer hat es genannt. Alle diese genannten Regelungen führen zum Anwachsen der Steuerlast im landwirtschaftlichen und gärtnerischen Bereich. Allein aus den ausschließlich für die Landwirtschaft geltenden Regelungen rechnet die Bundesregierung mit ansteigenden Steuereinnahmen in Höhe von 800 Mio. € 2003 und 1,25 Mio. € im Jahr 2006.

Zu diesen Regelungen im Einzelnen: Die Umsatzsteuer soll entsprechend ihrer Zielstellung den Endverbraucher belasten. Der Gesetzgeber geht insoweit davon aus, dass der Unternehmer die Umsatzsteuer mit dem Preis an den Kunden weitergibt. Eine Anhebung des Steuersatzes um 9 Prozent für die Leistungen von Blumen, Nutz- und Zierpflanzen würde somit unmittelbar zu einer Erhöhung der Handelspreise für Pflanzen und Blumen führen. Da die Erzeuger und Anbieter keinen Spielraum für die Nettopreise haben, führt das natürlich zu Problemen in der betriebswirtschaftlichen Berechnung der Unternehmen. Es käme unweigerlich, aber beim Verbraucher auch, wenn diese Preise weitergegeben würden, zu Kaufzurückhaltung. Es ist also, wenn diese Regelung kommt, mit Umsatzeinbrüchen zu rechnen.

Meine Damen und Herren, es gibt Länder, die mit solchen Anhebungen von ermäßigten Umsatzsteuerbescheiden Erfahrung haben - das Nachbarland Frankreich. In Frankreich sind beispielsweise Anfang der 90er-Jahre im Ergebnis einer ermäßigten Steuersatzanhebung für Schnittblumen einschlägige Erfahrungen gesammelt worden. Aus einem vollständigen Verlust von 20 Prozent der Umsatzerlöse in diesem Bereich und den verheerenden Folgen auf dem Arbeitsmarkt in Frankreich hat man umgelenkt. Man hat 1995 dann den Umsatzsteuersatz wieder gesenkt und es kam wieder zu positiven Effekten im Bereich des inländischen Gartenbaus in Frankreich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Scheringer hat aufmerksam gemacht auf die Blumenzucht in Übersee. Es gibt aber nicht nur die Blumenzucht, in der Kinder beschäftigt sind, sondern es gibt auch Blumenzucht - und hier hat sich die kolumbianische Botschaft an alle Ministerpräsidenten der Bundesländer gewandt, um auf die fatale Wirkung der Steuererhöhung gerade von Blumenzuchtbetrieben der alternativen Linie in Entwicklungsländern aufmerksam zu machen. Der Anbau von Blumen in solchen Projekten bietet manchmal eine würdige Alternative für gering qualifizierte Arbeitskräfte, aber auch für zahlreiche Frauen, die zugleich in solchen Ländern Familienoberhäupter sind und ihre Familie ernähren. Eine Mehrwertsteuererhöhung würde also deutliche Folgen auf diesen Absatzmarkt haben, auf den Export von Entwicklungsländern. Inzwischen lassen sich ja Äußerungen aus den Kreisen der Bundestagskoalition hören, die dieses wieder auf den

Prüfstand stellen. Das zeigt wieder einmal, dass die Bundesregierung bei diesem Gesetzentwurf nicht vorher gedacht hat, nicht vorher auch zwischen den Ministerien besprochen hat, sondern einfach formuliert und eingebracht hat. Damit und vor allen Dingen mit der Steuersatzerhöhung, trifft sie 90 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in ganz Deutschland. Die gleichzeitige Absenkung des pauschalen Vorsteuerabzugs im Rahmen der Durchschnittssteuersatzbesteuerung kommt hier verschärfend hinzu. Durch die gesetzlich vermutete Vorsteuerpauschalierung ist der Land- und Forstwirtschaft derzeit der Nachweis für die Vorsteuer erlassen worden. Mit der Senkung der Vorsteuerpauschale verliert im Ergebnis die zur Verfahrensvereinfachung für die Land- und Forstwirtschaft speziell entwickelte Durchschnittssteuersatzbesteuerung ihren Wert. Interessant ist, dass diese Pauschalierung ja eigentlich Einzug halten soll wieder in die Mittelstandsinitiative. Hier frage ich mich: Warum haben Frau Künast, Herr Eichel und der so genannte Superminister, Herr Clement, nicht miteinander gesprochen? Sind denn landwirtschaftliche Unternehmen kein Mittelstand?

(Beifall bei der CDU)

Dort will man diese Pauschalierung einführen, mit Recht einführen und bei den landwirtschaftlichen Betrieben schafft man sie ab, auch im Hinblick auf die Belastung bei dem Verwaltungsaufwand, bei der Pauschalierung. Es gibt viele Länder in Europa und der Welt, die bei der Steuererhebung sehr auf Pauschalierung gehen. Das erleichtert vieles. Wir gehen hier wieder davon ab. Wenn der Unternehmer den Mehrwertsteuersatz zurückhaben will, hat er in Zukunft - der landwirtschaftliche Unternehmer, der Gartenbauunternehmer - ein umfangreiches Nachweissystem vorzulegen. Das heißt, weg von der Pauschalierung, mehr Verwaltungsarbeit, der Bauer, der Landwirt muss immer mehr mit dem Bleistift rechnen, als dass er auf seiner Scholle arbeitet. Das ist nicht Ziel von Mittelstandsinitiative.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie bei der anderen Sache, der Verschärfung der Dienstwagensteuer - die "Frankfurter Allgemeine" macht hier auf mit dem Kanzlerzitat, darüber müsse man reden -, glaube ich, muss man über diese Sache auch reden, und über noch viel, viel mehr, was die Bundesregierung vorbringt.

(Beifall bei der CDU)

Wir als Thüringer Landesregierung haben besprochen und werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im Bundesrat dafür einsetzen, dass dieses Gesetz nicht verabschiedet wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren der PDS, es bedurfte also nicht eines Antrags am 31. Januar, sondern am 20. Dezember, weit über einen Monat vorher, haben der Ministerpräsident und die Landesregierung sich eindeutig zu diesem Gesetz geäußert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen vor. Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. Wir stimmen über den Antrag der Fraktion der PDS in der Drucksache 3/3091 ab. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Mit einer Mehrheit von Gegenstimmen ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 14**

**Zukunft des Nationalparks Hainich und seiner angrenzenden Regionen
Beratung der Großen Anfrage der
Fraktion der SPD und Antwort der
Landesregierung - Drucksachen
3/2542/2718 - auf Antrag der
Fraktion der SPD**

dazu: Unterrichtung durch die
Präsidentin des Landtags
- Drucksache 3/3064 -

Wir kommen zur Aussprache. Als erster Redner hat sich Frau Abgeordnete Tasch zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sind der SPD-Fraktion dankbar für ihre Große Anfrage zur Zukunft des Nationalparks Hainich und seiner angrenzenden Regionen, denn sie gibt uns Gelegenheit, die ausgezeichnete Entwicklung, die der Nationalpark Hainich in den letzten Jahren genommen hat, hier darzustellen. Denn Sie versuchen ja ständig, der Öffentlichkeit zu vermitteln, insbesondere im Unstrut-Hainich-Kreis, wir würden den Hainich wie ein Stiefkind behandeln. Das ist nicht so. Die CDU bekennt sich zum Naturschutz; die Bewahrung der Schöpfung ist uns Aufgabe und Verpflichtung.

(Beifall bei der CDU)

Der Hainich ist der einzige Laubwaldnationalpark in Deutschland. Da darf man sich ja schon mal die Frage stellen: Warum ist das so, warum haben andere Länder dieses nicht auch gemacht? Warum? Weil der Buchenwald einen hohen wirtschaftlichen Wert darstellt, den man auch naturnah bewirtschaften kann, und somit Einnahmen erzielt, die man sich anderorts nicht entgehen lassen will.

Ich darf hier einmal auf den Kellerwald verweisen in Hessen, dort diskutiert man seit 25 Jahren, einen Nationalpark einzurichten. Dort war einmal der "Vorzeigegrüne" Minister Joschka Fischer Umweltminister und er hat es dort nicht geschafft. Wir haben es in Thüringen geschafft und darauf sind wir stolz. Wir lassen uns nicht dauernd vorhalten, wir haben nichts für den Naturschutz übrig.

(Beifall bei der CDU)

Da möchte ich noch eines erwähnen: Selbst unter Missachtung der IUCN-Kriterien, dass man Nationalparks nur auf Flächen, die einem gehören, errichten darf, haben wir uns anders entschieden. Wir haben den Hainich als Nationalpark ausgewiesen. Der Flächentausch mit dem Bund wird erst jetzt geregelt und der Nationalpark existiert bereits seit fünf Jahren.

Meine Damen und Herren, unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten gibt es sicherlich Einvernehmen, dass in der Beantwortung der Großen Anfrage sehr umfangreich auf Flora und Fauna eingegangen worden ist. Ich möchte jetzt auch nicht alle Arten, die dort vorkommen, hier aufzählen, aber eines möchte ich besonders hervorheben, und zwar, dass sich im Hainich ein wahrliches Eldorado für Käfer entwickelt hat. 1.600 verschiedene Käferarten sind dort nachgewiesen. Im Vergleich zu bewirtschafteten Buchenwäldern sind das nur 1.000. Allein 400 verschiedene Käferarten haben ihren Lebensraum im Totholz und den gibt es ja nur in einem Nationalpark. Das ist eine sehr, sehr positive Entwicklung, die dort genommen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Dass der Nationalpark Hainich in dieser kurzen Zeit eine positive Entwicklung genommen hat, wird auch daran deutlich, dass im Jahr 2001 die Verleihung des Europäischen Umweltpreises für das beste LIFE-Projekt 2001 an den Hainich gegangen ist. Dieses Projekt wird nur einmal im Jahr verliehen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Es gab fast 150 Anträge auf diese Verleihung. Wir haben ihn gewonnen und dieses hat den Hainich nicht nur in Deutschland, sondern europaweit bekannt gemacht und hat große Beachtung gefunden.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aber weil die SPD naturschutzfachlich am Nationalpark sicher nichts aussetzen haben kann, muss, wie Sie in Ihrer Begründung dargelegt haben, sie sich auf das Feld der touristischen Nutzung des Hainichs konzentrieren, um dort auf irgendwelche Versäumnisse und lasches Handeln der Landesregierung hinzuweisen oder sie zu suchen. Nur, Sie werden nichts finden, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Entgegen dem Trend in Thüringen, der ja rückläufige Besucherzahlen aufzeigt, hat sich die Besucherentwicklung im Hainich ständig erhöht. 25 Prozent Besucherzuwachs zwischen 2001 und 2002. 100.000 Besucher zählte der Hainich im Jahr 2002. 80 Prozent der Besucher kommen aus der Region, das bedeutet aus dem Umkreis zwischen 100 und 150 Kilometern, 20 Prozent darüber hinaus. Das sind echte Touristen, die auch hier übernachten. Diese Touristen kommen hauptsächlich aus dem Ruhrgebiet, aus dem Rhein-Main-Gebiet, dem Großraum Berlin, aber auch verstärkt aus Holland, Österreich und der Schweiz; eine tolle Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Werratalradweg und das Bootfahren auf der Werra sind Besuchermagnete geworden. Ich habe manchmal den Eindruck, wir vergessen, dass der Hainich keine touristische Tradition hat. Dort war Sperrgebiet. Viele in Thüringen kennen den Hainich gar nicht. Zum Beispiel den Kyffhäuser hat jeder gekannt; den Hainich kannte nicht jeder, da konnte nicht jeder hin und wir können das nicht vergleichen mit anderen Gebieten wie den Thüringer Wald, der eine lange Tradition im Tourismus hat. Ich darf hier mal zwei Beispiele zweier Gemeinden nennen, die wirklich einen Aufschwung in dem Bereich erlebt haben. Das ist die Gemeinde Kammerforst und die Gemeinde Weberstedt. Die lagen abseits, dahin hat sich nie ein Besucher verlaufen. Diese Dörfer profitieren vom Hainich. Es gibt private Investitionen im Bereich von Gaststätten und auch Beherbungsbetrieben; auch ein positives Zeichen.

(Beifall bei der CDU)

In Weberstedt wird mit Leadermitteln eine Spielscheune gebaut und passt sich somit in das Konzept des Goldackerschen Schlosses ein und stellt ein Angebot für Schulklassen und Jugendgruppen dar.

(Beifall bei der CDU)

Dieses wird vom Nationalpark, aber auch vom Naturpark begleitet, denn der Nationalpark ist eingebettet im Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal. Dieses kommt in der Anfrage überhaupt nicht vor. Wir haben ein integriertes Schutzkonzept. Auch unserem Naturpark, kommt eine große Bedeutung zur Entwicklung des Hainich zu. Es gibt eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen der Naturparkverwaltung und der Nationalparkverwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Auch möchte ich im Jahr der Behinderten nicht versäumen, dass im Brunstal ein Weg für blinde Menschen angelegt worden ist. Das ist ein Zeichen, dass auch behinderte Menschen unsere Natur erschließen wollen. Verehrte Kolle-

ginnen und Kollegen, auch der Schüler- und Jugendarbeit im Nationalpark und im Naturpark kommt eine große Bedeutung zu. Anfang 2003, das ist noch nicht lange her, organisierte das Jugendherbergswerk in Mühlhausen einen Workshop, bei dem ein pädagogisches Konzept für die Jugendherberge Harzberg erarbeitet wurde. Dieses Konzept wird auch auf die Jugendherbergen in Mühlhausen und Martinfeld Auswirkungen haben. Allein im Nationalpark ohne Naturpark wurden 2002 3.000 junge Menschen durch die Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung betreut. Das ist eine riesengroße Aufgabe und die Mitarbeiter kommen da auch an die Grenzen ihrer Kapazität. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch die Öffentlichkeitsarbeit wurde in ihrer Anfrage angesprochen, die ihrer Meinung nach noch Reserven haben und verstärkt werden soll. Herr Richter vom Verband der Thüringer Wirtschaft hat kürzlich erst

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Mittelstand.)

das Marketing des Nationalparks als beispielgebend gelobt. Er hat gesagt, die Thüringer Unternehmen können sich an diesem Konzept ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Da kann man ruhig klatschen, ja.

Ich darf einige Beispiele nennen: Der Nationalpark verfügt über ein ausgezeichnetes Internetangebot - eine ganz, ganz tolle Sache. Auch 2001 war die Briefmarke des Jahres der Nationalpark Hainich.

(Beifall bei der CDU)

300.000 Menschen umfasst diese Jury und 38,5 Prozent dieser 300.000 Menschen haben diese Briefmarke auf Platz eins gewählt. Das ist ein Erfolg. Seit 2002 tourt eine gemeinsame Ausstellung des Nationalparks und des Naturparks durch ganz Deutschland. Auch ganz, ganz tolle Faltblätter gibt es, ich möchte nur mal drei nennen: "Der Natur auf der Spur", "Mitmachen" und "Gut informiert durch die Naturparks"; die sollten Sie sich alle selbst einmal anschauen. Aber auch viele Beiträge in Fachzeitschriften, in Reisemagazinen, im Fernsehen haben gezeigt, wie interessant der Hainich geworden ist. Und dass sich so was nicht von allein macht, das kann sich jeder denken, das bedeutet unwahrscheinliches Engagement der Mitarbeiter - viel, viel Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Und an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Herrn Kemkes und Dr. Hager und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht auf die Uhr sehen und auch in ihrer Freizeit viel, viel leisten.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Und auch dem Minister - er gibt das Geld.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf zwei weitere wichtige Aktivitäten, die derzeit laufen, hinweisen. Das ist zum einen die Werbekampagne "Fahrziel Natur" der Deutschen Bahn. Die Bahn hat in diesem Projekt 20 verschiedene Elemente, die sie finanziert. Schwerpunkt ist - und da hört mal alle schön zu -, alle Reisecenter - Herr Kummer, weil Sie doch auch ein Bahnfahrer sind - der Bahn im gesamten Bundesgebiet werden ab diesem Jahr den Hainich bewerben.

(Beifall bei der CDU)

Wahnsinn, ganz genau. Und ich bin überzeugt, dass dieses Projekt innerhalb kürzester Zeit Früchte trägt. Zum anderen werden von Seiten der Naturparkverwaltung Eichsfeld-Hainich-Werratal aus dem gewonnenen Bundespreis "Region aktiv" - den haben wir im Eichsfeld gewonnen, weil wir was für den Naturschutz tun und die Landwirtschaft -

(Beifall bei der CDU)

Mittel zur Verfügung gestellt und es wurde die Fachhochschule Erfurt beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, welches den Ausbau des ÖPNV und des SPNV im Gebiet des Nationalparks und Naturparks zu erstellen hat.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Die Wildkatze fühlt sich auch wohl.)

Die Wildkatze fühlt sich auch wohl, die fährt aber nicht Bus und auch nicht Bahn. Wir haben einen Wanderbus eingerichtet, der gut angenommen wird, der weiterentwickelt werden muss, einmal für den Tourismus, aber auch für ÖPNV am Wochenende im ländlichen Raum. Da gibt es kleine Dörfer, da fährt Sonnabend, Sonntag kein Bus hin und her, und dafür kann auch der Wanderbus genutzt werden, um dem ländlichen Raum zu erschließen.

(Beifall bei der CDU)

Auch soll in diesem Konzept erarbeitet werden, dass Touristen den Schienenpersonennahverkehr - ÖPNV/SPNV - besser nutzen können und bereits die DB Regio hier in Erfurt, aber auch die Erfurter Industriebahn haben spontan zugesagt, wir machen mit, wir bringen uns ein, wir werden uns dort engagieren. Und das ist für uns ein wichtiger Baustein, dass wir erreichen, dass ein Großschutzgebiet auch mit öffentlichem Personennahverkehr erreicht wird. Das ist ja unser aller Anliegen.

(Beifall bei der CDU)

Lasst das Auto zu Hause, wenn ihr wandern wollt; fährt nicht bis in die Kernzone 1 und läuft dann zwei Meter. Man kann in Bad Langensalza gut aussteigen, in Mühlhausen

aussteigen, dort ist gleich der Busbahnhof. In Langensalza bauen sie jetzt noch einen Tunnel als Verbindung, dass man gar nicht mehr aus dem Bahnhof raus muss - also ganz toll.

(Zwischenruf aus der SPD-Fraktion: Oh, oh, oh.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Ihr müsst euch mal öfter umschaun, was so in Thüringen passiert, oder fährt mit dem Zug, da seht ihr die Bahnhöfe und ihr Umfeld.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir zu einem ganz spannenden Thema, das wird sicher das Reizthema sein, das ist der Baumkronenerlebnispfad. Dieser Baumkronenerlebnispfad hat für uns Priorität,

(Beifall bei der CDU)

denn wir wissen ja auch - wir sind ja nicht auf der Wurstsuppe hergeschwommen, auch wenn wir im Eichsfeld gern schlachten, aber ein bisschen Verstand haben wir auch -, dass dieser Baumkronenerlebnispfad ein Besuchermagnet ist. Das zeigt ja die Erfahrung aus Holland. Bei Croningen gibt es einen Nationalpark, dort verzeichnete man vor zwei Jahren noch 50.000 Besucher, in dem Jahr, wo sie den eingerichtet haben, und im Jahr 2002 120.000 Besucher in diesem Nationalpark in Holland. Ich denke mal, wir werden nach Lösungen suchen und - wer sucht, der findet - wir werden etwas finden, Herr Minister Schuster, Herr Minister Sklenar, dieses Projekt trotz knapper Kassen - und das muss man ja nicht immer wieder betonen, dass die Kassen leer sind, knapp sind -,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Rotgrün.)

aber wichtige Dinge werden auch umgesetzt, denn es hat ja Auswirkungen - 100.000 Besucher in dieser Region. Wer aus der Region ist, der weiß, dass es seit langem ein Projekt in Craula gibt, welches natürlich darauf wartet, diesen Erlebnispfad benutzen zu können. Ja, so ist das.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt zum letzten Reizthema, dem Nationalparkhaus, das Tüpfelchen auf dem i, das jeder braucht, um das letzte - Highlight - zu realisieren. Das ist auch unstrittig, es steht auch in der Beantwortung der Anfrage, ein Nationalparkhaus ist wichtig. Das sehen wir auch so. Es gibt auch Konzepte, wo es gebaut werden kann, erst seit fünf Jahren gibt es den Nationalpark, andere Länder haben auch ihre Zeit gebraucht, das Tüpfelchen auf dem i umsetzen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen diese Zeit auch. Herr Minister, ich habe auch noch mal nachgesehen, wie haben andere Länder das finanziert. In keinem Bundesland, wo es ein Nationalparkhaus

gibt, hat es das Land allein finanziert. Da haben die Gemeinden, die davon profitieren, ihren Obolus gegeben. Da haben die Landkreise - auch der Landkreis muss sich beteiligen und muss sagen, ich gebe meinen Obolus dazu.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Die Bundesumweltstiftung hat mitfinanziert, Sponsoren. Wir haben die Naturstiftung David und die könnte auch mitfinanzieren. Ich möchte noch mal an unseren Minister die Bitte richten, meinen Vorschlag aufzugreifen und noch einmal mit allen, die davon profitieren, zu sprechen. Wenn jeder seinen Beitrag leistet, ist vielleicht in einer relativ kürzeren Zeit dieses Projekt auch machbar. Denn ich möchte nicht, dass wir so ein Beispiel, ein schlechtes Beispiel, das in Mecklenburg-Vorpommern läuft, dort gibt es auch einen Nationalpark, der Jasmund, da muss man kilometerweit vorher sein Auto abstellen, da bezahlst du das erste Mal, aber nicht ein paar Groschen, sondern richtig Geld, und wenn du dann noch oben auf den Felsen willst, dann wirst du noch mal zur Kasse gebeten, um irgendwann mal ein Nationalparkhaus zu bauen. So wollen wir nicht vorgehen, wir wollen das solide machen und auf solide Füße stellen und dann kann man das auch verwirklichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Nationalpark Hainich hat in relativ kurzer Zeit eine gute Entwicklung gehabt, er wird eine gute Zukunft haben. Ich möchte schließen mit einem Satz von Platon: "Die Natur ist ein Brief Gottes an die Menschheit."

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Kummer zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Tasch, ich war bisher leider nur als unechter Tourist im Hainich, wie ich aus Ihren Ausführungen gemerkt habe, weil ich dort nicht übernachtet habe, aber auch ich kann bestätigen, er hat seit seiner Gründung eine sehr positive Entwicklung genommen. Und da ich ja meistens mit dem ÖPNV dorthin unterwegs bin, muss ich auch sagen, dass die Anbindung des Hainich sich sehr gut entwickelt hat. Allerdings, auf ein kleines Problem in dem Zusammenhang möchte ich noch mal hinweisen, da bin ich im Moment nicht so ganz auf dem Laufenden. Ich weiß nicht, die Kremserfahrten durch den Hainich waren ja immer sehr beliebt, wenn ich an das Gesetz zum Reiten im Wald denke, würde mich da natürlich schon mal interessieren, ob es da inzwischen schon eine Reitwegeausweisung gegeben hat.

(Beifall bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Die Regierung arbeitet daran.)

Was ich beim Hainich noch als positive Entwicklung erwähnen möchte - Frau Tasch ist ja auf einiges schon eingegangen -, das sind die entstehenden Laubwälder auf den ehemals unberührten Flächen des Truppenübungsplatzes, die einem auch vor Augen führen, wie schnell die Zeit verrinnt und wie gut diese Entwicklung ist. Aber nicht nur die naturschutzfachliche Bedeutung des Hainich hat zugenommen, auch die touristische Bedeutung. Wir konnten uns im Rahmen eines Besuches durch den Arbeitskreis vor Ort ein Bild machen, z.B. bei dem Rundweg für Behinderte, der sich als eine sehr, sehr gelungene Maßnahme auch dargestellt hat.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte mich meiner Vorrednerin auch noch anschließen, was den Dank an die Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung angeht, sie machen eine sehr gute Arbeit; auch das Konzept der Öffentlichkeitsarbeit ist hier lobend hervorzuheben. Das macht den Hainich auch bekannt.

(Beifall bei der PDS)

Nun aber zur Großen Anfrage: Meine Damen und Herren, einige konkretere Antworten hätte ich mir an der einen oder anderen Stelle schon gewünscht. Einiges war aber so konkret, dass es die Zeit schon eingeholt hatte. Da sind wir schon wieder bei dem Baumkronenerlebnispfad, zu dem Frau Tasch ja vorhin auch schon ein paar Worte gesagt hat, u.a. sucht der Minister noch Mittel dafür. Ich kann Ihnen sagen, wo sie sind, die hat nämlich dieses hohe Haus in den Haushaltsberatungen einfach gestrichen. Gerade dieser Weg hätte wie die vielen anderen touristischen Highlights, die im Vorfeld schon geschaffen worden sind, ein weiteres touristisches Highlight sein können.

In der Großen Anfrage kann man auf der Seite 13 nachlesen, dass touristische Hauptanziehungspunkte im Hainich fehlen, und zwar aufgrund der geografischen Gegebenheiten. Der Nationalpark Hochharz hat nun einmal den Brocken, das zieht die Leute an. Wir müssen im Hainich diese Anziehungspunkte künstlich schaffen, ist der Großen Anfrage zu entnehmen. Da steht eben drin, das sind Anziehungspunkte, wie es z.B. ein Nationalparkhaus, auf das wir ja schon ewig warten, sein könnte oder eben wie der Baumkronenerlebnispfad. In der Umgebung des Hainich fehlen z.B. noch größere Hotels für die Aufnahmen von ganzen Reisebusbesatzungen. Da gibt es Unternehmer, die die Hotels dort auch schaffen wollen. Aber ich muss natürlich auch einen Grund dafür schaffen, dass diese Reisebusse hinfahren. Ohne Attraktionen werden die nicht kommen.

(Beifall bei der PDS)

Es ist auch ein positiver Trend bei der Hotelauslastung zu verzeichnen, kann man der Großen Anfrage entnehmen, 30 Prozent über dem Landesdurchschnitt, und meine Kollegin hat ja vorhin schon gesagt, der Hainich ist eigentlich keine typische Tourismusregion. Diese hohe Auslastung, die sehr, sehr positiv ist, die muss eben gehalten werden, und das gerade durch Projekte wie den Baumkronenerlebnispfad. Was jetzt den volkswirtschaftlichen Nutzen von solchen Projekten angeht, meine Damen und Herren, der Anfrage ist zu entnehmen, dass die touristische Nutzung des Nationalparks seit 1998 2,4 Mio. € volkswirtschaftlichen Nutzen mit sich gebracht hat. Das sind also 500.000 € im Jahr - Tendenz im Moment mit Sicherheit steigend.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Da sollten 300.000 € für touristische Maßnahmen, um das weiter anzukurbeln, meiner Ansicht nach durchaus drin sein.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch noch auf einen Zeitungsartikel aus der "Thüringer Allgemeinen" im Unstrut-Hainich-Kreis eingehen, wo der Landrat Zanker eine Darstellung vorgenommen hat. Ich möchte diesen Zeitungsartikel zitieren: "Es hätten sich viele schon Gedanken gemacht, was sie tun könnten, wenn der Baumkronenerlebnispfad als zusätzliche Attraktion endlich da ist. Da hängen nicht nur die 300.000 € dran, die wir vom Land brauchen, sondern auch Folgeinvestitionen, Arbeitsplätze", sagte der Behördenchef.

Herr Kretschmer, wenn Sie so darauf drängen, kann ich das Zitat zu Ihrer Person natürlich auch noch vorbringen. Herr Kretschmer hat im Zusammenhang mit der verschobenen Errichtung des Baumkronenerlebnispfades im Hainich von Krokodilstränen gesprochen, die absolut unangebracht seien.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: So ging es aber nicht weiter. Das war eine andere Stelle, die Sie jetzt genommen haben, Sie sollten fortlesen.)

Ich kann mir doch wohl die Stelle aussuchen, die ich zitiere, oder? Sie können ja nachher noch andere Beiträge aus dem Artikel bringen.

(Heiterkeit im Hause)

Auf diese anderen Auswirkungen von touristischen Anziehungspunkten möchte ich noch ganz kurz eingehen. Da ist z.B. das Projekt "Hainich-köstlich" und die angeknüpfte Vermarktungsstrategie eben gerade für Produkte aus der Region, die an den Nationalpark angehängt werden und ein gelungenes gesamtes Vermarktungskonzept darstellen. Da sollte man als Wirtschaftspolitiker doch eigentlich dahinter stehen und sagen, wir müssen alles tun, dass wir diese Entwicklung ankurbeln.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Jetzt wollen wir einmal von der Wirtschaftspolitik wegkommen, kurz etwas zum Tier- und Pflanzenbestand: Es sind hier rund 10.000 Arten nachgewiesen worden und das ist natürlich eine phantastische Zahl. Ich muss auch sagen, ich bin sehr dankbar, dass der Aufwand betrieben wurde, sich überhaupt einmal so intensiv damit zu beschäftigen, welches Arteninventar ist denn überhaupt in unserer Landschaft vorhanden. Ich hoffe, dass wir durch die weiteren Beprobungen auch feststellen werden, wie sich dieses Inventar durch die Unterschutzstellung des Nationalparks in Zukunft entwickeln wird.

Im Rahmen der Beschäftigung mit der Wildkatzenpopulation im Hainich hat die Große Anfrage die Notwendigkeit betont, dass ein Biotopverbund geschaffen werden muss, weil der Hainich allein zu klein ist, um eben solche Raubwildarten entsprechend zu beherbergen. Hier ist z.B. gesagt worden, der Thüringer Wald sollte angebunden werden. Allerdings, allein durch Erstaufforstungsprojekte der Landesforstverwaltung werden wir das nicht schaffen. Da sind einige Straßen zwischen dem Hainich und dem Thüringer Wald, die, wie wir wissen, von Wildkatzen nicht überquert werden. Hier sind Entscheidungen notwendig. Ein Entscheidungsprojekt vermisste ich. Grünbrücken oder Untertunnelung von Straßen werden hier sicherlich notwendig sein, um der Wildkatze den Weg in den Thüringer Wald zu ebnet.

Man könnte so etwas z.B. im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchführen, allerdings werden ja hier zurzeit immer noch Flächenübertragungen als Sammelersatzmaßnahmen durchgeführt. Diese Maßnahmen bringen keinerlei Fortschritt für die Natur. Sie verhindern, dass Probleme wie dieser Biotopverbund in Angriff genommen werden.

Wenn in der Anfrage hier argumentiert wird, dass mehr Totholz durch diese Sammelersatzmaßnahme in der Schutzzone 1 geschaffen würde. Meine Damen und Herren, nach dem Nationalparkgesetz darf keiner Totholz aus der Schutzzone 1 entnehmen. Auch der Bund darf das nicht, weil nach Artikel 20 a des Grundgesetzes auch er zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet ist. Nach § 6 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes sind Behörden des Bundes verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes entsprechend durchzusetzen.

Da sind wir dann schon bei der nächsten problematischen Frage, bei der Frage des Flächentauschs. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, nun sagen Sie mir doch einmal, wozu wollen Sie 2.608 ha Landeswald, die Sie zum Tausch schon rausgesucht haben, gegen Bundesflächen im Hainich tauschen? Da gibt es überhaupt keine Veranlassung dazu. Der Bund hat sich genau wie das Land um die Grundsätze des Naturschutzes zu kümmern. Dem Bund steht es auch nicht zu, an uns Entschädigungsan-

sprüche zu stellen. Ich habe dazu ein Gutachten vom Wissenschaftlichen Dienst dieses Hauses anfertigen lassen -

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Oh, schön.)

damit wir auch sicher sein können - und ich möchte aus dem Ergebnis dieses Gutachtens zitieren: "Die Bundesrepublik Deutschland kann gegenüber dem Freistaat Thüringen wegen der Waldbewirtschaftungsbeschränkung auf den bundeseigenen Waldflächen in der Schutzzone 2 des Nationalparks Hainich keine Schadensersatzansprüche (etwa für entgangene Gewinne) geltend machen. Darüber hinaus scheiden auch Entschädigungsansprüche gegenüber dem Freistaat Thüringen aus."

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Na, das ist aber deutlich.)

Das sind deutliche Worte. Da weiß ich nicht, warum wir hier Landeseigentum verschleudern wollen, das wir wirtschaftlich nutzen wollen, gerade in einer Situation knapper Kassen, wo wir den Baumkronenerlebnispfad streichen mussten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie das mit dem Flächentausch sein, nutzen Sie den Wirtschaftswald ordentlich, schaffen Sie Einnahmen und tun Sie damit etwas für den Tourismus und den Nationalpark Hainich. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klaus zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Ich fange jetzt nicht mit dem Baumkronenerlebnispfad an, sondern als Erstes, Frau Tasch, wenn ich Ihre Worte hier höre, dann tut es mir richtig Leid, dass Sie in der 2. Legislaturperiode noch nicht hier gewesen sind, zumindest zu Anfang nicht, wo wir hier hart darum gerungen haben, diesen Nationalpark einzurichten. Aber, ich denke, auch in der heutigen Zeit wären wir von der SPD Ihnen wirklich sehr verbunden, wenn Sie mit dem Kollegen Kretschmer hin und wieder dort mal eine Wanderung unternehmen könnten, um ihm einfach zu zeigen, welches tolle, nicht nur Naturpotenzial, sondern auch Wirtschaftspotenzial da liegt.

Ja, Herr Kretschmer, was Sie dort in der Lokalpresse sagen - ich will es jetzt nicht noch mal zitieren -, das ist einfach nur noch peinlich für einen lokalen Abgeordneten. Das muss hier auch mal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Frau Tasch hätte vielleicht auch gerne dazu beigetragen, dass unser Umwelt- und Landwirtschaftsminister, Herr Sklenar, nicht erst mit dem Ministerpräsidenten in den Bayerischen Wald musste, um seinem Herzen endgültig einen Stoß zu geben und den Nationalpark einzurichten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Das hätten wir dann vielleicht auch gemeinsam ein bisschen schneller geschafft.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist wohl wahr!)

Nationalparkgründung - das Ziel ist Prozessschutz und, ich glaube, das ist nach wie vor noch nicht in allen Köpfen angekommen, sowohl bei denen, die eher die wirtschaftliche Seite sehen, als auch bei denen, die das Naturinventar als solches sehen. 10.000 Arten - das ist ein Signal dafür, dass sich Natur entfaltet, aber wichtig ist, den Prozess als solchen zu beobachten. Ich will noch darauf verweisen, dass die Gründung mit sehr viel Skepsis auch in der Region verbunden war. Wenn man heute vor Ort ist, merkt man, dass der Nationalpark in den letzten Jahren sehr stark an Akzeptanz gewonnen hat, ja ganze Familienbetriebe inzwischen darauf ihre Existenz gründen. Ich möchte auch an dieser Stelle den Mitarbeitern in der Nationalparkverwaltung Dank aussprechen dafür, dass sie mit hohem Engagement die Öffentlichkeit informieren und immer wieder vor Ort, trotz der wenigen Stellen, die sie haben, Konzepte und Ideen entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Das ist bestimmt nicht leicht, auch unter dem Gesichtspunkt der knappen Haushaltsmittel. Der Hainich ist ein Beispiel dafür, wie in der Vergangenheit Schlimmes, wie eben diese Sperregebiete, heute einen positiven Effekt entfaltet. Leute, die z.B. in Weberstedt oder in Kammerforst hart darunter gelitten haben, dass ihr Wald für sie nicht zu nutzen, nicht zu betreten war, sagen, heute ist es unser wertvollstes Gut, was wir haben, und unterstützen das Konzept der SPD-Fraktion, das auf einen kurzen Nenner gebracht lautet: Natur schützen und Arbeit schaffen.

Nun zum Punkt "Natur schützen": Inzwischen ist es so, dass jährlich steigende Pilgerströme dorthin kommen und der Nationalpark deutlich über die Grenzen Thüringens hinaus bekannt ist. Frau Tasch hatte schon etwas zur Verteilung gesagt. Wir müssen alle weiter daran arbeiten, dass die Bekanntheit des Nationalparks noch größer wird.

Unter dem Punkt 1 "Konzepte und Pläne zum Schutz und zur Entwicklung der Region" sind in der Großen Anfrage sehr viele gute Ideen formuliert, u.a. zur Pädagogik, zur Dorfentwicklung und zum Tourismus, aber auch Widersprüche. Wenn es da formuliert heißt: "der Pflege- und Entwicklungsplan, die Erhaltung und Entwicklung großflächig ungestörter Laubwälder, die einer natürlichen Dy-

namik unterliegen ...", und dann fortgeführt wird: "Um dieses Ziel zu erreichen, sind in den Laubholzbeständen lenkende Maßnahmen in geringem Umfang erforderlich.", da kann ich nur sagen, wer so etwas schreibt, hat Prozessschutz nicht verstanden. Das widerspricht sich. Wir wollen ja gerade beobachten, wie sich die Entwicklung dort gestaltet. Ich sage ausdrücklich, dass es zum Glück das Bundestagsmoratorium gibt, seitdem dieser Laubholzeinschlag nicht mehr stattfindet.

Zum Zweiten - zur Abgrenzung der einzelnen Schutzzonen und Erweiterung des Nationalparks: Wenn dort steht, in der Schutzzone 2 Nadelholzbestände durch flankierende Waldbaumaßnahmen zu naturnahen Waldflächen zu entwickeln - man kann sicher geteilter Meinung sein, ob das zwingend wäre - sowie den Schäfereibetrieben weiterhin aus betrieblichen Gründen dringend benötigte Weideflächen zur Verfügung zu stellen, hätte ich mir gewünscht, dass auch etwas zur Perspektive dieser Betriebe gesagt wird. Weiter, und das müssen wir als ganz falsch bezeichnen, steht hier: "Die Schutzzone 2 bietet zurzeit besonders geschützten Arten Lebensraum, die von ihrem Lebensraum her in ungestörten Laubwäldern nicht vorkommen würden." Dieser Satz widerspricht eindeutig unserem Nationalparkgesetz, wo drinsteht, dass ein Prozessschutz stattfinden soll und eben nicht eine bestimmte einzelne Art oder mehrere geschützt werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dann so absolutistisch formuliert wird, dass das alles gut ist mit der Schutzzone 1 und 2, und wir es auch sehr begrüßenswert finden, dass - unter 3 ist das dann genannt - das Ministerium ein Bio-ND-Forschungsprojekt zur Wildkatze unterstützen will, ist es ein bisschen eigenartig, wenn also oben steht, das ist alles vollkommen in Ordnung, und weiter unten ausgeführt wird, dass auch das Ministerium erkannt hat, die grünen Brücken nach Süden und Osten fehlen. Ja, das ist eine einfache Zustandsbeschreibung. Daraus muss doch etwas resultieren oder eine Handlungsoption aufgemacht werden.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Dass das nicht alles sofort und gleich geht, das weiß jeder, aber, wie gesagt, das Feststellen ist nicht ausreichend. Ein Problem wird auch hier in der Großen Anfrage beim Tier- und Pflanzenbestand benannt, das ist der Verbiss durch Wild. Da ich nicht weiß, ob diese Große Anfrage, wie wir das als Fraktion gerne möchten, an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt überwiesen wird, muss ich also zu diesen Fragen hier auch etwas sagen. Also besser wäre es, das im Detail im Ausschuss zu beraten. Wie wird denn kontrolliert, dass die Jagd den Nationalparkzielen entspricht? Es gibt immer wieder Klagen von vor Ort, dass Reh- und Dammwildbestände zu hoch sind und nachhaltig dort insbesondere wertvolle Laubbäume durch Verbiss geschädigt werden. Also, wie wird das kontrolliert, gibt es da nicht Möglichkeiten, um dort mal fest-

zumachen, was genau dort passieren muss?

Insgesamt kann man sagen, die Natur hat sich positiv entwickelt. Die Nationalparkausweisung hat einen Schutzstatus geschaffen, der diesem einmaligen Kleinod zugute kommt.

Jetzt kommen wir zu den weniger angenehmen Teilen, zu Punkt 4 - Ausgleichsmaßnahmen im Hainich. Das ist eines der Trauerspiele in Thüringen. Dort steht: "Gegenstand der Sammelersatzmaßnahme ist die Entwicklung strukturreicher naturnaher Laubwälder über die Umtriebszeit hinaus unter Nutzung des vorhandenen Potenzials." Da kann ich nur sagen, das ist ja wohl ein Witz, diese Entwicklung hätte in jedem Falle stattgefunden, egal wem diese Flächen gehören. Und da kann ich nur sagen, hier sind mutwillig 15 Mio. DM für Naturschutz in Thüringen verschleudert worden - eine unverantwortliche Maßnahme -

(Beifall bei der SPD)

indem diese Sammelersatzmaßnahme gemacht wurde und so der standortferne Ausgleich in Misskredit geraten ist. Wir haben das ursprünglich gewollt, um vernünftige Projekte für den Naturschutz zu machen. Es ist genutzt worden, um dem Naturschutz Geld zu entziehen. Das muss man hier ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage der Altlastensanierung: Hier sind anfänglich Schwierigkeiten gewesen. Wir wissen alle noch, dass durch die schwere Technik dort Probleme auftraten. 1998 und 1999 ist hier vorbildliche Arbeit geleistet worden, 300 der insgesamt 550 eingestufteten Hektar sind geschafft worden. Hier erhebt sich natürlich die Frage nach dem Zeitplan. Natürlich ist nicht alles sofort und gleich zu schaffen, aber wie mir von vor Ort versichert wurde, ist seit 1999 nichts mehr passiert. Also, was ist dort vorgesehen?

Zum Flächentausch von Bund und Land werden wir sicher im Ausschuss noch reden. Wir sehen das etwas anders als die PDS-Fraktion. Ich denke, hier wäre auch eine Chance, mehr Gestaltung noch in den jetzt vorhandenen Nationalpark hineinzubringen.

Nun zum Punkt 8 - Maßnahmen zur Entwicklung des Tourismus im Hainich: Damit kommen wir auch zum 2. Punkt des SPD-Konzepts "Natur schützen, Arbeit schaffen". Da sieht es natürlich weit trüber aus als bei der Frage "Natur schützen". Seite 13 bescheinigt, touristische Anziehungspunkte fehlen. Dann werden viele gute Ideen entwickelt, was man denn alles tun könnte, um diesem Defizit abzuhelpfen. Ich kann mich gut an die Debatten erinnern, ja, das Nationalparkhaus im Bayerischen Wald, das hat alles ganz lange gedauert. Wir sind jetzt im Jahre 6 der Nationalparkgründung. Ich erlaube mir einfach mal darauf hinzuweisen, dass es ja noch nicht mal eine Planung oder eine Zukunftsvision für so ein Haus gibt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Dass es heute noch nicht stehen würde, da sind wir uns alle einig.

Was ist mit dem Tierfreigehege, wie geht es voran mit anderen Investitionen, und als letztes Glorreiches, was uns immer wieder erzählt wurde, ja, das machen wir wenigstens im Hainich, das war der Baumkronenerlebnispfad.

(Beifall bei der SPD)

Und den Baumkronenerlebnispfad, auf den jetzt viele schon voller Spannung warten,

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Erkläre ihn mal bitte!)

wird man wahrscheinlich in nächster Zeit in Thüringen nicht erleben können, sondern eher im Pfälzer Wald, wo man dabei ist, uns auf diesem Gebiet zu überrunden. Dieser ist nur der letzten Kürzungsrunde zum Doppelhaushalt zum Opfer gefallen und damit aus unserer Sicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden. Also das, was so als Letztes übrig blieb, und nicht etwa irgendwas Überflüssiges, was unter vielen Dingen nun leider gestrichen werden musste, ist weg.

(Beifall bei der SPD)

Die Besucherzahlen, meine Damen und Herren, erfahren eine positive Entwicklung. Wenn auch diese Zahlen mit Wenn und Aber behaftet sind, kann man im Schnitt von 25 Prozent Steigerung pro Jahr ausgehen. Auch die Auslastung der Hotels, 30 Prozent über dem Landesdurchschnitt, ich denke, das kann sich sehen lassen. Es gibt viele gute Ideen aus der Region und die Gemeinden bringen sich aktiv ein, um aus diesem Naturkleinod das Beste zu machen. Was tut nun die Landesregierung? Tja, da kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass der Nationalpark nach wie vor das Stiefkind der Landesregierung ist. Es gibt keine Planung für ein Nationalparkhaus, es gibt keine Planung für andere Attraktionen. Alles, was geschieht, ist Initiative vor Ort. Ausnehmen möchte ich ausdrücklich die sieben Mitarbeiter der Nationalparkverwaltung, die mit viel Engagement mit ihren Mitteln und Möglichkeiten das Beste aus dieser sehr schwierigen Situation machen. Die Leute vor Ort, und Sie wollen ja private Investoren, die kommen doch nur, wenn sie merken, dass die Landesregierung hinter diesem Projekt steht und sie nicht in der Gefahr stehen, dass ihr schwer erwirtschaftetes Geld letztendlich in einer Maßnahme versackt, die nicht gewollt ist.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Ja, das musste noch kommen. Beifall.)

Infrastrukturentwicklung, das ist in jedem Lande so, ist nun mal die Sache des Landes. Es wäre wesentlich gescheiter gewesen, bevor wir hier flächendeckend Spaßbadnetze schaffen, dort ein Verkehrsnetz aufzubauen. Das wäre gut gewesen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Im Übrigen würde es auch den Bädern der Region gut tun, denn wenn man zwei, drei Tage gewandert ist, freut man sich auch, wenn man solche Angebote der Region nutzen kann.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Weberstedt hat ein schönes Bad.)

Eben, ich weiß. Ich habe auch gehört, in Mühlhausen soll das Angebot sehr gut sein. Wie gesagt, wir haben guten Grund, Touristen in diese Region zu bringen. Ganz abstrus wird es unter dem Punkt 8.6, wo von angepassten Zeiträumen die Rede ist.

Meine Damen und Herren, ich hätte es begrüßt, wenn uns die Landesregierung erläutert hätte, was hier angepasst ist. Heißt das, es geht ziemlich schnell oder ist eher an Sankt-Nimmerleins-Tag gedacht? Unter 8.8 steht: "In Abhängigkeit" - und das ist so ein wunderbarer Satz, den kann ich Ihnen nicht ersparen - "der jeweiligen Rahmenbedingungen und Restriktionen misst die Landesregierung einer zeitlich angemessenen Realisierung der weiter oben genannten Projekte hohe Priorität zu."

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Jawohl.)

Dafür kann sich wohl keiner etwas kaufen. Ein wunderschöner Satz, aber ohne jegliche politische Bedeutung. Sankt Nimmerlein lässt grüßen.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen Widerspruch will ich noch hinweisen, was die IUCN-Anerkennung betrifft. Da schreibt die Landesregierung zuerst, ist "von untergeordneter Bedeutung". Kurze Zeit danach heißt es, es "hat einen Prädikatscharakter" und würde "national wie international das Ansehen des Nationalparks Hainich weiter erhöhen." Vorher hat sie erst einmal geschrieben, sie weiß nicht, was nun mit diesem Prädikat ist. Was ist denn nun? Das ist ja ein Widerspruch in sich. Ist es wichtig für den Nationalpark? Dann müssen wir uns darum kümmern, dass diese Anerkennung kommt. Gibt es dieses Bemühen oder gibt es das nicht, weil man das für obsolet hält?

Nun zur Frage "Mitwirkung von Gemeinden und Gemeindeverbänden und Vereinen": Gemeinde, Gemeindeverbände, Landkreise, Vereine, das ist die Stütze des Nationalparks vor Ort. Das muss man ganz deutlich sagen. Ich bedauere es sehr, dass die Landesregierung sie nach wie vor jämmerlich im Stich lässt. Ein Schub für die Ar-

beitsplätze könnte aus der Entwicklung der Infrastruktur vor Ort resultieren. Spaßbadnetze sind nicht das, was wir brauchen, wir brauchen Vernetzung in der Region. Warum der regionale Förderverein nach wie vor, weil offensichtlich die falschen Leute ihn gegründet haben, von der Landesregierung ausgegrenzt wird, das dürfte für keinen Außenstehenden nachvollziehbar sein.

(Beifall bei der SPD)

Initiative vor Ort wird im günstigsten Fall geduldet, im schlimmsten sozusagen als ungewollt abgetan.

Fazit der ganzen Sache: Die Naturentwicklung im Nationalpark ist nach wie vor auch international Spitze. Die Ideen vor Ort - es gibt jede Menge davon - sollten endlich in die Umsetzung treten. Die Initiativen vor Ort werden von uns als SPD ausdrücklich unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung sollte sich endlich zum Nationalpark bekennen und selber ihren eigenen Beitrag leisten. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kretschmer, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich bin meiner Kollegin Christina Tasch dankbar, dass sie ein so lebhaftes und gutes Bild der Entwicklung des Nationalparks gezeichnet hat. Ich will auch nachdrücklich sagen, dass ich mich mit diesem Dank identifiziere und mich auch nicht vom Saulus zum Paulus gewandelt habe, sondern ich spreche jetzt noch einige Dinge in meinem eigenen Namen als Betroffener an, der hier ja auch schon mehrmals von einigen zitiert worden ist - ja, auf besonderen Wunsch.

Frau Kollegin Klaus, manchmal habe ich den Eindruck bei Ihren Ausführungen, dass Ihnen da der Sinn für die Realität im Unstrut-Hainich-Kreis total verloren gegangen ist. Wissen Sie, was mich zu dieser Äußerung, die muss man ja auch komplett vortragen, provoziert hat, ist, dass wir im Unstrut-Hainich-Kreis zum Nationalpark offensichtlich ein Provinztheater durchführen. Unabhängig von dem großen Erfolg, den Frau Kollegin Tasch geschildert hat, sage ich auch mal was zur Vorgeschichte der 2. Legislatur, denn so en passant sagen, wie es hier geschildert war, ging das ja gar nicht. Aber das Provinztheater sieht so aus, dass ein Landrat, der in seiner Kasse kein Geld hat, Erfolge sucht. Das hat auch, liebe Christina Tasch, das Problem, wenn er kein Geld hat, kann er auch nichts zum Nationalparkhaus beisteuern. Das ist das Problem, dass er kein Geld hat.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das muss man feststellen.)

(Unruhe bei der SPD)

Alles klar? Er hat kein Geld hat, aber nur Wünsche. Wenn er seine Wünsche erfüllt sieht, dann ist er derjenige, der es für sich verkauft und für die Region verkauft, und wenn die Wünsche nicht funktionieren, dann ist es die schlechte Landesregierung, dann sind es die vier CDU-Landtagsabgeordneten. Das ist das - ja, Leute, das sage ich Ihnen auch gleich noch, wie das kommt.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Die Bundesregierung ist an allem Schuld.)

(Unruhe bei der PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Auch die Landesregierung war dran.)

Ich habe gewusst, wohin das läuft. Es ist schlimm, Wahrheit tut weh. Ich weiß das, deshalb müsst ihr euch nicht so erregen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aber bei dem Landrat genau dasselbe. Er kann das auch nicht hören, deshalb kommen diese unmäßigen Reaktionen, aus denen Herr Kummer zum Teil zitiert hat, "Hoffnung nicht zerreden lassen". Wissen Sie, Hoffnung ist für mich im Unstrut-Hainich-Kreis zunächst Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung. Das ist eigentlich der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kummer, deshalb war ich so etwas enttäuscht, dass Sie das Zitat, was Sie mit den 300.000 € und Folgeinvestitionen und Arbeitsplätze begonnen hatten, nicht weitergeführt haben, denn dort steht nun - das hat Landrat Zanker behauptet, nicht ich -, Kretschmer habe schon die Gründung des Nationalparks zu verhindern versucht, und argumentiert, dass er der Wirtschaft nicht nütze. Jetzt kommt wieder: "Alles Quatsch", sagt der Landrat, "schließlich hat sich in Bad Langensalza ORBET angesiedelt und die Hainich-Konserven werben mit dem Namen", führt er an. Wenn alles Quatsch ist, sehe ich zunächst mal, es ist Quatsch, was er sagt, dass ich versucht habe, den Nationalpark zu verhindern. Der Blick in die 2. Legislaturperiode lehrt uns doch Folgendes: Es waren an sich schon fast verrückte Vorstellungen, die insbesondere, Frau Becker, aus Ihrer Fraktion kamen, die ein riesiges Gebiet unter Total-schutz stellen wollte, einschließlich des Mühlhäuser Stadtwaldes. Lesen Sie das alles noch mal nach.

Zum Zweiten: Das war ja schon fast irrsinnig, dass Sie die Plenterwälder unter Schutz stellen wollten. Wir mussten Ihnen ja erst einmal beibringen, dass Plenterwald Kulturwald ist und dass die Baumgenossenschaften mit dieser

Pflege der Plenterwälder eigentlich das Wertvolle dieses Nationalparks gebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Vergessen Sie das mal nicht, dass genau das die Leistungen meiner Kolleginnen und Kollegen der Fraktion waren und des Landwirtschafts- und Umweltministers, dass wir das in eine realistische Dimension gebracht haben, die die Natur, die Landschaft und auch der Kreis vertragen kann. Ich will noch mal sagen, die Missachtung von Eigentumsrechten, die will ich auch nicht unter den Tisch kehren, die damals stattfinden sollte.

(Beifall bei der CDU)

Nun mache ich aus meiner Leidenschaft für Wirtschaftspolitik keinen Hehl. Ich habe schon immer gesagt, es ist eigentlich für die arme Region die falsche Schwerpunktsetzung. Es muss zunächst auch etwas für die Wirtschaft getan werden, ehe man sich ausschließlich auf den Nationalpark bezieht.

(Beifall Abg. Althaus, CDU)

Jetzt kommt das, was Herr Zanker offensichtlich nun so toll findet, die zwei Firmen, die er genannt hat. ORBET - ich muss vielleicht für diejenigen sagen -, ist eine Automobilzulieferfirma, die Leichtmetallfelgen herstellen wird. Das ist gut, dass sie sich angesiedelt hat, aber Sie sollten vielleicht mal den Chef und Geschäftsführer fragen - ein nicht unbekannter Mensch hier im Landtag -, der hat das nicht wegen dem Nationalpark gemacht, sonst würden die Felgen ja "Nationalparkfelgen" heißen, wenn ich das so richtig sehe, sondern er hat es gemacht, weil der Standort gut ist und weil die Förderung des Freistaats exzellent ist -

(Beifall bei der CDU)

das sind Gelder aus der Gemeinschaftsaufgabe - und weil die Leute in Bad Langensalza und Umgebung arbeitswillig und fachkompetent sind, diese Aufgaben zu erledigen. Das nächste ist Hainich-Konserve. Ich kann mich schon fast kaputt lachen, was der Landrat über die Hainich-Konserve sagt. Hainich ist der Gebirgszug, der schon immer da war, und die Konserve wurde schon immer produziert.

Nur, meine Damen und Herren, wenn Sie die Meldung mal mitverfolgen, Hainich-Konserve ist im Augenblick in der Öffentlichkeit, weil sie ein Pflaumenmus herstellt, über dessen Namen sie gerade streitet, aber nicht, weil das Pflaumenmus "Nationalpark Hainichmus" heißen soll, sondern weil es "Mühlhäuser" heißen soll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Man muss doch mal die Sache wieder ein bisschen gerade rücken. Meine Kritik hat sich im Grunde genommen nur

daran entzündet und jetzt schließt sich der Kreis wieder, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, wir haben im letzten Haushalt eine Mindereinnahme von 1 Mrd. DM gehabt. Ich weiß gar nicht, Herr Kummer war es, glaube ich, der vorgetragen hat, dass sie heute früh eine Sondersitzung zu Landwirtschaft hatten.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Herr Dr. Botz war es.)

Dr. Botz, ja, gut, das ist ja ehrenwert, dass Sie darauf hinweisen. Wir haben doch denselben Missstand auch im Einzelplan des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur. Das muss man doch mal sagen dürfen. Es sind 30 Mio. € in der Gemeinschaftsaufgabe nicht belegt, 30 Mio. € Komplementärmittel des Bundes, dazu 60 Mio. €, die uns in der Wirtschaftsförderung fehlen. Die Kollegen der Opposition haben zu Recht im Haushalt gezeigt, dass wir für die Finanzierung des Defizitausgleichs im öffentlichen Personennahverkehr 25 Mio. aus investiven Titeln hinüberstrecken. Die fehlen uns für Arbeitsplatzschaffung und 10 Mio. € waren angedroht in der Kürzung des Straßenbaus. Das ist Infrastruktur, die uns fehlt, die wir noch verhindern konnten, meine Damen und Herren. Diesen Blickwinkel, das will ich nur mal sagen, sind 300.000 € für den Erlebnispfad, den Sie jetzt einfordern. Meines Erachtens wirklich eine Frage, die man verschieben kann. Ich bin darauf gespannt und ich habe mich darauf gefreut, dass der Herr Minister Schuster und Herr Minister Dr. Sklenar gesagt haben, wir finden einen Weg, umso besser. Ich habe auch einen Weg aufgezeichnet. Wenn Herr Landrat Zanker sagt, ich bekomme 100.000 Besucher, das hat er gesagt zu einem Empfang, und ich nehme von jedem Besucher 1 €, dann habe ich in drei Jahren den Weg refinanziert. Man muss es eben nur machen wollen, meine Damen und Herren. Aber wenn ich sehe, dass beide Herren sagen, sie würden eine Lösung finden, dann habe ich ein hohes Interesse daran. Ich bin aber etwas unruhig, weil im Plan des Ministers für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt garantiert auch gefragt wird: Wie bezahle ich denn die Hochwasserschäden? Wie bezahle ich denn die von Ihnen eingeforderten zusätzlichen Maßnahmen im Gewässerschutz zweiter Ordnung, meine Damen und Herren? Ich brauche doch nicht nach Leubingen zu gehen oder an andere Standorte und sagen, es ist zwar schlimm mit eurem Hochwasser, aber ihr bekommt nichts, denn wir machen den Baumkronenerlebnispfad, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: ... gegeneinander aufhetzen.)

Nur um diese Relation ging es, meine liebe Frau Kollegin Becker. Ihr habt durch euer Provinztheater eine Stimmung geschürt, die darauf hinführt, als ob nur noch der Nationalpark Hainich für den Unstrut-Hainich-Kreis entscheidend wird, meine Damen und Herren. Dann benennt den Kreis in Nationalpark-Hainich-Kreis um, nicht mehr Unstrut-Hainich-Kreis. Nein, die Leute wollen wissen, was

passiert mit Straßen, was passiert mit Autobahnen, was passiert mit Schienen, was passiert mit wirtschaftlicher Ansiedlung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das habe ich als meine Pflicht empfunden, dass auch einmal, nachdem Sie, Frau Becker, in unserer Regionalpresse dieses Feuer angezündet haben, indem Sie mit Redeprotokollen aus der Beratung des Plenums versucht haben, dieses Feuer ein bisschen mit zu bedienen, das ist eigentlich der Punkt, den ich hier bemerke, meine Damen und Herren, also die Verhältnismäßigkeit. Ich freue mich über den guten Erfolg, insbesondere dass sich die Leute vom Nationalpark Hainich eben auch wirtschaftliche Zukunft versprechen. Das gibt es. Der Landrat hat einmal damit getönt, da kommen 1.500 Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Ich habe sie nicht gesehen, es sind zusätzliche Arbeitsplätze, aber durch Anstrengung. Der Landrat beklagt, dass er das Geld nicht bekommt, weil er den Leuten Mut machen will. Er soll doch den Leuten Mut machen, aber doch nicht ständig immer nur die Landesmittel herbeischreien, sondern da muss auch ein bisschen Eigeninitiative kommen. Ende meiner Ausführungen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Dr. Sklenar zu Wort gemeldet.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, fünf Jahre Nationalpark Hainich, ich denke, die fünf Jahre können sich sehen lassen. Es ist aufgezeigt worden, was unter den Bedingungen, was unter den Möglichkeiten und Voraussetzungen, die wir hatten, getan worden ist. Ich bin sehr froh darüber, dass sich Initiativen innerhalb und um den Hainich herum gegründet haben, die eigenverantwortlich die Dinge in die Hand nehmen und

(Beifall Abg. Kretschmer, CDU)

die sagen, wir warten eben nicht auf das Geld vom Land, sondern wir wissen, dass wir mit dem Hainich ein Pfund in der Hand haben, mit dem wir wuchern können und wo ganz einfach von unserer Seite aus private Initiativen gefordert sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, erinnern Sie sich bitte an meine Worte, die ich damals zur Gründung des Nationalparks gesagt habe, dass wir sicher nur sehr wenige finanzielle Mittel bereitstellen können, um hier die touristischen Highlights, von denen ja hier vielerorts gesprochen worden ist, auch dementsprechend in Szene zu setzen. Natürlich wäre es mir auch lieber, ich hätte mehr finanzielle Mittel oder jeder von uns hätte sicher gerne für das eine oder andere Projekt mehr Mittel zur

Verfügung und könnte dann hingehen und könnte sagen, bitte schön liebe Leute, hier habt ihr Geld, nun macht etwas daraus.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Das ist scheinheilig.)

Ich denke, der andere Weg, wenn das von unten heraus wächst, wenn das aus der Region kommt, ist das dauerhafter, ist das günstiger. Das ist nicht scheinheilig, Herr Buse, nein.

(Zwischenruf Abg. Buse, PDS: Doch.)

Das ist die Wahrheit. Alles, was Sie den Leuten vor die Nase setzen, ist in fünf Minuten wieder vergessen. Dann kommt der Schrei nach noch mehr Geld und noch mehr Geld und das haben wir nicht. Begreifen Sie das doch nur endlich einmal.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Quatsch ist das.)

"Scheinheilig" zu nennen, merke ich, wes Geistes Kind Sie sind in dieser Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Die Frau Dr. Klaus hat es sehr richtig gesagt, der Sinn und Zweck des Nationalparks ist der Prozessschutz. Darum ging es von Anfang an. Man hat uns den Nationalpark damit schmackhaft gemacht, dass das der größte zusammenhängende Laubwald, also Buchenwald, ist, den es in Mitteleuropa noch gibt und den es gilt zu schützen. Das ist richtig. Wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat in den letzten Jahren, ist das auch gut so, dass wir das so gemacht haben. Nun gibt es dabei ein Problem, das der Herr Kummer hier angesprochen hat. Herr Kummer, ich wundere mich etwas, dass Sie die Frage des Eigentums angesprochen haben. Ich habe von Anfang an gesagt und von Anfang an darum geworben, dem Bund nicht das Feld zu überlassen, dass der Bund auch Aufgaben im Naturschutz hat. Da haben auch Sie leicht darüber gelächelt und haben, wie andere auch, die Forderung aufgemacht, das geht nicht, das Land muss in das Eigentum. Nach § 17 unseres Nationalparkgesetzes ist das auch so verankert, dass das Land Eigentümer dieser Flächen sein soll. Ich bin sehr froh darüber, dass wir inzwischen eine Lösung mit dem Bund gefunden haben, wie wir die restlichen Flächen des Bundes in Landeseigentum bekommen. Darüber wird noch zu sprechen sein. Über Details kann man im Moment noch nicht reden, weil auch hieran noch gefeilt wird, weil das auch erst durch die Gremien des Bundes durch muss. Es ist zwar allgemeine Zustimmung signalisiert worden, ich hoffe, dass das auch so zum Abschluss kommt.

Was die Großprojekte betrifft, die wir gerne angehen möchten oder die von einigen gern verwirklicht werden möchten - Nationalparkhaus, Baumkronenerlebnispfad, Wildgehege -, sicher wäre das schön, wenn wir es hätten, aber dazu gehört Geld. Die Finanzen haben wir nicht. Was das Nationalparkhaus betrifft, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bayern haben 15 Jahre gebraucht, bis sie das Nationalparkhaus gebaut haben, und dann haben sie es noch nicht einmal nur mit Landesmitteln, sondern auch mit anderen Mitteln gebaut. Ich habe nichts dagegen, wenn sich hier Investoren finden, die das Nationalparkhaus bauen möchten. Es gibt ein Projekt, es gibt eine Studie dazu und die wird auch von unserer Seite aus unterstützt. Das Gleiche trifft auf den Baumkronenerlebnispfad zu. Es wäre sicherlich eine Attraktion. Es wäre schön, wenn wir ihn hätten. Der Bund bzw. die Stiftung hat sich bereit erklärt, mitzufinanzieren, aber wir suchen noch 300.000 €. Ich kann meinem Kollegen Thomas Kretschmer nur Recht geben, es gibt im Moment wichtigere Dinge, die wir finanzieren müssen, wo wir ganz einfach die Gelder im Moment nicht haben. Damit sind aber diese Dinge nicht aus den Augen verloren. Wir werden weiter gemeinsam daran arbeiten, dass es uns gelingt, diesen Baumkronenerlebnispfad auch Wirklichkeit werden zu lassen und, ich denke, es gibt auch berechtigte Hoffnung in dieser Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe gesprochen über die Eigeninitiativen. Herr Kummer, Sie haben auch angesprochen "Hainich köstlich". Ich war vor zwei Jahren auf Rügen im Urlaub. Als wir da in Richtung Küste marschierten, sah ich linker Hand oder rechter Hand ein altes Backsteingehöft, wo sehr viel Betrieb, sehr viel Leben, sehr viele Menschen waren. Da bin ich reingegangen und was war? Es war alles ausgebaut und überall waren die Erzeuger von Produkten vor Ort, hatten dort ihre Stände, haben dort verkauft. Auf meine Frage, wer denn das nun finanziert, wer denn das nun leitet, da kam nicht "das hat das Land uns gestiftet" oder was. Die haben gesagt, wir haben gesehen, dass hier eine Lücke da ist, wir haben einen Verein gegründet und haben dann versucht, mit dem Verein die Mittel, die wir brauchen, aus eigenen Kräften über die Kommunen, über den Kreis, natürlich auch letzten Endes über das Land dann zu bewerkstelligen und haben etwas daraus gemacht. Sie wissen ja selbst, wie die Beispiele in Thüringen geendet haben, wo wir auch mitgefördert haben und wo wir leider, muss ich sagen, nicht den notwendigen Erfolg damit verzeichnen konnten, den ich mir und sicher auch der eine oder der andere von Ihnen dabei gewünscht hätte. Aber hier brauchen wir stärkere Eigeninitiative in dieser Richtung, damit wir da etwas noch stärker machen können. Ich denke, das wird auch noch weiter wachsen und das ist gut so, dass das nicht in eine Hauruckaktion geht, sondern dass das langsam wächst.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu den Kremserfahrten: Also, langsam wird die ganze Geschichte lächerlich. Während in Sachsen jeder Kilometer, der dort beschilbert wird,

zu einem Event wird und von den Tourismusleuten und der reiterlichen Vereinigung mit hochgejubelt wird, ist das in Thüringen ein - na, ich will sagen - Tourismusvernichter. Also irgendetwas stimmt hier nicht bei der ganzen Geschichte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Sachsen hier etwas tun werden, was ihrem Image und ihrem Tourismus schadet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein Wort zu den hier oft angesprochenen Grünbrücken, die fehlende Verbindung zwischen Ost und West. Wir sind sehr froh darüber, dass wir das Wildkatzenprojekt durchgeführt haben, dass wir wissen, dass es Wildkatzen im Hainich gibt, wobei der größere Anteil der Wildkatzenpopulation sicher im Harz und Südharz steckt und weniger im Hainich. Natürlich müssen wir versuchen, und die Aufgabe steht ja nach wie vor vor uns, über die Biotopverbindung hier das eine oder andere noch zu machen. Nur, es ist eben im Moment nicht möglich, 15 km breite Grünbrücken von Norden nach Süden oder von Osten nach Westen anzulegen, um hier den Wildkatzen auch die dementsprechende Ruhe und die dementsprechenden Wandermöglichkeiten in dieser Richtung zu geben. Aber es ist ja noch nicht aller Tage Abend und, ich denke, auch in dieser Richtung kommen wir noch ein ganzes Stück weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir sind in den fünf Jahren mit dem Hainich gut gefahren, wir sind gut vorangekommen, wir haben es nicht übertrieben, der Hainich wird von den Besuchern angenommen und es ist Beachtliches bisher geleistet worden. Das stimmt mich eigentlich für die Zukunft sehr optimistisch. Wir dürfen nur bei der ganzen Entwicklung nie das Augenmaß verlieren und müssen uns stets überlegen, welche Möglichkeiten haben wir und was können wir uns leisten. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wir haben die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Ich schließe Tagesordnungspunkt 14 und rufe Tagesordnungspunkt 15 auf.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Überweisung!)

Ach war das - Entschuldigung. Das ist mir jetzt nicht mitgeteilt worden, ich war ja nicht die ganze Diskussion hier oben. Ich habe also vergessen, über die Ausschussüberweisung abstimmen zu lassen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Richtig!)

Gut, dann werden wir das nachholen. Wer für die Überweisung der Drucksache 3/3064 an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt votieren will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Dieser Überweisungsantrag ist abgelehnt.

Jetzt kann ich den Tagesordnungspunkt schließen und den **Tagesordnungspunkt 15** aufrufen

Fragestunde

Als Erste bitte ich Frau Abgeordnete Wolf ihre Frage zu stellen in Drucksache 3/3037. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Auswirkungen der Umstellung von Preissystem und Fahrplan bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) für Thüringerinnen und Thüringer

Am 15. Dezember 2002 führte die DB AG ein neues Preissystem sowie einen geänderten Fahrplan ein. In diesem Zusammenhang kam es zur so genannten Aufwertung der Mitte-Deutschland-Verbindung sowie der Strecke Frankfurt-Berlin. Diese findet darin Ausdruck, dass bisherige InterRegios ersetzt wurden durch IC. In der Auswirkung ist der Fahrplan (inklusive Fahrzeiten) nahezu unverändert geblieben. Weiterhin sind die eingesetzten Züge identisch mit denen vor dem 15. Dezember 2002. Der einzig wahrnehmbare Unterschied besteht darin, dass nun ein Aufschlag von 3,60 € pro Fahrt erhoben wird. Dies bedeutet beispielsweise für die Strecke Eisenach-Erfurt eine Erhöhung der Kosten um fast 90 Prozent bei Nutzung der alten BahnCard (BC), von Erfurt nach Gotha um 180 Prozent (mit BC). Viele Kunden erleben diese Änderungen als reine Preistreiberei, nicht als Aufwertung. Die von der Bahn vorgeschlagene Alternative der Regional-Expresse ist als solche nicht zu bezeichnen, da die Fahrzeiten für Berufstätige nicht hinnehmbar sind. Dies gilt im besonderen Maße für Menschen mit Familienpflichten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung diesen Fakt?
2. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung um diesen unhaltbaren Zustand zu ändern?
3. Wie beurteilt die Landesregierung, dass gerade Pendlerinnen/Pendler, welche nicht täglich diese Strecke nutzen, gezwungen sind, die wesentlich längeren Fahrzeiten des Regionalexpresses in Kauf zu nehmen?
4. Welche Reaktionen von Fahrgästen wurden bisher der Landesregierung bekannt?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster, bitte schön.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Frau Wolf wie folgt:

Zu Fragen 1 und 2: Am 15. Dezember letzten Jahres traten zwei erhebliche Änderungen im Eisenbahnverkehr ein. Zum einen wurde das bisherige InterRegio-Angebot bundesweit eingestellt bzw. auf InterCity- oder InterCity-Express-Linien umgestellt. Zum anderen wurde ein neues Preissystem bei der DB AG eingeführt, wonach sich Tarifveränderungen im Fernverkehr ergeben. In der Folge erhöhten sich die Fahrpreise bei kurzen Entfernungen in Fernzügen, während bei längeren Reisen spürbare Preisreduzierungen eingetreten sind. Hingegen sind die Tarife im Nahverkehr bis 140 km, die der Genehmigung des Landes unterliegen, unverändert geblieben. Preisänderungen im Nahverkehr ergeben sich lediglich aus der Tatsache, dass der von der Bahn gewährte Rabatt bei BahnCard von bisher 50 Prozent auf jetzt 25 Prozent reduziert wurde. Gleichzeitig ist allerdings auch der Preis der BahnCard von 140,00 € auf 60,00 € gesenkt worden. Die unter Mitwirkung des Landes entwickelten Nahverkehrstarife, wie z.B. das Hopper-Ticket, das Thüringen-Ticket, das Familien-Ferien-Ticket oder auch die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern, können auch weiterhin zu den alten Preisen genutzt werden, was nicht in allen Ländern eine Selbstverständlichkeit ist.

Hinsichtlich der Gestaltung des Angebots im Fernverkehr in Thüringen konnte das Land nach intensiven Abstimmungsgesprächen und Verhandlungen mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und der Deutschen Bahn erreichen, dass entgegen der ursprünglichen Planung der Bahn die Fernverkehrsverbindungen auf der Mitte-Deutschland-Verbindung auch nach dem 15. Dezember 2002 erhalten werden konnten. Es verkehren neuerdings sogar InterCityExpress-Züge mit Neigetechik zwischen Weimar und Düsseldorf. Auf der Mitte-Deutschland-Verbindung verkehren damit erstmals 3 ICE-T-Züge der neuesten Generation. Die Stadt Gotha ist damit neu in das gesamtdeutsche ICE-Netz direkt eingebunden. Nach Einschätzung der Landesregierung ist das Angebot im Personenverkehr zwischen Eisenach- Gotha-Erfurt angesichts der hohen Zugfrequenzen und des eingesetzten Fahrzeugparks im Fern- und Nahverkehr bedarfsgerecht und attraktiv.

Zu Frage 3: RegionalExpress-Züge verkehren nur im Abschnitt Gotha-Erfurt und weiterführend. Sie weisen nur geringfügige Fahrzeitunterschiede zu den IC-Zügen auf, wie ein Beispiel verdeutlicht. Der RegionalExpress von Gotha nach Erfurt fährt 18 Minuten, der IC von Gotha nach Erfurt fährt 17 Minuten.

(Zwischenruf Abg. K. Wolf, PDS: Nach Eisenach 50 Minuten.)

Sie sprachen Gotha an. Die RegionalBahnlinie zwischen Eisenach und Erfurt übernimmt die Feinerschließung. Sie erfüllt damit eine ganz andere Funktion als Fernverkehrszüge. Da auf dieser Linie leistungsfähige elektrische Triebfahrzeuge eingesetzt werden, liegt die Fahrzeit der RegionalBahn zwischen Eisenach und Erfurt nur 18 Minuten über der Fahrzeit der IC-Züge. Vor allem aber, vom Land wurde erwirkt, dass die fünf IC-Zugpaare der Linie Düsseldorf-Weimar, die aufgrund von Baumaßnahmen von Eisenach bis Weimar als D-Züge verkehren, für Nahverkehrskunden mit Streckenzeitkarten ohne Mehrpreis genutzt werden können, was für die regelmäßigen Nahverkehrspendler eine Verbesserung bedeutet. Nach mehreren Verhandlungsrunden konnte das Land übrigens auch erreichen, dass auf der Strecke Erfurt-Weimar alle InterCity-Züge von Nahverkehrskunden mit Streckenzeitkarten, RegioMobil-Monatskarten und Semestertickets ohne Preiszuschlag genutzt werden können.

Zu Frage 4: Es liegen bisher nur vereinzelte Reaktionen der Fahrgäste zum neuen Preissystem vor, von einem repräsentativen Bild kann noch nicht gesprochen werden.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Bitte, Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Herr Minister, geben Sie mir Recht, dass aufgrund dessen, was Sie jetzt auf vielfältigen Zugpaaren und D-Zügen und InterRegios und was weiß ich, was noch alles auf der Strecke sich jetzt neu nennt, dadurch natürlich auch ein Preischaos entstanden ist, wie es das vor dem 15. Dezember noch nicht gab, und geben Sie mir auch Recht, dass 18 Minuten mehr für die Strecke Eisenach-Erfurt für einen berufstätigen Menschen eben gerade mit Familie eine gehörige Zeit ist, weil das am Tag dann schon fast eine Dreiviertelstunde ist.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Man muss sich auskennen.)

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Also, von einem Preischaos zu reden, ist übertrieben, zumindest dann, wenn man sich mit den Preisstrukturen noch überhaupt nicht beschäftigt hat. Man muss sich auskennen, das ist sicher. Man muss sich intensiver befassen, das ist auch wahr. Aber das spricht noch nicht per se gegen die neuen Preisstrukturen. Was die Verkehrsbedienungsfolge erreicht, die viele Vorzüge bringt für Bahnfahrer. Es macht doch einen Unterschied aus, ob man jede Stunde fahren kann oder alle 2 Stunden. Das ist gerade für Familien von großer Bedeutung. Ich denke, hier ist ein ganz großer Fortschritt, gerade in der Destination Eisenach-Erfurt oder Erfurt-Eisenach, erreicht worden. Im

Vergleich dazu spielen die 18 Minuten doch eine relativ unbedeutende Rolle.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Nachfragen? Nein, das ist nicht der Fall. Danke schön, Herr Minister. Wir kommen zur nächsten Frage in Drucksache 3/3054. Herr Abgeordneter Buse, bitte schön.

Abgeordneter Buse, PDS:

Verwendungsnachweiskontrolle für Maßnahmen der touristischen Infrastruktur und der einzelbetrieblichen Tourismusförderung

Ich beziehe mich auf meine Kleine Anfrage 803 "Tourismusförderung in Thüringen" und die Antwort der Landesregierung in Drucksache 3/3047 und frage die Landesregierung:

1. Wird die Verwendungsnachweiskontrolle seit August des Jahres 2001 durch Mitarbeiter des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur (TMWAI) durchgeführt oder sind Externe mit der Durchführung beauftragt?

2. Welchen Arbeitsaufwand (gegebenenfalls in Mitarbeiterstunden) bindet die Kontrolle im TMWAI bzw. welcher Finanzaufwand für Leistungen Dritter wurde zu Lasten welchen Haushaltstitels für den Zeitraum August 2001 bis Dezember 2001 und für das Jahr 2002 notwendig?

3. Sollten externe Dritte mit der Verwendungsnachweiskontrolle beauftragt sein, wann erfolgte in welchen Publikationsorganen eine entsprechende Ausschreibung der Leistung?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster, bitte schön.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Buse wie folgt:

Zu Frage 1: Die Verwendungsnachweiskontrolle erfolgt seit August 2001 grundsätzlich durch Mitarbeiter des TMWAI. Gleichzeitig wurde im Oktober 2002 ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen mit der Prüfung von insgesamt 52 Verwendungsnachweisen aus dem Bereich des Landesprogramms "Fremdenverkehr" beauftragt.

Zu Frage 2: Ich bitte um Verständnis, dass der exakte Arbeitsaufwand, der durch die Prüfung der Verwendungsnachweise gebunden wird, nicht beziffert werden kann. Mit der Prüfung, die noch nicht abgeschlossen ist, waren seit

August 2001 bisher 11 verschiedene Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums befasst. Da die Mitarbeiter teilweise, nicht ausschließlich mit dieser Prüfung, sondern auch mit anderen Aufgaben befasst gewesen sind und darüber hinaus auch weitere Verwendungsnachweise aus anderen Bereichen des Wirtschaftsministeriums geprüft haben, ist insbesondere eine Bezifferung der Mitarbeiterstunden nicht möglich. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind zwei Mitarbeiter mit der Prüfung befasst. Für die Prüfung von Verwendungsnachweisen durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen fiel im Jahr 2002 ein Finanzbedarf in Höhe von 10.000 € an. Im Jahr 2003 ist ein Bedarf in Höhe von rund 7.000 € vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Haushaltstitel 07 01, 538 01 - Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen.

Zu Frage 3: Aufgrund der Art und des Umfangs der vergebenen Leistungen musste diese nicht ausgeschrieben werden. Es wurden jedoch von fünf Wirtschaftsprüfungsunternehmen Angebote eingeholt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es Nachfragen? Das ist nicht der Fall. Danke, Herr Minister. Wir kommen zur nächsten Frage in Drucksache 3/3077. Bitte, Herr Abgeordneter Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Radwegebau im Landkreis Gotha

Für touristische Radwege werden die Mittel entsprechend der Anträge der Kommunen und Bewertung durch das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur (TMWAI) erteilt. Die Verteilung der Mittel für den Bau Straßen begleitender Radwege an Bundes- und Landesstraßen sowie an kommunalen Straßen erfolgt auf Grundlage der Straßenbauprogramme bzw. kommunaler Verkehrskonzepte.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Kilometer Radweg wurden im Jahr 2002 im Landkreis Gotha gebaut? Welche Kosten entstanden dem Freistaat dadurch?
2. Welche prüffähigen Anträge zum touristischen Radwegebau liegen dem TMWAI aus dem Landkreis Gotha zur Bewertung vor?
3. Welche Maßnahmen zum Bau Straßen begleitender Radwege im Landkreis Gotha sind im Rahmen des Doppelhaushalts 2003/2004 geplant?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte, Herr Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Dr. Pidde wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahre 2002 wurden keine Straßen begleitenden Radwege an Bundes- und Landesstraßen sowie touristische Radwege im Kreis Gotha gebaut.

Zu Frage 2: Es liegen gegenwärtig keine Anträge für den touristischen Radwegebau aus dem Kreis Gotha vor.

Zu Frage 3: Im Jahre 2003 soll an der L 2147 zwischen Schwabhausen und Wechmar ein 2,5 Kilometer langer und voraussichtlich 103.000 € teurer Straßen begleitender Radweg entstehen. Für das Jahr 2004 sind bisher keine Planungen bekannt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe keine Nachfragen. Danke schön. Wir kommen zur nächsten Frage, die Frage des Abgeordneten Lippmann in Drucksache 3/3085. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Förderung von Gewerbeflächen

Im Rahmen einer Studie soll eine Übersicht über neu zu entwickelnde große zusammenhängende Gewerbeflächen in Thüringen durch die Landesregierung erarbeitet werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Zu welchen Ergebnissen im Einzelnen hinsichtlich Rang- und Reihenfolge kommt diese Studie?
2. Welche Kriterien wurden der Erarbeitung dieser Studie zu Grunde gelegt?
3. Ist es möglich, auch dort Gewerbegebiete im Haushaltsjahr 2003 aus Mitteln des Landes zu entwickeln und zu fördern, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Priorität besitzen oder erkennen lassen?
4. Lässt sich nachträglich eine Priorität herstellen, wenn - wie im Fall des geplanten Gewerbegebiets Rentwerts- hausen/Queienfeld - ein Investor ernst zu nehmendes Interesse mit der Ansiedlung eines Gewerbebetriebes bekundet hat?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte schön, Herr Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Lippmann wie folgt.

Zu Frage 1: Zunächst einmal, Herr Lippmann, handelt es sich nicht um die Ergebnisse einer Studie, sondern die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, der Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums, der Staatskanzlei und der LEG angehört haben. Die Arbeitsgruppe hat die Standortvorschläge der Präsidenten der Planungsgemeinschaften zunächst nach der nutzbaren Bruttoindustriefläche kategorisiert: Kategorie I: über 200 Hektar; Kategorie II: 100 bis 200 Hektar und Kategorie III: unter 100 Hektar.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass es in der Kategorie I in Mittelthüringen einen Standort gibt, der kurzfristig, und in Ostthüringen einen Standort gibt, der mittelfristig entwickelt werden kann. Weitere neun Standorte der Kategorie II sind grundsätzlich entwicklungsfähig. Eine Rang- und Reihenfolge zur Entwicklung wurde nicht festgelegt. Die Standortvorschläge, die der Kategorie III zugeordnet wurden, sollen im Rahmen der Fortschreibung der Regionalen Raumordnungspläne behandelt werden.

Zu Frage 2: Die nachfolgenden Kriterien wurden bei der Bewertung betrachtet: Größe der zusammenhängenden, kostengünstigen und ebenen Fläche; die verkehrsgünstige Lage zur Autobahn, zum Flughafen, zur Deutschen Bahn usw.; räumliche Nähe zu Agglomerationsräumen und Oberzentren; Nähe zu Universitäten, Hoch- und Fachschulen usw.

Zu Frage 3: Aufgrund der sehr begrenzten Mittelverfügbarkeit im Haushalt 2003 kann nur eine begrenzte Anzahl von Projekten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" gefördert werden. Projekte, die gegenwärtig keine Priorität besitzen, können aus heutiger Sicht nicht berücksichtigt werden. Dies gilt allerdings nur bei den größeren Projekten und Standorten. Selbstverständlich kann weiterhin jede Gemeinde ihre Gewerbegebiete vermarkten, erschließen, und dies mit Unterstützung des Landes.

Zu Frage 4: Bei veränderten Bedingungen sind die vorgenommenen Prioritätensetzungen neu zu bewerten.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt ganz offensichtlich eine Nachfrage. Bitte, Herr Abgeordneter Lippmann.

Abgeordneter Lippmann, SPD:

Herr Minister, noch eine Nachfrage zu Ihrer Beantwortung der Frage 4. Sie wissen, aus welchem Grund sie gestellt worden ist. Es ist ein möglicher Investor, wie solide das Unternehmen ist, das kann ich von hier nicht beurteilen,

abgewiesen worden durch einen Bescheid des Landesverwaltungsamts und meine Frage jetzt: Widerspricht diese Verfahrensweise des Landesverwaltungsamts nicht Ihren Aussagen im Zuge der Haushaltsberatung, wo Sie sinngemäß gesagt haben, dass kein Investor ohne Förderung des Landes bleibt?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Mit Sicherheit habe ich die Aussage so nicht getroffen, weil es Investoren bzw. Investitionsprojekte gibt, die nicht förderfähig sind. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass förderfähige Investitionsvorhaben von uns auch gefördert werden. Das ist ein Unterschied, Herr Lippmann. Zum ersten Teil, das Verhalten der Landesregierung widerspricht auch nicht meiner Aussage hier. Natürlich hat das Landesverwaltungsamt bei seiner Entscheidung abgewogen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut, ich sehe keine weiteren Nachfragen. Wir kommen zur letzten Mündlichen Anfrage in Drucksache 3/3097. Bitte, Herr Abgeordneter Gerstenberger:

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)-Richtlinie

Die von der Landesregierung zunächst für den Januar 2003 angekündigte neue SAM-Richtlinie wurde zurückgestellt, bis die "Gruppenfreistellungsrichtlinie" der EU in Kraft gesetzt ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann ist nach Ansicht der Landesregierung mit dem In-Kraft-Treten der "Gruppenfreistellungsrichtlinie" der EU zu rechnen?
2. Welche Veränderungen werden von der Landesregierung bei den Prioritäten für SAM vorgenommen?
3. Wann veröffentlicht die Landesregierung diese neuen Prioritäten für SAM, die für Planung, Votierung und Bewilligung entsprechender Maßnahmen notwendig sind?
4. Wann informiert die Landesregierung die Landkreise und kreisfreien Städte über die ihnen jeweils zugeteilten SAM-Mittel für das Jahr 2003?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Minister Schuster noch einmal, bitte schön.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

E n d e d e r S i t z u n g : 13.35 Uhr

Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Gerstenberger wie folgt:

Zu Frage 1: Eine "Gruppenfreistellungsrichtlinie" der EU ist nicht bekannt. Ich nehme an, dass die neue Verordnung der EU zu Beschäftigungsbeihilfen von Ihnen gemeint ist. Diese wurde am 13. Dezember 2002 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist am 2. Januar 2003 in Kraft getreten.

Zu Frage 2: Bei den Prioritäten für SAM sind keine Veränderungen geplant.

Zu Frage 3: Hier verweise ich auf die Antwort zu Frage 2.

Zu Frage 4: Eine Quotierung der SAM-Fördermittel auf die Landkreise und kreisfreien Städte findet nur im Maßnahmenbereich "Verbesserung des Angebots bei den sozialen Diensten und in der Jugendhilfe" statt. Die mit der Richtlinienumsetzung beliehene GFAW wurde Ende letzten Jahres beauftragt, nach Erteilung der Bewirtschaftungsbefugnis die zuständigen Dezernenten hierüber zu informieren. Dies ist zwischenzeitlich geschehen. Die Quoten sind Orientierungsgrößen für die fachliche Bewertung beantragter Maßnahmen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Herr Abgeordneter Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Heißt das, dass mit keiner neuen SAM-Richtlinie von Ihrer Seite zu rechnen ist oder wenn mit einer zu rechnen ist, wann kommt die?

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Derzeit ist eine solche Richtlinie noch in der Abstimmung. Wir werden noch in diesem Halbjahr das Thema "Künftige Arbeitsmarktpolitik" sicher noch weiterentwickeln.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Minister.

Wir haben für heute alle Fragen der Fragestunde abgearbeitet. Ich kann den Tagesordnungspunkt 15 schließen und damit gleichzeitig die heutige Sitzung.

Ich weise darauf hin, die nächste planmäßige Sitzung ist am 6. und 7. März. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende. Auf Wiedersehen.